



Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Postanschrift: Staatskanzlei NRW · 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf

Telefon (0211) 837-01
Durchwahl (0211) 837-1445
Telefax (0211) 837-1150
Durchwahl (0211) 837-1115

E-Mail: poststelle@stk.nrw.de

Datum **29** .11.2000

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

IB 3 – 500/01

Haushaltsplanentwurf 2001;

Einzelplan 02;

Als Anlage übersende ich mit der Bitte um Weiterleitung
an

- den Hauptausschuss,
- den Haushalts- und Finanzausschuss,
- den Kulturausschuss,
- den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik,
- Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung,
- Medienausschuss und
- den Ausschuss für Haushaltskontrolle

des Landtags Nordrhein-Westfalen eine Vorlage (310fach)
mit ergänzenden Erläuterungen für die Beratung des Ein-
zelplans 02.

Im Vertretung

Herzlichen Glückwunschn!



Der Ministerpräsident
des Landes
Nordrhein-Westfalen

Vorlage

13 / 292

Haushaltsplanentwurf 2001

Einzelplan 02
Ministerpräsident

Zusätzliche Erläuterungen für die Beratungen im Landtag Nordrhein-Westfalen

NRW.

Der Ministerpräsident
des Landes
Nordrhein-Westfalen

IB 3 - 500/01

Düsseldorf, den 27. November 2000

Vorlage

an den

Hauptausschuss,

Haushalts- und Finanzausschuss,

Kulturausschuss,

Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik,

Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung,

Medienausschuss,

Ausschuss für Haushaltskontrolle

des Landtags Nordrhein-Westfalen

Frank-Wilhelm Scharnweber

Zusätzliche Erläuterungen für die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2001 des Einzelplans 02.

Inhaltsverzeichnis

<i>Gesamtüberblick</i>	1
<i>Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</i>	6
Zu Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresseamtes (Öffentlichkeitsarbeit)	13
Ländervergleich "Öffentlichkeitsarbeit"	16
Zu Titel 531 30 - Planung und Durchführung von NRW-Festen	22
Zu Titel 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung	22
Zu Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen -	31
<i>Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen</i>	33
Zu Titel 547 20 - Sächliche Verwaltungsausgaben der Geschäftsstelle des "Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit"	33
Zu Titel 685 10 - Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften	33
Zu Titel 685 40 - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH	35
<i>Kapitel 02 030 - Europa- und Internationale Angelegenheiten</i>	42
Europapolitik	42
Internationale Angelegenheiten	45
<i>Kapitel 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen</i>	47
Zu Titel 684 11 - Zuschüsse an die Evangelischen Kirchen	47
zu Titel 684 12 - Zuschüsse an die Katholische Kirche	47
Zu Titel 684 14 - Zuschüsse für jüdische Kultusgemeinden	48
Zu Titel 684 16 - Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	48
Zu Titel 893 50 - Zuweisungen zur Förderung des Synagogenbaus	48
<i>Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen</i>	49
Zu Titel 685 20 - Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen	55
<i>Kapitel 02 062 - Institut Arbeit und Technik</i>	68
<i>Kapitel 02 070 - Landesplanung</i>	75
Zu Titel 535 00 - Herstellung und Beschaffung von Karten von Luftbildplänen	76
Zu Titel 537 10 - Raumwissenschaftliche Arbeiten und Erstellung von Planungsunterlagen	76
zu Titel 685 10 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland -(Umsiedlungsbeauftragter)	77
Zu Titel 685 20 - Zuschüsse und Beiträge an Vereine und Organisationen	77
<i>Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund</i>	79
Zu Titel 713 00 - Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin	85
Zu Titel 812 20 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die neue Landesvertretung Berlin	85

Gesamtüberblick**Der Entwurf des Einzelplans 02 schließt ab mit**

Einnahmen von 8.875.000 DM
und
Ausgaben von 297.179.200 DM

Die Ausgaben vermindern sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,85 Mio DM (= - 0,6 %).

Kapitelübersicht:

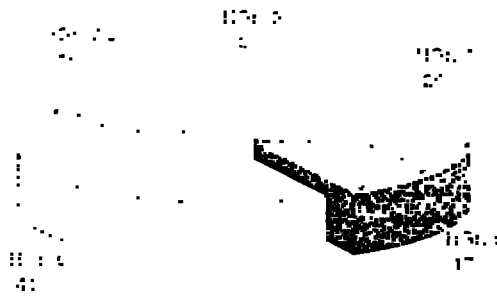
	Ansatz 2000	+/-	Ansatz 2001
	- DM -		
Einzelplan insgesamt	299.027.900	-1.848.700	297.179.200
<u>Kapitel</u>			
02 010 Ministerpräsident u. Staatskanzlei	58.398.900	+ 1.481.200	59.880.100
02 020 Allgemeine Bewilligungen	66.630.800	-29.973.800	36.657.000
02 030 Europa- und Internationale Angelegenheiten	13.118.800	- 2.494.800	10.624.000
02 050 Kirchen (neu)	47.036.000	+ 1.297.000	48.333.000
02 060 Wissenschaftszentrum NRW	9.548.700	- 52.000	9.496.700
02 061 Kulturwissenschaftliches Institut	5.059.100	+ 47.700	5.106.800
02 062 Institut Arbeit und Technik	11.355.900	+ 113.500	11.469.400
02 070 Landesplanung (neu)	1.497.000	+ 400.000	1.897.000
02 100 Vertretung des Landes beim Bund	19.704.200	+ 22.373.500	42.077.700
02 110 Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	4.455.000	+ 270.000	4.725.000
02 200 Medien und Telekommunikation	56.640.000	+ 4.854.000	61.494.000
02 610 Verfassungsgerichtshof NRW	111.500	0	111.500
02 900 Beamtenversorgung	5.472.000	- 65.000	5.407.000

Struktur des Einzelplans 02:

a) Verteilung nach Ausgabearten (Hauptgruppen):

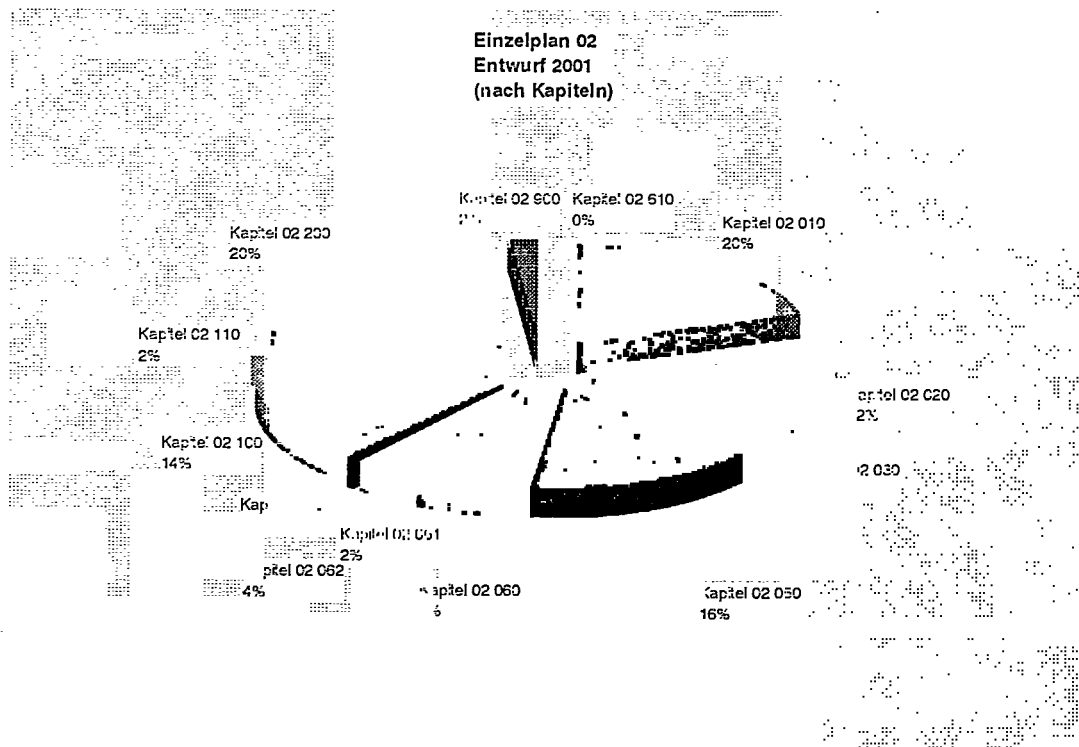
HGR 4	Personal ..	76.089.000
HGR 5	Sächliche Verwaltungsausgaben	49.828.400
HGR 6	Zuweisungen und Zuschüsse	123.180.000
HGR 7	Baumaßnahmen	32.300.000
HGR 8	Investitio..	15.640.000
HGR 9	Besondere Finanzierungsausgaben	141.800
	Summe:	297.179.200

Fachbereich:
Abteilung:
Hauptgruppe:



b) Verteilung nach Kapiteln:

Kapitel 02 010	Ministerpräsident und Staatskanzlei	59.780.100
Kapitel 02 020	Allgemeine Bewilligungen	36.657.000
Kapitel 02 030	Europa- und Internationale Angelegenheiten	10.624.000
Kapitel 02 050	Kirchen, Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsvereinigungen	48.333.000
Kapitel 02 060	Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen	9.496.700
Kapitel 02 061	Kulturwissenschaftliches Institut	5.106.800
Kapitel 02 062	Institut Arbeit und Technik	1.132.100
Kapitel 02 070	Landesplanung	1.897.000
Kapitel 02 100	Vertretung des Landes beim Bund	42.077.700
Kapitel 02 110	Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	4.725.000
Kapitel 02 200	Medien und Telekommunikation	11.494.000
Kapitel 02 610	Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen	111.500
Kapitel 02 900	Beamtenversorgung	5.407.000
Summe:		297.179.200



c) Vorbemerkungen:

Mit der Organisationsentscheidung vom 07. Juli 2000 habe ich die Aufgabenbereiche verschiedener Ministerien und auch meiner Behörde neu zugeschnitten.

In meinen Geschäftsbereich sind übergegangen:

- Aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Ministeriums für Arbeit und Soziales, Kultur und Sport das Aufgabengebiet "Kirchen, Jüdische Kultusgemeinden, sonstige Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften" (bisher Einzelplan 15 Kapitel 15 610 - jetzt Kapitel 02 050) und
- aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft das Aufgabengebiet "Landesplanung" (bisher Einzelplan 10 Kapitel 10 070 - jetzt Kapitel 02 070).

Das Aufgabengebiet "Eine-Welt-Politik" ressortiert nun im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Die bisher im Einzelplan 02 bei Kapitel 02 040 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wurden in den Einzelplan 10 umgesetzt.

Im "Vorwort" zum Einzelplan sind die haushaltstechnischen Auswirkungen dieser Umsetzungen auf den Einzelplan 02 dargestellt.

Die Vergleichszahlen für das Haushaltsjahr 2000 berücksichtigen diese Veränderungen und die Änderungen durch das Nachtragshaushaltsgesetz 2000.

Kapitel 02 010 -Ministerpräsident und Staatskanzlei

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

Das Stellensoll 2000 stellt den Stand Nachtragshaushaltsgesetz 2000 mit den dort ausgewiesenen Veränderungen dar, also insbesondere:

- der Absetzung von 10 Stellen (1 Planstelle, 5 Stellen für Angestellte, 4 Stellen für Arbeiter) als Ergebnis der Organisationsuntersuchung in der Staatskanzlei und
- Ausbringung von insgesamt 12 kw-Vermerken als Ergebnis der Organisationsuntersuchung in der Staatskanzlei. Ein im Nachtragshaushaltsplan ausgebrachter kw-Vermerk (1 Stelle h.D. kw ab

01.01.2001) wird realisiert (vgl. nächste Seite zu Titel 425 10).

Weiterhin berücksichtigt sind die im Vollzug erfolgten Umsetzungen einer Planstelle Bes.-Gr. A 11 BBO und einer Angestelltenstelle Verg.-Gr. Vb/Vc BAT (DA 03) aus Kapitel 02 100 nach Kapitel 02 010 (§ 50 Abs. 1 LHO) und die im Vollzug erfolgte Einrichtung je einer Leerstelle der Verg.-Gr. Vb/Vc und VII/VIII (§ 7 Abs. 4 Haushaltsgesetz 2000).

Zu Titel 422 10

- Bezüge der Beamten (und Richter) -

A. Stellenzugänge

Keine.

B. Stellenabgänge

Absetzung je einer Leerstelle der Bes.-Gr. A 16, A 14 und A 12 BBO: Die Inhaber wer-

den nach Beendigung der Beurlaubung wieder auf Planstellen geführt.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Zu Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten -

A. Stellenzugänge

Keine.

B. Stellenabgänge

Absetzung je einer Stelle

- Verg.Gr. Ib/IIa BAT (zur Realisierung des pauschalen kw-Vermerks Nr. 1)
- Verg.Gr. Vb/Vc BAT (zur Realisierung eines weiteren kw-Vermerks)
- Absetzung von 5 Leerstellen (je zwei AT Bes.-Gr. B 2 BBO und Verg.-Gr. VIb/VII BAT, eine Verg.-Gr. Vc/VIb BAT); die Inhaber werden nach Beendigung der Beurlaubung wieder auf Stellen geführt.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Zu Titel 426 10

- Bezüge der Arbeiter -

Keine Veränderungen.

Siehe nachfolgende Personalübersichten.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 01.10.2000		
1	2	3	4	5	6	7	8
B 10	Staatssekretär	2	2	2			
B 7	Ministerialdirigent/in	5	5	1		1	
B 4	Ltd. Ministerialrat/ Ltd. Ministerialrätin	11	11	6		4	
B 2	Ministerialrat/Ministerialrätin	23	23	21		2	
A 16	Ministerialrat/Ministerialrätin	24	24	19		4	
A 15	Regierungsdirektor/in	21	21	19		2	
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	10	10	6		4	
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	2	2	1		1	
		98	98	75		18	
A 13	Oberamtsrat/Oberamtsrätin/ Erster PHK	24	24	23		-	
A 12	Amtsrat/Amts-rätin	12	12	9		1	
A 11	Regierungsamtmann/ Regierungsamtfrau	10	10	2		7	
		46	46	34		8	
A 9	Regierungsamtsinspektor/in	6	6	4		1	
		6	6	4		1	
A 5	Oberamtsmeister/in	1	1	1		-	
		1	1	1		-	
	Insgesamt	151	151	114		27	

Übersicht

über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders aufzuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte geführten	
				beamtete Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) [Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.) Assistenten (z.A.) Regierungsrätinnen (z.A.) Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.]						
Zusammen a)						
b) sonstige Beamtinnen und Beamte [Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]						
R 2 Richter/in	2	2	2	1		
A 16 MinRat/ MinRätin	1	1	1			
A 15 Reg.Dir./ Reg.Direktorin	4	4	3			
A 14 Oberreg. Rat/Rätin	1	1	-			
A 13 Reg.Rat/ Reg.Rätin	1	1	-			
A 13 Oberamts- rat/Oberamtsrä- tin	1	1	1			
Zusammen b)	10	10	7	1		
Insgesamt	10	10	7	1		

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
AT/B4 Gruppenleiter	1	1	1			
AT/B2 Referatsleiter/ Ref.leiterinnen	4	4	4			
BAT						
I	2	2	1			
Ia	4	4	4			
Ib/IIa	-	1	1			
IIa g.D.	2	2	2			
IIa/III	10	10	10			
III/IVa	7	7	7			
IVa	2	2	2			
IVb	7	7	7			
IVb/Vb	5	5	5			
Vb	3	3	3			
Vb/Vc	15	16	16			
Vc	6	6	6			
Vc/VIb	15	15	15			
VIb	9	9	9			
VIb/VII	17	17	16			
VII/VIII	42	42	40			2
IXa/IXb	6	6	1			5
XIb/X	2	2	-			2
	154	156	145			9
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	5	5	5			
Zusammen	159	161	150			9
Auszubildende	4	4	4			

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
geführten Arbeiterinnen und Arbeiter						
7a/7	2	2	2			
5/4	1	1	1			
4a/4	58	58	57			
4a-3	1	1	-			
4-3	1	1	1			
3a-2a	7	7	7			
3-2	1	1	1			
	71	71	69			
Zusammen	71	71	69			
Auszubildende						

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 2001

- Seite 1 -

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.10.2000
		2001	2000		
1	2	3	4	5	6
B 10	Chef/Chefin der StK u. Staatssekretär/Staats- sekretärin	2	2	Ausscheiden aus dem Amt gem. § 32 Abs. 1 AbG NW bzw. § 14 Abs. 1 LMinG	2
B 7	Ministerialdirigent/ MinisterialdirigentIn	1	1	Projekt Ruhr GmbH	-
B 2	Ministerialrat/ Ministerialrätin	1	1	Beurlaubung a) Tätigkeit bei einer Stiftung	1
A 16	Ministerialrat/ Ministerialrätin	4	5	Beurlaubungen a) Fraktionsdienst/ Landtag NRW b) Stiftung Kunst und Kultur NRW c) Stiftung Naturschutz und Heimatspflege NRW d) Deutscher Bundestag	4
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	-	1	Erziehungsurlaub	-
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	1	1	Fraktionsdienst/Landtag NRW	-
A 13 g.D.	Oberamtsrat/ Oberamtsrätin	3	3	Beurlaubungen a) aus familiären Gründen b) Erziehungsurlaub c) Erziehungsurlaub	3
A 12	Amtsrat/Amtsärztin	-	1	Beurlaubung a) Entwicklungshilfe	-
A 9 m.D.	Regierungsamtsinspek- tor/Amtsinspektorin	1	1	Beurlaubung aus familiären Gründen	1
AT (B 2).	Angestellter/Angestellte	1	3	Beurlaubung a) Fraktionsdienst Landtag	1
Ia	Angestellter/Angestellte	1	1	Erziehungsurlaub	1
Vb/Vc	Angestellter/Angestellte	3	3	Beurlaubungen a) Erziehungsurlaub b) Erziehungsurlaub c) Erziehungsurlaub	3
	Zu übertragen:	18	23		16

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 01.10.2000
		2001	2000		
1	2	3	4	5	6
	Übertrag	18	23		16
Vc	Angestellter/Angestellte	2	2	Beurlaubungen a) aus familiären Gründen b) Fraktionsdienst Landtag	1
Vc/Vib	Angestellter/Angestellte	-	1		-
Vib/VII	Angestellter/Angestellte	3	5	Beurlaubungen a) aus familiären Gründen b) Erziehungsurlaub c) Fraktionsdienst Landtag	3
VII/VIII	Angestellter/Angestellte	4	4	Beurlaubungen a) aus familiären Gründen b) Erziehungsurlaub c) Erziehungsurlaub d) Erziehungsurlaub	4
4a/4	Arbeiter/Arbeiterin	1	1	Beurlaubung a) Fraktionsdienst Landtag	1
Insgesamt		28	36		25

1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu Titel 531 10

- Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit) -

Ansatz 2001: 3.600.000 DM

Ansatz 2000: 3.600.000 DM

1. Allgemeines

Das Landespresse- und Informationsamt hat 2000 begonnen, das Standort-Marketing im Verbund mit geeigneten Partnern und neuen Projekten auf neue Grundlagen einzustellen. Die bisherige Standort-Werbung hat im Kern den Wandel des Landes geschildert - vom traditionellen Industrieland zum modernen Hochleistungsstandort. Obwohl dieser Strukturwandel niemals als "abgeschlossen" gelten wird, kann unser Land zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf einen tiefgreifenden vollzogenen Strukturwandel bauen.

Besonders sichtbar und erlebbar wird das neue Gesicht Nordrhein-Westfalens in seiner heutigen Industriestruktur - beispielsweise durch die Entwicklung der Medienwirtschaft -, durch den selbstbewussten Auftritt als starke Region in Europa mit besonders enger Verflechtung zu Benelux und Nordfrankreich, aber auch über "Kathedralen" der Zukunftswerkstatt für den Umbau traditioneller Industrieregionen, der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, deren wichtige Inhalte in der neuen Projekt Ruhr GmbH fortentwickelt werden. Solche Projekte stehen auch in Zukunft für die Chancen Nordrhein-Westfalens - durchaus mit europäischem Modellwert-, die unser Land aus alten Stärken gewinnt, aus seiner Industrieerfahrung, Weltoffenheit, Westorientierung und Lebensqualität.

Das neue Bild des Landes, zugleich für viele das Überraschende an Nordrhein-Westfalen, muss kommuniziert werden - bezogen auf alle Facetten dieses vielfältigen Landes und zum Nutzen des gesamten Landes. Standort-Marketing für Nordrhein-Westfalen an der Schwelle des neuen Jahrhunderts muss das wahrheitsgetreue neue Bild des Landes zeichnen, seine Industrie- und Dienstleistungsstruktur.

Wir müssen dabei berücksichtigen, wie anfällig und zugleich aufnahmefähig Nordrhein-Westfalen als ganz normale, aber starke Industrie- und Exportregion in diesen Zeiten extrem gewachsener internationaler Interdependenzen, Globalisierung und im freien Markt des EURO ist. Besonders die dominante Beziehung zu seinen westlichen Nachbarn - ökonomisch, touristisch, emotional - macht NRW zur starken europäischen Region. Dies wird sinnvoll ergänzt durch eine angemessene Rolle in Deutschland und durch Offenheit für weltweit kommende Märkte.

Öffentlichkeitsarbeit für das moderne Land kann im Jahre 2001 beitragen, die Kompetenz und Qualitäten Nordrhein-Westfalens besonders in ausgewählten, buchstäblich naheliegenden europäischen Regionen vorzustellen. Dies ist ein neuer Schwerpunkt, der auch der Öffentlichkeit in NRW vermittelt werden kann.

Ein weiterer, neuer Schwerpunkt wird die Präsentation Nordrhein-Westfalens in der Bundeshauptstadt Berlin sein.

In der kommunikativen Vermittlung nimmt die Information über digitale Medien (Internet, e-mail-Dienste, CD-ROM, etc.) an Bedeutung kräftig zu - ergänzt um Instrumente des Dialog-Marketings und Veranstaltungen, die ausgewählte Zielgruppen direkt erreichen. Insbesondere nimmt die Bedeutung des Internet-Auftritts der Landesregierung stark zu; entsprechend steigt der erforderliche technische, grafische, kommunikative und inhaltliche Aufwand.

Diesen Ansprüchen muss auch die technische Dienstleistung und Ausstattung des LPA folgen.

Die Planung berücksichtigt die erforderlichen Gestaltungsspielräume für die neue Landesre-

gierung im ersten vollständigen Jahr der neuen Legislatur.

Zugleich folgt sie, trotz gestiegener Preise unter Konzentration auf Wesentliches, dem

Gebot finanzieller Vernunft: Der Ansatz des letzten Jahres wird daher überrollt und unverändert für 2001 beantragt und in diesen Erläuterungen zugrunde gelegt.

2. Aufgaben des LPA:

I. Öffentlichkeitsarbeit

I.1. Ausstellungen (Inland) 300.000 DM

Die Informationsstände sollen bei wichtigen Messen und Veranstaltungen eingesetzt werden. Die bisherigen Themen müssen aktualisiert werden; neue Themen kommen hinzu, z. B. für Präsentationen auf international bedeutenden Messen, meist in Kooperation mit dritten Partnern.

Mit den neuen Themen für Infostände werden schwerpunktmäßig verschiedene Fachveranstaltungen/Fachausstellungen/Kongresse bedient.

Ausstellungen (Ausland) 200.000 DM

Präsentationen Nordrhein-Westfalens in ausgewählten EU-Regionen in den jeweiligen Sprachen und thematischen Schwerpunkten.

Informationsstände und Veranstaltungen 100.000 DM

Verstärkt soll über den Standort Nordrhein-Westfalen in seiner Vielfalt sachlich und objektiv bei geeigneten Anlässen und Veranstaltungen in nordrhein-westfälischen Ge-

meinden und Städten (Info-Stände, Beteiligung am Rahmenprogramm) informiert werden.

I.2. Veröffentlichungen und Bürgerservice 400.000 DM

Hier sind Veröffentlichungen zu Schwerpunkten der Regierungsarbeit und mit ressortübergreifenden Themen, insbesondere bei Service-Broschüren, geplant.

Besonderes Schwergewicht ist hier die Information über die industrielle und ökologische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen.

I.3. PR-Beiträge 2.000 DM

I.4. Pressekonferenzen, Journalistenbesuche, Pressefahrten 350.000 DM

Im Jahre 2001 sind eine Reihe von Veranstaltungen und Pressekonferenzen geplant. Mehrere Journalistenreisen, die dazu beitragen sollen, das Bild des Landes auch außerhalb Nord-

rhein-Westfalens realistisch und unvoreingenommen zu beschreiben. Hier werden auch die „Themenreisen“, die sich vor der EXPO 2000 bewährt haben, fortgesetzt.

I.5. Umsetzung Regierungserklärung 400.000 DM

Umsetzung meiner Regierungserklärung vom 30.8.2000, z. B. durch Video-Film "Standort Nordrhein-Westfalen", einer Broschüre

(grundlegende Informationen über das Land, Politikschwerpunkte und die neue Landesregierung; auch in Englisch), u. a.

I.6. Meinungsumfragen 400.000 DM

Geplant sind repräsentative Umfragen zur wissenschaftlichen Abstützung der Regierungsplanung.

Summe I.: 2.152.000 DM

II. Sachausgaben

II.1. Informationsbeschaffung 370.000 DM

Das Landespresse- und Informationsamt bezieht zur Auswertung rund 400 Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste; hinzu kommen ausländische Medien und Fachpublikationen.

Dieser Ansatz fasst Ausgaben für Zeitungsbezug, Nachrichtendienste (print: KNA, epd, Munzinger, usw; elektronisch: dpa, DENA) und elektronische Publikationen (Bezugs- und Übermittlungsgebühren) zusammen.

II.2. Verbreitung von Informationen 875.000 DM

Ausgaben für das Internet-Angebot des LPA, für Papier, urheberrechtliche Abgaben (Verwertungsgesellschaft Wort), Übermittlungs-

kosten für Telefax (Mieten und Telekom-Gebühren).

II.3. Investitionen 103.000 DM

Ersatzbeschaffung und Reparatur von Geräten der Hörfunk- und Fernsehauswertung sowie der Ersatz von Tonbändern und Videokassetten.

Aufgrund des 1996 begonnenen und inzwischen verstärkten Angebots des Landespresse- und Informationsamtes von multimedialen

Veröffentlichungen sind 2001 Investitionen für Hard- und Software-Technologie erforderlich. Hinzukommen zur Auswertung und Beobachtung des stark wachsenden Angebots von Online-Informationsdiensten Investitionen zur Modernisierung des Angebots.

II.4. Bildstelle 100.000 DM

Summe II.	1.448.000 DM
Summe I.	2.152.000 DM
Summe II.	<u>1.448.000 DM</u>
	3.600.000 DM

Ländervergleich "Öffentlichkeitsarbeit"

A) Nordrhein-Westfalen

Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
02/02010/531 10	3.600.000	3.600.000	2.994.000
Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)			
02/02010/531 30	600.000	600.000	306.000
Planung und Durchführung von NRW-Festen Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 531 10 überschritten werden.			

B) Staats- und Senatskanzleien der übrigen Bundesländer

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Baden-Württemberg</u>			
02/0202/531 02	530.000	530.000	433.200
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung (übertragbar) (Ersätze fließen den Mittel zu)			
<u>Bayern</u>			
02/0203/526 22	234.000	234.000	234.000 (Ansatz)
Erforschung der öffentlichen Meinung durch demoskopische Umfragen (übertragbar)			
02/0203/531 21	3.700.000	3.695.000	3.650.000 (Ansatz)
Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung			
02/0203/531 22	140.000	140.000	140.000 (Ansatz)
Informationsaufgaben der Staatskanzlei			
<u>Berlin</u>			
03/0300/531 01	70.000	70.000	80.523,51
Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Noch Berlin</u>			
03/0300/531 02	3.050.000	3.500.000	2.747.122,01
Berlin-Informationen			
<u>Brandenburg</u>			
02/02010/531 10	33.300	33.300	29.478
Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation			
02/02010/531 20	390.000	405.000	362.815
Öffentlichkeitsarbeit			
02/02010/531 30	220.000	215.000	208.759
Nachrichtenagenturdienste, Informationsdienste und Pressekorrespondenten			
<u>Bremen</u>			
00/0020/531 01	40.000	40.000	15.368
Kosten für Veröffentlichungen			
00/0020/531 27	100.000	100.000	97.849
Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle des Senats			
00/0020/531 74	84.800	235.800	988.205
Bremen-Werbung			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Hamburg</u>			
1/1000/531 02 Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerschaft (übertragbar) Gegenseitig deckungsfähig mit 534 03	43.000	44.000	153.000
1/1000/534 03 Veranstaltungen der Bürgerschaft (übertragbar) Gegenseitig deckungsfähig mit 531 02	228.000	293.000	165.000
<u>Hessen</u>			
02/0201/529 02 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Förderung des Informationswesens (übertragbar)	800.000	800.000	516.092
02/0201/Tgr. 71 Hessentag (übertragbar)	1.456.500	1.456.500	1.464.550
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>			
03/0301/531 04 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung	245.000	245.000	234.400
03/0301/531 05 Werbekampagne für das Land Mecklenburg-Vorpommern VE 500.000	1.400.200	1.700.000	1.842.900
<u>Niedersachsen</u>			
02/0201/531 01 Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Veröffentlichungen - Gegenseitig deckungsfähig 531 01 und 531 03	100.000	100.000	110.000 (Ansatz)

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>noch Niedersachsen</u>			
02/0201/531 03	1.000.000	1.000.000	1.000.000 (Ansatz)
dto. - Sonstige Kosten der Öffentlichkeits- arbeit -			
<u>Rheinland-Pfalz</u>			
02/0201/531 01	350.000	350.000	850.000 (Ansatz)
Presse und Information			
02/0201/531 11	150.000	150.000	150.000 (Ansatz)
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten zur Förderung des Informationswesens und für Aufgaben auf kulturellem, sozialem, wirt- schaftlichem Gebiet und dgl.			
<u>Saarland</u>			
Die Mittel für Informationsausgaben sind ab Haushaltsjahr 1995 bei Titel 529 01 veranschlagt	0	0	0
<u>Sachsen</u>			
02/0203/526 22	200.000	220.000	200.000 (Ansatz)
Erforschung der öffentlichen Meinung durch demoskopische Umfragen			
02/0203/531 01	1.333.100	1.295.000	1.300.500 (Ansatz)
Kosten für Bürgerinformationen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<hr/>			
<u>Sachsen-Anhalt</u>			
02/0201/531 01	20.000	20.000	5.138
Veröffentlichungen			
02/0201/531 03	250.000	250.000	249.781
Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit			
<u>Schleswig-Holstein</u>			
03/0301/529 04	300.000	336.000	287.500
Zur Verfügung der Ministerpräsidentin für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung			
03/0301/529 08	170.000	180.000	190.300
Zur Verfügung der Ministerpräsidentin für Nachrichtengebühren und für die Ablösung von Verwertungsrechten Deckungsfähig mit Titel 529 04			
<u>Thüringen</u>			
02/0201/TGr. 73	1.818.000	1.818.000	1.672.457
Öffentlichkeitsarbeit			

Zu Titel 531 30

- Planung und Durchführung von NRW-Festen -

Ansatz 2001: 500.000 DM

Ansatz 2000: 600.000 DM

Weniger: 100.000 DM

In der Konzeption der NRW-Feste sind nach vielen Jahren der Erfahrung mit solchen Veranstaltungen (seit 1986) neue Formen entwickelt worden. Neben den großen Veranstaltungen zu Landesjubiläen (zuletzt 1996 in der Landeshauptstadt) werden NRW-Feste in neuen Veranstaltungstypen umgesetzt, die die unterschiedlichen Regionen des Landes und mehrere Städte in einem Veranstaltungskonzept einschließen und eine stärkere bürger-schaftliche Beteiligung ermöglichen.

So wurden in der von mir initiierten und durchgeführten Sommertour 2000 modellhaft Konzepte entwickelt und Veranstaltungsformen in den fünf Stationen der Tour plus Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, kirchlichen und anderen Organisationen realisiert, die sich in künftigen Jahren und

bereits 2001 für neuartige Veranstaltungen zur Förderung des Landesbewusstseins nutzen lassen.

Schon beim NRW-Tag 1999 "Bonn International" (28.8.1999) und beim NRW-Tag 2000 auf der EXPO (13.10.2000) wurden die klassischen NRW-Tage durch jeweils regional sinnvolle thematische Zuordnungen im neuen Stil entwickelt.

Im Jahre 2001 wird unser Land 55 Jahre bestehen. Aus diesem Anlass werden wir mit neuen Ideen Veranstaltungsschwerpunkte setzen, die die NRW-Feste in zeitgemäßen Formen fortentwickeln.

Dafür sind 500.000 DM vorgesehen.

Zu Titel 541 10

- Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung -

Ansatz 2001: 1.900.000 DM

Ansatz 2000: 1.900.000 DM

Unabdingbare Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung werden - der Stellung und Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend - auch im Jahre 2001 in erheblichem Umfang bestehen.

Die Landesregierung pflegt im Interesse des Landes die bereits bestehenden Kontakte zum inner- und außereuropäischen Ausland und knüpft neue Verbindungen. Ein angemessener Empfang ausländischer Delegationen und eine entsprechende Darstellung des Landes mit dem international üblichen repräsentativen Aufwand ist dazu erforderlich.

Binnenpolitische Veranstaltungen von herausragender Bedeutung bedingen angemessene und mit der Selbstdarstellung anderer Länder vergleichbare repräsentative Maßnahmen. Dies gilt sowohl für staatliche Ehrungen (Landesorden, Staatspreis etc.) als auch für die Würdigung besonderer politischer Ereignisse und aus Anlass von Tagungen und Kongressen.

Auf der Grundlage von Erfahrungswerten der letzten Jahre sind folgende Maßnahmen geplant:

1. Wiederkehrende Veranstaltungen

- Arbeitnehmerempfang	60.000 DM	
- Rettungsmedaille	10.000 DM	
- Förderpreis für junge Künstlerinnen und Künstler	40.000 DM	
- Verleihung Landesorden (mehrere Termine)	80.000 DM	
- Verleihung Staatspreis	30.000 DM	
- Sportplakette	40.000 DM	
- Adventskonzert	50.000 DM	
- Konzert im Schloss Brühl	90.000 DM	
- Volkstrauertag	<u>20.000 DM</u>	
		420.000 DM

2. Geplante sonstige größere Veranstaltungen

u.a. Veranstaltungen für das Konsularkorps 310.000 DM

3. Ausländische Besuche und Reisen ins Ausland

- ca. 15 eingehende unterschiedlicher Größenordnung	250.000 DM	
- ca. 4 ausgehende unterschiedlicher Größenordnung	<u>200.000 DM</u>	
		450.000 DM

4. Empfänge und sonstige Veranstaltungen der Landesregierung, die unabweisbar sind

400.000 DM

5. Beschaffungen

- Getränke, Tabakwaren, Erinnerungsgeschenke, Ersatzbeschaffungen, Ausrüstung für protokollarische Zwecke einschließlich Reparaturen		<u>320.000 DM</u>
	insgesamt	1.900.000 DM

Ländervergleich

"Verfügungs- und Repräsentationsfonds"

A) Nordrhein-Westfalen

EpI./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
02/02010/529 10 Zur Verfügung des MP für allgemeine Zwecke	305.000	305.000	302.000
02/02010/529 11 Zur Verfügung des MP für Aufgaben auf kulturellem Gebiet	200.000	200.000	186.000
02/02010/529 20 Zur Verfügung des Chefs der Staatskanzlei	5.000	5.000	2.000
02/02010/529 30 Zur Verfügung des Regierungssprechers	3.000	3.000	3.000
02/02010/541 10 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflich- tungen der Landesregierung	1.900.000	1.900.000	1.400.000

B) Staats- und Senatskanzleien der übrigen Bundesländer

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<hr/>			
<u>Baden-Württemberg</u>			
02/0201/529 01	50.000	50.000	43.500
Zur Verfügung des MP für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			
02/0202/541 02	1.550.000	1.550.000	1.360.500
Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung (Ersätze fließen den Mitteln zu)			
<u>Bayern</u>			
02/0201/529 01	134.900*	134.900*	142.000* (Ansatz)
Zur Verfügung des MP für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			
* Hiervon sind 7.100 DM zur Verfügung der Vertreterin des Ministerpräsidenten bestimmt			
02/0201/529 03	28.500	28.500	30.000 (Ansatz)
Zur Verfügung des Leiters der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Noch Bayern</u>			
02/0203/535 01	4.970.000	4.970.000	5.006.000 (Ansatz)
Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung (Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden)			
02/0203/535 03	640.000	640.000	640.000 (Ansatz)
Aufwendungen aus Anlass von Besuchen ausl. Staatsoberhäupter und Regierungschefs sowie deren Stellvertreter			
<u>Berlin</u>			
03/0300/529 05	18.000	18.000	11.771,25
Repräsentation			
03/0300/531 03	2.400.000	2.490.000	2.194.473,55
Empfänge, Feierlichkeiten			
<u>Brandenburg</u>			
02/02010/529 10	55.300	51.300	49.996
Verfügungsmittel (MP, Minister und Cds, Staatssekretär)			
02/02010/533 10	450.000	854.000	632.406
Kosten für Repräsentation			
<u>Bremen</u>			
02/0020/529 12	400.000	400.000	442.043
Zur Verfügung des Senats			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Hamburg</u>			
1/1100/529 01	1.000.000	1.030.000	895.000
Verfüungsmittel des Senats (übertragbar)			
1/1100/529 02	25.000	25.000	15.000
Verfüungsmittel des Präsidenten des Senats			
<u>Hessen</u>			
02/0201/529 01	63.000	52.800	44.085
Verfüungsmittel			
17/1702/545 01	1.070.000	1.070.000	1.070.000 (Ansatz)
Veranstaltungen der Landesregierung			
<u>Mecklenburg-Vorpommern</u>			
03/0301/529 01	20.000	20.000	28.300
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten			
03/0301/529 05	454.000	220.000	160.400
Repräsentationsaufwendungen und Delegationsbetreuungen			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Niedersachsen</u>			
02/0201/529 01	60.000	60.000	65.000 (Ansatz)
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin			
<u>Rheinland-Pfalz</u>			
02/0201/529 01	194.600*	194.600*	194.600* (Ansatz)
Verfüungsmittel * davon 19.600 DM für den Staatssekretär der Staatskanzlei			
02/0202/533 11	1.000.000	1.000.000	1.000.000 (Ansatz)
Ausgaben für Veranstaltungen			
02/0202/534 01	360.000	360.000	350.000 (Ansatz)
Aufwendungen für die Ausrichtung des Rheinland-Pfalz-Tages			
<u>Saarland</u>			
02/0201/529 01	670.000	670.000	670.000 (Ansatz)
Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen.			
02/0201/533 01	185.000	180.000	180.000 (Ansatz)
Aufwendungen für Konferenzen, Informationstagungen und <u>Empfänge</u>			

Land Epl./Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ansatz 2000 DM	Ansatz 1999 DM	Ist 1998 DM
<u>Sachsen</u>			
02/0201/529 03 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	55.000	55.000	55.000 (Ansatz)
02/0201/529 04 Zur Verfügung des Leiters der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstli- cher Veranlassung in besonderen Fällen	12.000	12.000	12.000 (Ansatz)
02/0203/536 02 Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflich- tungen der Staatsregierung	740.000	810.000	640.000 (Ansatz)
02/0203/536 03 Aufwendungen aus Anlass von Besuchen aus- ländischer Staatsoberhäupter und Regierungschefs sowie deren Stellvertreter	140.000	140.000	140.000 (Ansatz)
<u>Sachsen-Anhalt</u>			
02/0201/529 01 Zur Verfügung des Ministerpräsidenten	45.000	45.000	18.242
02/0201/529 02 Zur Verfügung der Staatskanzlei für außergewöhnlichen Aufwand	700.000	700.000	696.337
02/0201/529 05 Verfügungsfonds der Landesregierung	100.000	100.000	98.283
<u>Schleswig-Holstein</u>			
03/0301/529 02 Zur Verfügung der Ministerpräsidentin	350.000	350.000	346.900

Land	Ansatz	Ansatz	Ist
Epl./Kap./Tit.	2000	1999	1998
Zweckbestimmung	DM	DM	DM

Noch Schleswig-Holstein

03/0301/529 03	155.000	150.000	150.100
----------------	---------	---------	---------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für die Beteiligung des Landes an den Veranstaltungen der Kieler Woche

03/0301/529 06	60.000	75.000	52.400
----------------	--------	--------	--------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für auswärtige Beziehungen und Partnerschaften

Thüringen

02/0201/529 00	40.000	40.000	36.050
----------------	--------	--------	--------

Zur Verfügung des Ministerpräsidenten

02/0201/529 02	10.000	10.000	10.000
----------------	--------	--------	--------

Verfüungsmittel Minister

02/0201/529 11	5.000	5.000	5.000
----------------	-------	-------	-------

Zur Verfügung des Staatssekretärs

02/0201/546 02	445.000	445.000	444.184
----------------	---------	---------	---------

Ausgaben für Protokollaufgaben

Zu Titel 541 11

- Für Aufwendungen anlässlich der Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" -

Ansatz 2001: 30.000 DM
Ansatz 2000: 30.000 DM

Nach dem Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder wird der "Tag der Deutschen Einheit" jährlich in der Hauptstadt des Landes gefeiert, das den Präsidenten des Bundesrates stellt. Alle 16 Länder sind aufgefordert, sich an der Gestaltung und durch Ent-

sendung von Bürgerdelegationen zu beteiligen.

2001 beteiligt sich Nordrhein-Westfalen an der Veranstaltung in Mainz.

1.3 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 60

- Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen -

Gesamtansatz der Titelgruppe:
Ansatz 2001: 279.000 DM
Ansatz 2000: 124.000 DM
Mehr: 155.000 DM

Die Mittel dieser Titelgruppe sind ein flexibles Instrument, um kurzfristig auf neue Problemstellungen reagieren zu können.

Die wissenschaftliche Begleitung von Vorhaben der Landesregierung und der kurzfristig flexible Zugriff auf den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Diskussion dienen dazu, relevante Erkenntnisse und Erfahrungen und neue Entwicklungen schnell für Regierungsplanung und Arbeitsprogramm der Landesregierung berücksichtigen zu können.

Dazu zählen:

- Die Gewinnung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur gezielten, zeitweiligen Mitarbeit an der Planungsdiskussion zukünftiger Regierungstätigkeit,
- die zeitweilige externe Zu- und Mitarbeit in Kommissionen der Landesregierung oder zu besonderen Anlässen,
- die Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen und
- der Erwerb sonst nicht erhältlicher Gutachten, die für andere Auftraggeber/innen gefertigt wurden und zum Kauf angeboten werden, oder die Auswertung vorhandener Expertisen für Nordrhein-Westfalen.

Zu Titelgruppe 61
- Kommunikationsmanagement - Call-Center -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 2001: 1.300.000 DM

Ansatz 2000: 1.430.000 DM

Weniger: 130.000 DM

Das Bürger-Informations-Zentrum der Landesregierung mit Namen "C@ll-NRW" ist nach einer erfolgreich abgeschlossenen Pilotphase nunmehr eine feste Einrichtung der Landesregierung. Die Landesregierung hat mit "C@ll NRW" ein Instrument geschaffen, das auf der Basis modernen Kommunikations- und Qualitätsmanagements den Dialog zwischen der Landesregierung und den Bürgerinnen und Bürgern intensiviert und verbessert.

Der zu diesem Zweck mit einem privaten Dienstleister geschlossene Vertrag über die

Bereitstellung von Personal sowie technischem und fachlichem Know How im Bereich Call Center Management soll fortgeführt werden. Gemeinsam mit dem Dienstleister und in Zusammenarbeit mit den Ressorts soll das Projekt in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausgebaut werden. Dabei werden zum einen kontinuierlich die Kompetenz und das fachliche Wissen der Mitarbeiter und Agenten vertieft, zum anderen die Palette der Dienstleistungen erweitert.

Zu Titelgruppe 78
- Zusätzliche ADV-Ausstattung und sonstige Maßnahmen zum Ausgleich von Personalabbau -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 2001: 1.000.000 DM

Ansatz 2000: 500.000 DM

Mehr: 500.000 DM

Nach dem Organisationsgutachten für die Staatskanzlei und den konkreten Projektplanungen sind die Haushaltsmittel erforderlich für externe Beratungen und Unterstützungsleistungen bezüglich des Prozesses der Organisationsentwicklung und für den weiteren Ausbau der Informations- und Kommunikationssysteme.

Folgende Projekte stehen dabei zunächst im Vordergrund:

- Aufbau einer Wissensdatenbank (Knowledge Management) und
- Einführung einer elektronischen Vorgangsbearbeitung und Registraturlösung (workflow).

Neben verschiedenen Aufrüstungen bei der Hard- und Softwareausstattung wird der Schwerpunkt der Aufwendungen bei der wissenschaftlichen Begleitung zur Entwicklung und Implementation der Anwendungen liegen.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

1. Ausgaben

1.1 Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu Titel 547 20

- Sächliche Verwaltungsausgaben der Geschäftsstelle des " Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" -

Ansatz 2001:	800.000 DM
Ansatz 2000:	250.000 DM
Mehr:	550.000 DM

Mit dem "Bündnis für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit" ergreift die Landesregierung eine weitere Initiative, um rechtsextremistischen Tendenzen und Aktivitäten zu begegnen. Sie wird diesem wichtigen Politikfeld auch in den nächsten Jahren weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken.

In der Staatskanzlei wurde die Geschäftsstelle des "Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage - Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit"

mit dem Ziel eingerichtet, die Aktivitäten zu koordinieren und zu vernetzen.

Die Sachmittel sollen u. a. für die Durchführung gemeinsamer Aktionen, Veranstaltungen, Tagungen mit den Bündnispartnern und für Informationsmaterialien eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, die zu Toleranz und Zivilcourage aufrufen, finanziert und ein Preis für Zivilcourage ausgelobt werden.

1.2 Zuweisungen und Zuschüsse und

1.3 Ausgaben für Investitionen

Zu Titel 685 10

- Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften -

Ansatz 2001:	1.760.000 DM
Ansatz 2000:	5.803.000 DM
Weniger:	4.043.000 DM

und

zu Titel 893 00

- Brandschutztechnische Sanierung der Klimaanlage im Dienstgebäude der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften -

Ansatz 2001:	3.000.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	3.000.000 DM

Die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Akademie) wird aufgrund des Gesetzes über die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften vom 19. Juli 1969 (GV.NRW. S.531), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV.NRW. S.247) tätig. Ihre Aufgaben sind in § 2 dieses Gesetzes im einzelnen beschrieben.

Die Akademie erhält die Landeszuwendung zur institutionellen Förderung auf der Grundlage eines Zuwendungsvertrages, der mit einjähriger Frist zum Jahresende gekündigt werden kann.

Nach dem Zuwendungsvertrag ist das Land verpflichtet, der Akademie das Personal (Bedienstete der Staatskanzlei) zur Durchführung ihrer Aufgaben nach Maßgabe des Landshaushaltsplans unter Zugrundelegung der im Stellenplan des Ministerpräsidenten/Staatskanzlei dafür ausgebrachten Stellen zur Verfügung zu stellen; die Akademie hat daher kein eigenes Personal. Die im Jahr 2001 dafür vorgesehenen Stellen sind in den Erläuterungen zu Titel 685 10 aufgeführt.

Ab dem Jahr 2001 ändert sich aufgrund der am 16.12.1999 von den Ministerpräsidenten unterzeichneten Änderung der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm das Förderverfahren und der Finanzierungsweg des Akademienprogramms des Bundes und der Länder. Die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. wird künftig das Akademienprogramm durchführen. Hierfür stellen ihr der Bund und die Länder ihre Finanzierungsanteile unmittelbar durch Zuwendung zur Verfügung.

Diese Änderungen wurden zum Anlass genommen, den Ansatz für den Landesanteil des Akademienprogramms, das der gemeinsamen Forschungsförderung nach Artikel 91b GG zuzuordnen ist, im Einzelplan 05 zu veranschlagen. Die institutionelle Förderung der Akademie über den Einzelplan 02 bleibt hiervon unberührt. Da das Akademienprogramm nicht mehr über den Einzelplan 02 gefördert wird, muss der Ansatz des Titels 685 10 entsprechend vermindert werden (- 4.199.800 DM).

Andererseits ist es erforderlich, den Zuschuss zur Finanzierung des Stammhaushaltes wegen der Fortsetzung notwendiger Sanierungsmaßnahmen in dem von der Akademie genutzten Gebäude gegenüber dem Vorjahr um 156.800 DM zu erhöhen.

Außerdem ist bei Titel 893 00 ein Zuschuss für die brandschutztechnische Sanierung der Klimaanlage in den Besprechungs- und Sitzungsräumen des Akademiegebäudes in Höhe von 3 Mio DM veranschlagt. Die Benutzung dieser von der Akademie zur Erfüllung ihrer Aufgaben dringend benötigten Räume ist nach einer Brandschau wegen erheblicher Brandschutzmängel untersagt worden.

Zu Titel 685 40**- Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH -**

Ansatz 2001:	15.000.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	15.000.000 DM

und

zu Titel 356 00**- Entnahme aus der Sonderrücklage des Landes zur Finanzierung der Betriebs- und Verwaltungskosten der Projekt Ruhr GmbH und/oder von Unternehmen bzw. Einrichtungen des Landes zur Unterstützung von Strukturmaßnahmen in der Region Ruhr -**

und

zu Titel 831 00**- Gründung von Unternehmen bzw. Einrichtungen des Landes und/oder Erwerb von Beteiligungen zur Unterstützung von Strukturmaßnahmen in der Region Ruhr -**

und

zu Titel 912 00**- Abführung an die Sonderrücklage des Landes zur Finanzierung der Betriebs- und Verwaltungskosten der Agentur Ruhr und/oder von Unternehmen bzw. Einrichtungen des Landes zur Unterstützung von Strukturmaßnahmen -**

Ansatz 2001:	0 DM
Ansatz 2000:	30.000.000 DM
Weniger:	30.000.000 DM

Die zum laufenden Betrieb der GmbH, der Gründung und zum Erwerb von Beteiligungen notwendigen Ausgaben werden durch Entnahmen aus der Sonderrücklage (Vorjahr: Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen-) finanziert. Darüber hinaus soll die GmbH 15 Mio DM zur Finanzierung von Projektausgaben erhalten.

1. Zielsetzung und Arbeitsweise

Die Projekt Ruhr GmbH wurde als 100%ige Landesgesellschaft im März 2000 für einen Zeitraum von zunächst zwölf Jahren durch das Land gegründet. Sie soll dazu beitragen, zwei zentrale Leitziele zu verwirklichen:

- Das Ruhrgebiet soll die Region der wirtschaftlichen und technischen Innovationen werden, eine Region, in der neue Unternehmen, vor allem neue Arbeitsplätze entstehen, eine Region mit großen Konzer-

nen, aber auch mit vielen Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen, die Güter- und Dienstleistungen anbieten, die sich auf regionalen und globalen Märkten behaupten können.

- Das Ruhrgebiet soll zudem eine moderne Region mit hoher Lebensqualität werden, eine Metropole mit vielfältigen, attraktiven Städten, mit einem großen und international beachteten Angebot an Kultur und Freizeit, eine Region, die offen ist für neue Ideen und Impulse und für die der

internationale Austausch täglich gelebte Praxis ist.

Die Gesellschaft soll als kleine, flexible Einrichtung mit etwa 30 Mitarbeiter/innen durch verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure im Ruhrgebiet und in enger Abstimmung mit der Landesregierung Modellprojekte mit Signalwirkung in den Bereichen Wirtschaft, Strukturentwicklung, Verkehr, Logistik, Kultur, Tourismus, städtebauliche Infrastruktur, Sicherung des industriekulturellen Erbes, Ökologie und Freiraumpolitik, Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Forschung initiieren, begleiten, moderieren und realisieren. Als eine „Treiber-Institution“ wird die Gesellschaft die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Kreisen, den Organisationen, Verbänden und Verwaltungseinheiten, angrenzenden Gebietskörperschaften, mit den Organisationen der Wirtschaft, den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, mit den Gewerkschaften, Unternehmen, Vereinen und bürgerlichen Initiativen, mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Medien und allen Organisationen des Ruhrgebiets aufbauen und pflegen.

In Ausnahmefällen kann die Gesellschaft selbst Projektträger sein, indem sie bei großen, regional besonders bedeutsamen Projekten zusammen mit kommunalen Gebietskörperschaften oder anderen Akteuren in eine Projektträgersgesellschaft eintreten und auch die laufenden Betriebskosten für die Anlaufphase eines Projektes mit finanzieren kann.

Der Aktionsraum der Projekt Ruhr GmbH gestaltet sich in den derzeit gegebenen administrativen Abgrenzungen des Ruhrgebiets. Projekte und Akteurskonstellationen können aber auch weit über das Ruhrgebiet in benachbarte Regionen bis weit in den Benelux-Bereich hineinreichen.

2. Arbeitsschwerpunkte, Projektlinien, Projekte

In der Gründungs- und Aufbauphase hat die Gesellschaft Projekte und Projektlinien erarbeitet, die sich u.a. folgenden Arbeitsschwerpunkten zuordnen lassen:

- Arbeitsbereich Bildung und Humanressourcen mit den Projektlinien Lebensbegleitendes Lernen und Bildungsregion**
 Motivation, Kompetenz und Qualifikation der Menschen sollen gestärkt, Bildungsanbieter miteinander vernetzt und wissenschaftliche Kompetenzzentren als Triebfedern für intelligenten Strukturwandel entwickelt werden. Zur Erreichung der Ziele werden bildungsbereichs- und trägerübergreifende Netzwerke gefordert und gefördert, die eine nachhaltige Verankerung des Ansatzes „Lebensbegleitendes Lernen“ auf lokaler Ebene vorantreiben. Es gilt, durch Kooperationen Synergien zu erschließen, die für eine Verbesserung der Profile und der wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit im Ruhrgebiet sorgen sowie entwickelte Innovationen unmittelbar in die Wirtschaft transferieren und in der Region zur Ausgründung bringen. Zur Etablierung einer erfolgreichen „Bildungsregion Ruhrgebiet“ werden beispielsweise auf der Grundlage eines konkretisierten Maßnahmenkataloges die Themenschwerpunkte Zukunftswettbewerb Ruhrgebiet, Technologie-Allianz Rhein-Ruhr und die Einrichtung von Graduate Schools / Excellence Centern bearbeitet.
- Arbeitsbereich Neue Technologien mit den Projektlinien Neue Wirtschaft sowie Gründung und Wachstum mittelständischer Unternehmen**
 Die Zielsetzung der erstgenannten Projektlinie ist, Chancen der „New Economy“ in neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze im Ruhrgebiet umzusetzen, Bürger/innen des Ruhrgebiets auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft zu sensibilisieren und zu begleiten sowie der Wirtschaft die Wege zum Einsatz neuer Technologien zu ebnen. Neben der Bildung beratender Expertengremien wird beispielsweise eine Benchmarking-Studie zur Zustandsbewertung des Ruhrgebiets im Vergleich mit anderen führenden Regionen und zur Ableitung von Handlungsmaßnahmen durchgeführt. Eine Aktualisierung der Daten und eine Neubewertung erfolgen in regelmäßigen Abständen. Zudem wird eine Informations- und Kommunikationsplattform für alle Akteure im

Bereich der „New Economy“ im Ruhrgebiet in Form eines Clubs etabliert. Diese Plattform „New Economy Club“ soll entscheidend zur Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten im Ruhrgebiet beitragen, um Synergien gewinnbringend für den Standort Ruhrgebiet als Metropole nutzbar zu machen. Für diese Aufgaben ist die Gründung eines Fördervereins vorgesehen.

Projektlinie Gründung und Wachstum mittelständischer Unternehmen

Zielsetzung dieser Projektlinie sind die systematische Erzeugung und Unterstützung von innovativen Gründungsideen sowie Gründungen eines innovativen Gründerpotenzials in den Regionen des Ruhrgebiets. Die Gesellschaft wird einen systematischen, koordinierten Prozess einleiten, in dem innovative Gründungsideen produziert, finanziert und in kürzester Zeit in wettbewerbsfähige Unternehmen mit marktfähigen Produkten überführt werden. Die Projekt Ruhr GmbH wird einen Expertenkreis bilden, der eine Bestandsaufnahme der Gründungsaktivitäten an den Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Technologie- und Gründerzentren im Ruhrgebiet durchführen und Vorschläge erarbeiten soll, wie diese Aktivitäten besser koordiniert, die Gründungsprozesse systematischer und schneller vorangetrieben und die Finanzierung der Vorhaben verbessert und beschleunigt werden kann. In einem zweiten Schritt werden Vorschläge erarbeitet, wo, mit welchem Themenschwerpunkt und in welcher organisatorischen und finanziellen Konstruktion eine „Gründerschmiede“ als Center of Excellence errichtet werden soll.

- **Arbeitsbereich Mobilität mit den Projektlinien Mobilitätsprogramm, Verkehr/Verkehrsträger**

Die Projekt Ruhr GmbH verfolgt das Ziel, die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet durch den Erhalt und den gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung attraktiver und wettbewerbsfähiger ÖPNV-Strukturen, den Einsatz und die Erforschung innovativer Verkehrstechnologien sowie die Abstimmung und intelli-

gente Vernetzung der Verkehrsträger nachhaltig zu verbessern. Diese Handlungsfelder werden im Sinne eines Masterplanes „Mobilitätsprogramm Metropole Ruhrgebiet“ zusammengefasst und vorangetrieben. Auf der Grundlage einer umfassenden Bestandsaufnahme soll eine übergeordnete Systemarchitektur für ein integriertes Verkehrsmanagementsystem im Ruhrgebiet entwickelt werden. Die Projekt Ruhr GmbH wird ein Expertenforum initiieren und themenspezifische Foren einrichten, die sowohl aus wissenschaftlicher als auch praktischer Sicht Input bei der Entwicklung eines Masterplanes liefern. Durch die Entwicklung wettbewerbsfähiger ÖPNV-Strukturen im Ruhrgebiet sollen der Nahverkehr und zahlreiche damit verbundene Arbeitsplätze vor dem Hintergrund der EU-Liberalisierung im Nahverkehr dauerhaft gesichert werden. Gemeinsam mit externen Partnern wird eine Potenzialstudie für „wettbewerbsfähige ÖPNV-Strukturen“ erarbeitet. Dazu gehören auch Beiträge zur Verwirklichung des Metrorapid.

- **Arbeitsbereich Stadtqualität mit den Projektlinien Stadtteile und Siedlungen, Bahnhofsentwicklung, Zukunftsstandorte, kulturelle Profilierung, Tourismus, Industriekultur:**

Projektlinie Stadtteile und Siedlungen

Die Gesellschaft initiiert einen Wettbewerb zu Initiativen in Stadtteilen und Siedlungen, der sich räumlich und sachlich an dem integrierten Handlungsprogramm des Landes zu „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ sowie an vergleichbaren Standorten orientiert. Der Aufruf will Projekte in der Verknüpfung von sozialen und kulturellen, eigenständigen ökonomisch-organisatorischen und besonderen Stadtteil- und Siedlungsprofilen anstoßen, qualifizieren und begleiten.

Projektlinie Entwicklung der Bahnhöfe im Ruhrgebiet

Die Projekt Ruhr GmbH sieht die Entwicklung der Bahnhöfe im Ruhrgebiet als eine Kernaufgabe der nachhaltigen Mobilitätsentwicklung an und beabsichtigt, die

Entwicklung der Bahnhöfe projektorientiert zu unterstützen. Ziel ist es, für die landesweite Strategie der Bahnhofs- und Bahnhofsumfeldaufwertung best-practice-Beispiele zu entwickeln.

Projektlinie Zukunftsstandorte

Zukunftsstandorte sind Standorte mit hoher „urbaner Qualität“, vorzugsweise industriekulturell geprägte Orte, die ein wichtiges, unverwechselbares Profil des Ruhrgebiets im Wettbewerb der Regionen untereinander zeigen und für eine gewerbliche und industrielle Nutzung mit hohen direkten Arbeitsplatzeffekten vorgesehen sind. Die Projekt Ruhr GmbH wird die Koordination und Moderation eines Prozesses übernehmen, in dem die Standorte in Zusammenarbeit mit den beteiligten Kommunen und Trägern nach hohen Qualitätsmaßstäben entwickelt werden.

• **Arbeitsbereich Stadtlandschaften mit der Projektlinie Kulturlandschaften**

Die Projektlinie Kulturelle Profilierung/ Kultur im Industrieraum soll dem Kompetenzfeld Kultur und Kulturwirtschaft einen starken Impuls geben und den Wirtschaftsstandort Ruhrgebiet werbewirksam kommunizieren. Mit dem Vorhaben „Kultur im Industrieraum 2001-2006“ will die Projekt Ruhr GmbH ein Verbundprojekt auf den Weg bringen, das

- die Profilierung der Standorte,
- das Aufstellen eines inhaltlichen Gesamtkonzeptes,
- die Erarbeitung einer langfristigen Verbundwerbestrategie und
- die Bündelung von Fördermitteln umfasst.

Die innere Struktur der Gesellschaft wird so flexibel gestaltet, dass weitere Arbeitsschwerpunkte und Projektlinien mit zusätzlichen Projekten, die jeweils im Aufsichtsrat beraten und von dem Innovationsbeirat der Gesellschaft zu begutachten sind, aufgenommen werden können.

1.4 Titelgruppen

Zu Titelgruppe 67

- Nachweis der bisher bei Kapitel 03 310 ausgewiesenen Klammerstellen -

Ausgaben

Personalausgaben

Aufgrund des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen vom 9. Mai 2000 (Zweites Modernisierungsgesetz – 2. ModernG [GV.NRW 2000, S. 462]) werden die bisher im

Einzelplan 03 bei Kapitel 03 310 (5 Bezirksregierungen) veranschlagten Planstellen und Stellen, die mit Fachaufgaben der obersten Landesbehörden korrespondieren, in die jeweiligen Einzelpläne umgesetzt (hier: Landesplanung).

Zu Titel 422 67

- Bezüge der Beamten (und Richter) -

A. Stellenzugänge

Zugang von 74 Planstellen.

B. Stellenabgänge

Keine.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Zu Titel 425 67

- Bezüge der Angestellten -

A. Stellenzugänge

Zugang von 67 Stellen.

B. Stellenabgänge

Keine.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Siehe nachfolgende Personalübersichten:

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen-Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
am 01.10.2000							
1	2	3	4	5	6	7	8
A 16	Leitender/Leitende Regierungsdirektor/ Regierungsdirektorin	1	-	1			
A 15	Regierungsdirektor/ Regierungsdirektorin	8	-	8			
A 15	Regierungsbaudirektor/ Regierungsbaudirektorin	12	-	12			
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	10	-	10			
A 14	Oberregierungsvermessungsrat/Oberregierungsvermessungs-rätin	1	-	1			
A 14	Oberregierungsbaurat/ Oberregierungsbaurätin	10	-	10			
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	1	-	1			
A 13	Regierungsbaurat/ Regierungsbaurätin	4	-	4			
		47	-	47			
A 13	Regierungsbauoberamtsrat/ Regierungsbauoberamtsrätin	4	-	4			
A 12	Regierungsbauamtsrat/ Regierungsbauamtsrätin	12	-	12			
A 11	Regierungsamtman/ Regierungsamtfrau	2	-	2			
A 11	Regierungsbauamtman/ Regierungsbauamtfrau	7	-	7			
A 10	Regierungsbauoberinspektor/Regierungsbauoberinspektorin	2	-	2			
		27	-	27			
	Insgesamt	74	-	74			

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
BAT						
la	1	-	1			
lb	1	-	1			
lia g.D.	1	-	1			
lia/III	20	-	20			
III/IVa	12	-	12			
IVa/Vb	4	-	4			
Vb/Vc	20	-	20			
Vc/VIb	6	-	6			
VIb	2	-	2			
Zusammen	67	-	67			

Kapitel 02 030 - Europa- und Internationale Angelegenheiten

Gesamtansatz des Kapitels

Ansatz 2001:	10.624.000 DM
Ansatz 2000:	13.118.800 DM
Weniger:	2.494.800 DM

1. Allgemeines

Die in diesem Kapitel etatisierten Mittel sind in hohem Maße disponibel. Es ist deshalb unvermeidlich, dass auch der Bereich der Europa- und Internationalen Angelegenheiten seinen Beitrag zur weiteren Konsolidierung des Landeshaushalts leisten muss. Die Quote, um die die Mittel in diesem Kapitel zur Haus-

haltskonsolidierung reduziert werden mussten, betrifft eine Vielzahl von Titeln. Sie ist auf die folgenden Titel im Wesentlichen gleichmäßig verteilt worden, ohne dass die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten grundsätzlich beeinträchtigt werden.

2. Europapolitik

Zu Titel 534 20

- Europainitiative NRW -

Ansatz 2001:	190.000 DM
Ansatz 2000:	450.000 DM
Weniger:	260.000 DM

Die Europa-Initiative NRW ist im September 1996 als Forum für europapolitische Veranstaltungen gestartet worden. Bürgerinnen und Bürger, Multiplikatoren und Repräsentanten, Verbände und Einrichtungen sollen über die Ziele der Europapolitik des Landes informiert werden. Vor dem Hintergrund der großen europäischen Herausforderungen (Einführung des Euro, Europäische Beschäftigungspolitik, Institutionelle Reformen, Osterweiterung usw.) sollen Informationen über den zukünftigen europäischen Rahmen für Politik und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen angeboten

und die Auseinandersetzung mit europäischer Politik dauerhaft und nachhaltig begleitet werden. Zahlreiche Einzelprojekte werden von Kooperationspartnern mitgetragen oder unterstützt.

Etwa die Hälfte der im Vorjahr hierfür zur Verfügung stehenden Mittel wurden nunmehr aus haushaltssystematischen Gründen bei einem Titel der Hauptgruppe 6 veranschlagt, damit auch Maßnahmen Dritter durch Zuschüsse gefördert werden können.

Zu Titel 534 30

- Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den Niederlanden, Belgien und Luxemburg -

Ansatz 2001:	350.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	350.000 DM

Die Vertiefung der Beziehungen zu den Benelux-Staaten wird auf absehbare Zeit ein Schwerpunkt nordrhein-westfälischer Europapolitik sein und bleiben. Hier sollen wie bisher Maßnahmen im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den benachbarten Staaten Niederlande, Belgien, Luxemburg (und Nordfrankreich) finanziert werden, so zum Beispiel gemeinsame Fachkongresse, Tagungen und Formen regelmäßigen Erfahrungsaustausches zwischen den

Verwaltungen im „nordwesteuropäischen Wirtschaftsraum“.

Der weit überwiegende Teil der für die Benelux-Kooperation vorgesehenen Mittel wird in diesem Haushaltsjahr - ebenfalls aus haushaltssystematischen Gründen - hier veranschlagt, weil das Land überwiegend Eigenmaßnahmen durchführen und nur zu einem geringen Anteil Maßnahmen Dritter fördern will.

Zu Titel 547 00

- Sächliche Verwaltungsausgaben zur Förderung und Verbreitung des Europa-Gedankens -

Ansatz 2001:	40.000 DM
Ansatz 2000:	34.800 DM
Mehr:	5.200 DM

Aus diesem Titel sollen wie bisher u.a. die Preise zur Verleihung des Sonderpreises des Europabeauftragten der Landesregierung zum jährlich europaweit stattfindenden Europäischen Schülerwettbewerb und die jährliche Spende der Landesregierung in Höhe von 3.000 DM für diesen Wettbewerb finanziert

werden. In den Vorjahren wurden aus diesem Titel u.a. die Preise für den Schülerzeitungswettbewerb „Fit für Europa“ gezahlt. Ferner sollen aus dem Titel Sachkosten im Zusammenhang mit der Betreuung von Besuchergruppen aus dem europäischen Ausland finanziert werden.

Zu Titel 632 00

- Anteil des Landes an den Kosten des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union -

Ansatz 2001:	201.000 DM
Ansatz 2000:	315.000 DM
Weniger:	114.000 DM

Die Zahlungsverpflichtung ergibt sich aus dem Abkommen über den Beobachter der Länder

bei der Europäischen Union in der zur Zeit geltenden Fassung.

Der Haushalt des Länderbeobachters wird federführend von Baden-Württemberg aufgestellt; der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen berechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Der Beitritt der ostdeutschen Länder zum Abkommen hat sich mit zeitlicher Verzögerung nun auch im Haushaltsplan für den Länderbeobachter ausgewirkt. Im Ergebnis zahlt Nordrhein-Westfalen damit zukünftig weniger Beitrag als bisher.

Zu Titel 684 20

- Zuschüsse zur Förderung und Verbreitung des Europagedankens -

Ansatz 2001:	31.000 DM
Ansatz 2000:	30.000 DM
Mehr:	1.000 DM

Das Europakolleg in Brügge bietet jährlich rund 250 Hochschulabsolventen der Fachrichtungen Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften die Möglichkeit eines einjährigen Aufbaustudiums. Die Studierenden können in dieser Zeit eine Zusatzqualifikation erwerben, die sie für eine Tätigkeit mit europapolitischem Bezug, beispielsweise in der

Ministerialverwaltung, besonders befähigt. Aus dem Titel wird ein Stipendium am Europakolleg in Brügge finanziert. Die Auswahl der Stipendiaten erfolgt unter meiner Mitwirkung.

Andere Länder, z.B. Bayern, Berlin und Baden-Württemberg, vergeben ebenfalls Stipendien.

Zu Titel 685 20

- Zuschuss an den Verein "Europa Dialog Bonn e.V." -

Ansatz 2001:	40.000 DM
Ansatz 2000:	50.000 DM
Weniger:	10.000 DM

Der Verein "Europa-Dialog Bonn e.V." wurde im September 1992 unter anderem auf Initiative der Landesregierung Nordrhein-Westfalen gegründet.

Zweck des Vereins ist die „Förderung des Aufbaus eines demokratischen, rechtsstaatlichen, föderalen, sozialen, verantwortlichen, freiheitlichen und geeinten Europas“. Diese Ziele unterstützt der Verein durch Veranstaltungen, in denen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Publizistik zu konzeptionellen Gesprächen über die Zukunft Europas zusammenkommen. Die Veranstaltungen werden durch Sponsoren finanziert.

Mit dem Zuschuss des Landes werden ein Teil der Geschäftsführungskosten des Europa-Dialogs getragen.

Im Zusammenhang mit den erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen für die Stadt Bonn nach dem Umzugsbeschluss des Deutschen Bundestages hat das Land Nordrhein-Westfalen ein erhebliches Interesse an der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereins. Die Ansiedlung des Vereins in Bonn und die vom Verein durchgeführten Veranstaltungen tragen dazu bei, Bonn zu einem Zentrum der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln.

3. Internationale Angelegenheiten

Zu den Titeln

529 00 - Zur Verfügung für humanitäre Maßnahmen -

534 10 - Aufwendungen für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes -

685 10 - Zuschüsse für Projekte im Inland -

686 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland -

und

896 00 - Zuschüsse für Investitionsausgaben im Ausland -

Gesamtansatz der o.a. Titel 2001: 8.670.000 DM

Gesamtansatz der o.a. Titel 2000: 10.859.000 DM

Weniger: 2.189.000 DM

Neben den Beziehungen zu westeuropäischen Ländern und Regionen wird auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit ausgewählten Regionen in Ländern außerhalb der EU ihren besonderen Stellenwert haben.

Im Hinblick auf die Erweiterung der EU kommt der Zusammenarbeit mit der Woiwodschaft Schlesien/Polen eine besondere Bedeutung zu. Am 1. September 2000 ist die "Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen" unterzeichnet worden. Bis Anfang des kommenden Jahres sollen mit dem Vorstand der Woiwodschaft die in den verabredeten Erfahrungsaustausch einbezogenen Aufgabefelder abgestimmt werden. Als erstes Themenfeld wurden bereits in diesem Jahr die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen durch den Umstrukturierungsprozess in Montanregionen diskutiert und die Ausarbeitung konkreter Projekte verabredet.

Ich habe in meiner Regierungserklärung am 30. August 2000 ausgeführt: "Nordrhein-Westfalen begrüßt, dass die EU in Helsinki der Türkei die Tür zur Annäherung an Europa geöffnet hat. Im Rahmen dieses Annäherungsprozesses soll nicht nur auf europäischer und nationaler Ebene, sondern auch auf der Ebene der Regionen die Zusammenarbeit mit der Türkei verstärkt werden. Deshalb wird Nordrhein-Westfalen seine Zusammenarbeit mit der Türkei durch eine regionale Kooperation intensivieren. Dies ist zugleich auch ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit des Landes mit den mehr als 700.000 türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Nordrhein-Westfalen."

Zunächst geht es darum, eine Region in der Türkei zu identifizieren, die für eine Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen in besonderem Maße in Betracht kommt. Diese Phase soll möglichst bald abgeschlossen werden, damit für das Jahr 2001 konkrete Kooperationsprojekte verabredet werden können.

Neben diesen Schwerpunkten der Internationalen Zusammenarbeit soll in deutlich begrenztem Rahmen die Kooperation mit den Regionen Nishnij Nowgorod und Kostroma in der Russischen Föderation, mit den westrumänischen Kreisen Arad, Caras Severin und Timis sowie mit der Republik Belarus fortgesetzt werden. Dabei geht es vor allem um eine Abrundung der erfolgreichen Projekte zur Strukturverbesserung und zur Verbesserung von Bildung und Ausbildung, zum Beispiel

- im Aus- und Weiterbildungszentrum in Kostroma,
- beim Erfahrungsaustausch von Hochschulen und Bildungseinrichtungen in der Russischen Föderation und in Belarus,
- und beim Ausbau von Lehrwerkstätten in Westrumänien.

Die Partnerregionen in diesen Ländern benötigen noch Hilfen zur Selbsthilfe, um den unverändert schwierigen Weg der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umgestaltung bewältigen zu können. Mit den - wenn auch reduzierten - regionalen Partnerschaften werden zugleich die Bemühungen der Regionen um Eigenständigkeit unterstützt und die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes gefördert.

Auch die Zusammenarbeit mit Israel und den Autonomen Palästinensischen Gebieten soll fortgesetzt werden. Die aktuelle Entwicklung in Deutschland und im Nahen Osten zeigt überdeutlich, wie wichtig es nach wie vor ist, das besondere Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis zu unterstreichen und den Friedensprozess im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten unseres Landes zu fördern.

Deshalb sollen auch weiterhin im Vordergrund der Förderung Projekte der israelisch-arabischen Verständigung und Maßnahmen

zur Verbesserung der Lebenssituation besonders bedürftiger Personengruppen stehen. In den Autonomen Palästinensischen Gebieten geht es vor allem darum, die Zukunftschancen für die jungen Menschen zu verbessern. Dabei kommt einer qualifizierten beruflichen Bildung besondere Bedeutung zu. Deshalb sollen die modellhaften Maßnahmen auf diesem Gebiet fortgesetzt werden.

Schließlich soll auch weiterhin der Ausbau der Stadt Bonn als Zentrum für internationale Zusammenarbeit vor allem durch die Förderung von Veranstaltungen unterstützt werden.

Zu Titel 684 10

- Zuschuss zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz -

Ansatz 2001:	300.000 DM
Ansatz 2000:	300.000 DM

In der Ministerpräsidentenkonferenz am 25. März 1993 wurde beschlossen, dass sich die Länder an den Sanierungsmaßnahmen zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz mit einem Beitrag von insgesamt 10 Mio. DM, verteilt auf die Jahre 1994 bis 1999, beteiligen. Die Aufteilung des Gesamtbetrages auf die Länder erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Die bereitgestellten Mittel konnten nicht im vorgesehenen Zeitraum verausgabt werden, weil die Sanierungsprozesse einzeln mit der

Leitung der Gedenkstätte Auschwitz abgestimmt werden mussten.

Die Regierungschefin und die Regierungschefs der Länder haben sich im November 1999 darauf verständigt, den Zeitraum für die Mittelverwendung bis zum Jahr 2004 zu verlängern. Besondere Bedeutung hat in diesem Zeitraum die Konservierung der Zaunanlagen im Lager Birkenau und im Stammlager Auschwitz.

Kapitel 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Gesamtansatz des Kapitels:

Ansatz 2001:	48.333.000 DM
Ansatz 2000:	47.036.000 DM
Mehr:	1.297.000 DM

Im Kapitel 02 050 findet das Verhältnis des Landes zu Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen seinen haushaltsmäßigen Niederschlag.

Dem Land Nordrhein-Westfalen obliegen gegenüber den großen Kirchen zahlreiche, auf unterschiedliche Weise begründete Verpflichtungen zur Zahlung von Katasterzuschüssen, von Beihilfen zur Pfarrerbesoldung und für Dotationen. In der Regel handelt es sich um Ausgleichsverpflichtungen als Folge von Säkularisation, die in Staatsverträge übernommen wurden, oder um gewohnheitsrechtliche Verpflichtungen.

Entsprechend dem am 1.12.1992 zwischen der Jüdischen Gemeinschaft in NRW und dem Land geschlossenen Vertrag in der Fassung

des Änderungsvertrages vom 18.02.1997 beteiligt sich das Land zur Erhaltung und Pflege jüdischen Kulturlebens an den laufenden Ausgaben der Jüdischen Gemeinschaft für deren religiöse und kulturelle Zwecke sowie für deren Verwaltung mit einem jährlichen Zuschuss. Als Ausfluss dieses Vertrages werden der Bau von Synagogen und Gemeindezentren und die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen ebenfalls vom Land gefördert. Schließlich gewährt das Land auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern Beihilfen für die Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe.

Kleinere Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen werden mit Beihilfen zur Unterstützung von Projekten oder zur Finanzierung von Personalkosten gefördert.

Zu Titel 684 11

- Zuschüsse an die Evangelischen Kirchen -

Ansatz 2001:	15.370.000 DM
Ansatz 2000:	15.480.000 DM
Weniger:	110.000 DM

und

zu Titel 684 12

- Zuschüsse an die Katholische Kirche -

Ansatz 2001:	23.249.000 DM
Ansatz 2000:	23.473.000 DM
Weniger:	224.000 DM

Die Staatsleistungen an die Evangelischen Kirchen und die Katholische Kirche werden in Form von Zuschüssen nach dem Kataster, als Dotation und als Beihilfe zur Pfarrerbesoldung erbracht. Sie sind auf besonderem Rechtsgrund beruhende Leistungen; dabei handelt es sich nicht um solche im Sinne von Subventionen, Daseinsvorsorge oder sozialer Sicherung. Die Staatsleistungen an die Evangelischen Kirchen und die Katholische Kirche sind der

Gruppe der staatlichen Ersatzleistungen im weitesten Sinne zuzuordnen. Sie bilden insbesondere den Ausgleich für Säkularisation. Die zugrundeliegenden staatlichen Ausgleichsverpflichtungen wurden später in Staatskirchenverträge übernommen. Zu Rechtsgrund und Höhe der im einzelnen zu leistenden Zahlungen des Landes NRW an die Kirchen hat die Landesregierung im Rahmen der Beantwortung

der Kleinen Anfrage 2419 vom 2.2.1994 der Abgeordneten Frau Pazdziora-Merk (LT-Drucksache 11/7253) umfassend Stellung genommen. Der Bericht des damaligen Kultusministeriums an den Präsidenten des Landtags

vom 30.01.1991 (Vorlage 11/331) enthält darüber hinaus detaillierte Ausführungen zu den Rechtsgrundlagen für die vom Land zu leistenden Dotationen.

Zu Titel 684 14

- Zuschüsse für jüdische Kultusgemeinden -

Ansatz 2001:	5.321.000 DM
Ansatz 2000:	5.340.000 DM
Weniger:	19.000 DM

Rechtsgrundlage für die bei diesem Titel veranschlagten Mittel ist der Vertrag vom 1.12.1992 zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein - Körperschaft des öffentlichen Rechts -, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe - Körperschaft des öffentlichen Rechts - und der Synagogen-Gemeinde Köln -

Körperschaft des öffentlichen Rechts -. Die in diesem Vertrag vorgesehene Landesleistung wurde mit Änderungsvertrag vom 18.02.1997 auf 5 Mio. DM jährlich, beginnend ab dem Jahr 1997, festgelegt. Diese Leistung wird ab 1998 vertragsgemäß laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten angepasst.

Weniger in Erwartung der Ist-Ausgabe.

Zu Titel 684 16

- Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen -

Ansatz 2001:	100.000 DM
Ansatz 2000:	100.000 DM

Aus den Mitteln dieses Titels werden Zuschüsse an kleinere Religionsgemeinschaften bzw. Weltanschauungsvereinigungen geleistet, die bedeutsame Aktivitäten entfalten, allein aber nicht in der Lage sind, die sich ihnen stellenden Aufgaben zu erfüllen, weil sie auf freiwillige Spenden ihrer Mitglieder angewiesen sind.

Im Jahr 2000 wurden 35.000 DM an den Humanistischen Verband NRW (institutionelle Förderung) und 34.000 DM an die Ökumenische Kommission für die Unterstützung orthodoxer Priester in der Bundesrepublik Deutschland gezahlt.

Zu Titel 893 50

- Zuweisungen zur Förderung des Synagogenbaus -

Ansatz 2001:	2.250.000 DM
Ansatz 2000:	750.000 DM
Mehr:	1.500.000 DM

Aus den Mitteln dieses Titels wird der Neubau einer Synagoge der jüdischen Gemeinde Wuppertal finanziert (Landesanteil).

Im Haushaltsjahr 2000 waren hierfür ein Ansatz von 0,75 Mio DM und eine VE von

2,25 Mio DM vorgesehen. Zur Abwicklung der Rechtsverpflichtung ist im Haushaltsjahr 2001 ein Baransatz auszuweisen.

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 2001:	9.496.700 DM
Ansatz 2000:	9.548.700 DM
Weniger:	52.000 DM

Darin enthalten sind der Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (7.029.000 DM) und die bei Titel-

gruppe 60 ausgebrachten Ansätze "Zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrums" (414.500 DM).

Vergleichszahlen ohne das Wuppertal Institut:

Ansatz 2001:	2.467.700 DM
Ansatz 2000:	2.519.700 DM
Weniger:	52.000 DM

1. Allgemeines

Das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (WZ NRW) besteht aus vier Instituten. Dazu gehören neben dem Düsseldorfer Institut (WZ) das Kulturwissenschaftliche Institut im WZ NRW, Essen (KWI), das Institut Arbeit und Technik im WZ NRW, Gelsenkirchen (IAT) und die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im WZ NRW (WI).

Das WZ in Düsseldorf ist ein Institut, das den Dialog zwischen Wissenschaft und Technologie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft fördert. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Beschäftigung mit ausgewählten Zukunftsthemen und der Frage nach dem Zusammenhang von technischer Innovation und gesellschaftlichen Entwicklungen. Das WZ organisiert hierzu Veranstaltungen und gibt Dokumentationen heraus. Ferner richtet es Experten- und Arbeitskreise mit Vertretern von Hochschulen, Administration, des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft ein, begleitet diese wissenschaftlich und wertet die Ergebnisse aus.

1.1 Tätigkeitsfelder und Veranstaltungsformen

Die Beschäftigung mit ausgewählten Zukunftsthemen erfolgt innerhalb der Arbeitsbereiche „Lebenswissenschaften“, „Neue Technologien“ und „Kultur-, Sozial- und Medienwissenschaften“. Das WZ bedient sich verschiedener Veranstaltungsformen, um wissen-

schaftliche Dialoge in Gang zu setzen und seine Arbeit der Öffentlichkeit zu vermitteln.

1.2 Arbeitskreise und Expertenrunden:

In den Arbeitskreisen und Expertenrunden des WZ treffen sich regelmäßig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur. In den Arbeitskreisen wird kontinuierlich, befristet und ergebnisorientiert zu ausgewählten Zukunftsthemen gearbeitet. Dabei besteht das Ziel darin, zukünftige Problemlagen frühzeitig zu erkennen, diese in die politische Diskussion einzubringen und - wenn möglich - Grundlagen für die Politikberatung zu erstellen.

1.3 Szenarien für morgen:

Unter dem Titel „Szenarien für morgen“ stellt das WZ die Bedeutung aktueller wissenschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Trends für die Zukunft auf den Prüfstand. In kleineren und mittelgroßen Veranstaltungen wird nach den Grenzen und Möglichkeiten einer verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung gefragt.

1.4 CULTEC - Kultur und Technik im 21. Jahrhundert

Innerhalb dieser größten und aufwändigsten Veranstaltungsreihe des WZ werden in internationalem Rahmen wissenschaftliche, kulturelle und soziale Querschnittsthemen erörtert, die für eine langfristig orientierte Politikgestaltung von Bedeutung sind. Durch Teilneh-

merzahl, Rang der Vortragenden und die Medienresonanz hat diese Veranstaltungsreihe des WZ die größte Außenwirkung.

1.5 Jahreskongress

Neben den spezifischen Veranstaltungsreihen des WZ gibt es die gemeinsamen Jahreskongresse der Institute des Wissenschaftszentrums NRW. Diese werden jährlich abwechselnd von den Instituten inhaltlich und organisatorisch ausgerichtet.

1.6 Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Aufgabe des WZ. Sie wird wahrgenommen durch:

- gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit anlässlich eigener Kongresse und Tagungen,
- kleinere Informationsveranstaltungen zu ausgewählten Themen,
- Pressegespräche und -konferenzen zu ausgewählten Themen und
- eigene wissenschaftliche Publikationen.

2001 werden folgende **Periodika** herausgegeben:

- DAS MAGAZIN (viermal jährlich)
- monatlicher Pressespiegel und Halbjahrespressespiegel
- Jahrbuch 2000/2001
- Newsletter.

Das WZ ist bestrebt, die Ergebnisse seiner Expertenrunden und Veranstaltungen möglichst schnell und zielgruppenorientiert zu publizieren.

Die Dokumentationen, Sammelbände und Studien erscheinen zum Teil in großen Publikumsverlagen, zum Teil im Eigenverlag des Wissenschaftszentrums. Auf diese Weise ist eine breite und medienspezifische Distribution der Publikationen gewährleistet.

Das WZ hat im Jahr 2000 zusammen mit der Freien Universität Berlin und dem neuen Neandertal Museum eine internationale Tagung zum Thema „Das Jahr 2000 findet nicht statt“ durchgeführt. Die Dokumentation dieses hochkarätig besetzten Kongresses wird im Jahre 2001 beim Campus Verlag erscheinen.

In Vorbereitung sind ebenfalls zwei kleinere Publikationen zur „Bill Joy-Debatte“ und zu den Zukunftsperspektiven der Medienwissenschaft.

Das WZ ist im Internet vertreten. Zum einen stellt es auf seiner eigenen Homepage seine Aufgaben, seine Arbeitsschwerpunkte und seine Projekte vor. Dazu gehört auch, dass „Das Magazin“ des WZ im Internet abrufbar ist. Zum anderen ist seit Ende 1998 ist auch der Terminkalender im Internet abrufbar. Er informiert über Tagungen, Projekte und Veröffentlichungen des WZ und der anderen Institute in einem zweimonatlichen Rhythmus.

Bei seiner Online-Dienstleistung wird das WZ im Jahre 2001 seinen Wissenschaftsticker mit aktuellen Nachrichten aus der Wissenschaft weiter ausbauen. Darüber hinaus befinden sich Strukturierung und inhaltliche Ausfüllung eines weiteren Datenbankangebotes zum Thema Stammzellentherapie in Planung.

1.7 Veranstaltungen

Die Kongresse und Tagungen des WZ sind das zentrale Medium, mit Hilfe dessen die öffentlichkeitswirksamen Dialoge zu Zukunftsthemen einem größeren Publikum vermittelt werden. Im Haushaltsjahr 2001 bestimmen folgende Arbeitsschwerpunkte die Veranstaltungsplanung des WZ:

In Zusammenarbeit mit dem Industrie-Club Düsseldorf e.V. vergibt das WZ NRW jährlich den Wissenschaftspreis. Dieser zeichnet Arbeiten junger nordrhein-westfälischer Forscher aus, die sich besonders um die Überwindung der Lücke zwischen Grundlagenforschung einerseits und Anwendung in der Praxis andererseits verdient gemacht haben. Im Jahr 2001 wird der Preis für hervorragende Forschungsarbeiten im Bereich „Neue Materialien, Vergütungen und Bearbeitungsverfahren“ ausgeschrieben. Im Rahmen einer Festveranstaltung wird der Preis voraussichtlich im Mai 2001 im Industrie-Club verliehen.

Innerhalb des Arbeitsschwerpunktes Lebenswissenschaften wird das WZ im Jahre 2001 eine Reihe von "Szenarien für Morgen" bzw. Expertengespräche zu innovativen Themen im Bereich der Biowissenschaften durchführen. Einen ersten Schwerpunkt bildet die Frage nach den medizinischen, ökonomischen und ethischen Dimensionen der Stammzellentherapie. Zu diesem Thema wird das WZ zum Jahresbeginn 2001 eine Veranstaltung durchführen. Flankierende Expertengespräche sowie eine Folgeveranstaltung in der zweiten Jahres-

hälfte werden das Thema vertiefen. Weitere Veranstaltungen im Bereich Lebenswissenschaften werden sich mit den Fragen „Novel Food“ und „Alternde Gesellschaft“ auseinandersetzen.

Der Arbeitsschwerpunkt „Lebenswissenschaften“ erhält in 2001 eine besondere Bedeutung, weil die großen Wissenschaftsorganisationen in Deutschland das Jahr 2001 zum „Jahr der Lebenswissenschaften“ erklären werden (Jahr 2000 = Jahr der Physik).

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt des WZ im Jahr 2001 bildet der Themenkomplex „Technologienpolitik“, „Innovationsforschung“ und „Neue Technologien“. Eine internationale Tagung wird sich im Jahre 2001 mit der in Planung befindlichen „Europäischen Spallations-Neutronenquelle (ESS)“ beschäftigen. Auf dieser Tagung sollen die Chancen und Perspektiven der ESS für den Standort Nordrhein-Westfalen vorgestellt und diskutiert werden. Es wird dabei unter anderem darum gehen, die wirtschaftlichen Vorteile der ESS für Nordrhein-Westfalen zu beleuchten und konkrete Nutzungsanwendungen für die Industrie zur Diskussion zu stellen. Das WZ plant für das Jahr 2001 weiterhin die Fortsetzung und Ausweitung des Projektes „Statuskonferenzen und Grundlagenforschung“. Im Rahmen einer Tagung soll der ursprüngliche Teilnehmerkreis in Richtung Politik und Administration geöffnet werden, um die Bedeutung der Grundlagenforschung für wirtschaftliche Innovationen zu diskutieren. Dabei soll die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die innovativen Kräfte der Grundlagenforschung besser als bisher genutzt werden können. Aus den Diskussionen um die Rolle der Grundlagenforschung ist das Projekt „NRW ARRAY“ erwachsen. Dabei handelt es sich um ein großflächiges Experiment zur Hochenergie Astrophysik, das in Nordrhein-Westfalen betrieben werden kann und bei dem die zahlreichen Messstationen für den Schulunterricht nutzbar gemacht werden sollen. Das WZ begleitet dieses Vorhaben und plant, das „NRW ARRAY“ Projekt einer breiteren Öffentlichkeit im Rahmen einer Veranstaltung vorzustellen.

Das Verbundprojekt „Europäische Netze“ wird in der zweiten Jahreshälfte 2001 mit einer Tagung abgeschlossen werden. Im Rahmen dieser Tagung werden die Ergebnisse der vo-

rangegangenen Workshops zusammengefasst und zu einem Maßnahmenkatalog zusammengeführt. Ziel der Abschlusskonferenz ist es, konkrete Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Wissenschaftsorganisationen zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit den IuK-Technologien wird das WZ zwei Vorhaben durchführen. Zum einen handelt es sich dabei um die schon seit längerem geplante Tagung zu den Entwicklungsperspektiven der Medienwissenschaft. Diese Frage wird im Rahmen eines hausinternen Expertengesprächs abgehandelt werden. Zum anderen werden konkrete medienrechtliche und wirtschaftspolitische Fragestellungen innerhalb der Tagung „Deregulierung in der Telekommunikation“ mit hochrangigen Vertretern aus der Telekommunikationswirtschaft, der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft erörtert.

Zum Jahresende 2001 wird das WZ einen großen internationalen Kongress zum Thema „Kultur und Technik im 21. Jahrhundert“ durchführen. Auf diesem Kongress wird das Thema mit spezifischem Landesbezug erörtert werden.

1.8 Zusammenarbeit der Einrichtungen des WZ NRW

Für die Zusammenarbeit der Institute des WZ NRW sind folgende Punkte von Bedeutung:

- die Abstimmung der Arbeit der Institute im regelmäßig tagenden Präsidium unter dem Vorsitz des Präsidenten des WZ NRW,
- die ebenfalls monatlich tagende Runde der Geschäftsführer und Verwaltungsleiter/innen der Institute,
- gemeinsame Veranstaltungen (z. B. Kongresse, Tagungen etc.),
- die Herausgabe gemeinsamer Veröffentlichungen und
- die Durchführung von Verbundprojekten.

Im Jahre 2001 sollen folgende Verbundprojekte durchgeführt werden:

- Europäische Netze (Federführung WZ, Abschluss im Jahre 2002)

- Europäische Spallations-Neutronenquelle (ESS)
- Aus- und Weiterbildung (Qualifikationsforschung)

Die bisher durchgeführten und noch vorgesehenen Verbundprojekte zeichnet aus, dass in ihnen die jeweils unterschiedlichen wissen-

schaftlichen Ansätze der einzelnen Institute zu einer gemeinsamen Fragestellung und Arbeitsplanung zusammengeführt wurden und werden. Über zusätzlich zu entwickelnde Verbundprojekte finden zur Zeit intensive Gespräche zwischen den Instituten des WZ NRW statt.

2. Ausgaben

2.1 Personalausgaben

A. Stellenzugänge

Keine.

B. Stellenabgänge

Keine.

Siehe nachfolgende Personalübersichten.

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 31.07.2000		
1	2	3	4	5	6	7	8
A 15	Regierungsdirektor/in	1	1	1			
		1	1	1			
	Insgesamt	1	1	1			

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 31.07.2000 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
				Angestellten	geführten Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
BAT						
I						
Ia	4	4	4			
Ib	1	1	1			
IIa/III						
III/IVa						
IVa						
IVb	1	1	1			
IVb/Vb						
Vb						
Vb/Vc	2	2	2			
Vc						
Vc/VIb						
VIb						
VIb/VII						
VII/VIII	1	1	0			
IXa/IXb						
XIb/X						
Zwischen- summe:	9	9	8			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	1	1	1			
AT (B2)						
Zusammen	10	10	9			
Auszubildende	----					

3. Zuweisungen und Zuschüsse

Zu Titel 685 20

- Zuschuss an die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen -

Ansatz 2001: 7.029.000 DM

Ansatz 2000: 7.029.000 DM

1. Allgemeines

Die Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (WI) hat ihre Arbeit im April 1991 aufgenommen. Der Gesellschaftervertrag weist dem Institut die Aufgabe der Förderung von Maßnahmen und Initiativen zur Sicherung der Klimasituation, zur Verbesserung der Umwelt und zur Energieeinsparung als Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Umsetzung zu.

Zur Verwirklichung dieser Ziele soll das Institut externen Sachverständigen aus Wissenschaft und Wirtschaft begrenzt einbinden, nutzen und interdisziplinär zusammenführen, um Forschungsergebnisse in Strategien und Initiativen zum Schutz von Klima und Umwelt umzusetzen.

Das Institut soll im Rahmen dieser Aufgabengestaltung insbesondere

- Sekundäranalysen durchführen,
- Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bündeln,
- das international vorhandene Wissen einbinden,
- den Dialog zwischen allen Beteiligten organisieren und
- umsetzungsorientierte Konzepte erarbeiten und in die Öffentlichkeit bringen.

Das Institut erarbeitet Ansätze für eine ökologisch, ökonomisch und sozial zukunftsfähige Entwicklung.

1.1 Abteilung Klimapolitik

Die Abteilung wird auch im Jahre 2001 an nationalen und internationalen Strategien der Klimapolitik sowie an Operationalisierungskonzepten einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung arbeiten. Dabei werden die Politikanalyse und Umsetzungsfragen weiter in den Vordergrund treten.

Internationale Klimapolitik und Völkerrecht
Das WI hat seit vielen Jahren die klimapoliti-

schen Verhandlungen zur Weiterentwicklung der Klimarahmenkonvention gefördert und unterstützt. Da das in Kioto vereinbarte Protokoll in vielen Punkten der Konkretisierung bedarf, reicht der Forschungsbedarf bis weit ins 21. Jahrhundert hinein. Die Abteilung wird sich insbesondere mit Fragen der Implementierung eines Systems der Emissionszertifikate beschäftigen. In Kooperation mit dem Bundesumweltministerium wird eine Koordinationsstelle für die Gemeinsame Umsetzung (Joint Implementation) von Verpflichtungen eingerichtet. Im Rahmen der deutsch-japanischen Kooperation wird die Serie der Workshops mit Vertretern von Industriesektoren fortgesetzt. Nach dem IuK-Sektor im November 2000 wird vermutlich der Transportsektor Gegenstand des nächsten Workshops Mitte 2001 sein. Ferner wird ein Projekt über einen Nord-Süd-Dialog mit Entwicklungsländern über die faire Aufteilung von Emissionsrechten vorbereitet.

Ökonomische Instrumente / Ökologische Steuerreform

Die Abteilung will die Chance nutzen, das Thema "ökonomische Instrumente" mit der Fortentwicklung des Klimaschutzregimes zu akzentuieren. Konzeptionell geht es um die Entwicklung von steuerlichen Instrumenten, die das Dilemma zwischen Umweltfreundlichkeit und einer möglichen Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit reduzieren oder lösen können. Im Rahmen eines EU-Projekts werden die Bedingungen für eine erfolgreiche Einführung ökologischer Steuern untersucht. Das "Wuppertal Bulletin zur Ökologischen Steuerreform" soll im Jahre 2001 wieder erscheinen. Das Institut beteiligt sich auf EU-Ebene an einem wissenschaftlichen Netzwerk zur ökologischen Steuerreform.

Zukunftsfähige Entwicklung / Zukunftsfähiges Deutschland

Die im Anschluss an die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" begonnenen Arbeiten

werden fortgesetzt. Schwerpunkt der Umsetzung betreffen die Beratung von Kommunen im Rahmen der Lokalen Agenda 21, Fragen im Zusammenhang mit Landnutzung, Naturschutz, Tierhaltung und Ernährung sowie Strategien für eine ökologische Regionalwirtschaft. Im Jahr 2001 werden die Bedingungen einer Verknüpfung von "Lokale Agenda"-Prozessen und der notwendigen Modernisierung der Kommunalverwaltung untersucht.

1.2 Abteilung Stoffströme und Strukturwandel

Nachdem in den letzten Jahren die Erfassung des gesellschaftlichen Stoffwechsels und die Ableitung von Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in physischen Einheiten im Vordergrund standen, werden nun auch monetäre Bewertungsgrundsätze in die Arbeit einbezogen. Das Ziel besteht nach wie vor darin, die physische Basis unserer Wirtschaft in ihrer Struktur, ihrem Umfang und ihrer Tragfähigkeit nachhaltig zu gestalten. Zu diesem Zweck bedarf es auf verschiedenen Planungs- und Handlungsebenen geeigneter Informationen für die verschiedenen Akteure. Das Hauptanliegen der Abteilung ist, hierfür die richtigen Informationssysteme und Entscheidungshilfen zu entwickeln. Die Schwerpunkte der Arbeit in den Projektbereichen sind:

Stoffstromanalyse und Ressourcenmanagement

Schwerpunkt der Arbeiten ist die Analyse des Ressourcenverbrauchs und des Stoffdurchsatzes von Wirtschaftsräumen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Die hierzu von der Abteilung entwickelten Methoden werden im internationalen Kontext weiterentwickelt, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung von Teil-Stoffflüssen und von politikrelevanten Empfehlungen für ein integriertes Ressourcenmanagement. Weitere Schwerpunkte dieses Projektbereiches sind nachhaltiges Wassermanagement und die Weiterentwicklung von Infrastruktursystemen.

Umweltrechnungen und Nachhaltigkeitsanalyse

Wie der Millennium-Bericht des UN Generalsekretärs feststellt, ist der 'sicherste Weg' zur Integration von Umwelt und Wirtschaftspolitik die Erstellung einer umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR). Die Abteilung wird

sich verstärkt der Weiterentwicklung und Implementierung der UGR in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen widmen. Aus dem Vergleich von Stoffstromanalysen mit den Indikatoren der UGR werden Kriterien und Instrumente einer integrierten Nachhaltigkeitsstrategie abgeleitet werden.

Umwelleistungsbewertung, Kostenmanagement und Berichterstattung

Die Verknüpfung von physischen und monetären sowie von micro- und meso/macrobezogenen Umwelleistungs-Indikatoren und ihre nachhaltigkeitsbezogene Bewertung steht im Vordergrund des neuen Arbeitsschwerpunktes "micro-macro-links".

Globalisierung und nachhaltige Entwicklung

In diesem Projektbereich werden die Auswirkungen und Chancen der Globalisierung auf den Umweltschutz untersucht. Im Blickpunkt stehen die Wechselwirkungen zwischen Umweltschutz und den Finanzmärkten, die Möglichkeiten für einen nachhaltigen Konsum durch veränderte Märkte, neue Informationstechnologien und die Entwicklung entsprechender marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs bei offenen Märkten.

Europäische Strukturpolitik und lokale Agenda

Dieser Projektbereich unterstützt das "Europäische Beratende Forum für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung (European Consultative Forum for Environment and Sustainable Development)" und Prozesse zur Entwicklung einer Lokalen Agenda 21. Weiterhin partizipiert der Projektbereich an der Beratung der EU im Hinblick auf eine ökologische Verwendung ihrer Strukturfonds sowie bei der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Union.

Umweltkommunikation und Bildung für Nachhaltigkeit

Die Vermittlung von nachhaltigen Denk- und Verhaltensweisen an Kinder und Jugendliche ist der Schwerpunkt dieses Projektbereiches. In dem Projekt Mips für Kids wurde die abstrakte ökologische Zielsetzung einer Dematerialisierung in eine für Kinder und Jugendliche leicht verständliche Sprache übersetzt und pädagogische Konzepte für deren Vermittlung entwickelt. Nach Abschluss und Auswertung des

Projektes sollen nun in einem weiteren Projekt, Companies for Kids, ökologische Aspekte der Produktion in Zusammenarbeit mit Unternehmen diesen Zielgruppen vermittelt werden.

1.3 Abteilung Energie

Leitfragen für die wissenschaftliche Arbeit sind,

- wie ein Energiesystem aussehen muss, das den Kriterien einer "nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung" (z.B. Klima- und Ressourcenschutz, Umweltverträglichkeit, volkswirtschaftliche Kostengünstigkeit, Risikominimierung und Sozialverträglichkeit) genügt,
- welche problemlösungsorientierten Schritte zu gehen sind, um zu einem "nachhaltigen und zukunftsfähigen Energiesystem" zu kommen, und
- wie dieses Wissen in Handlungsvorschläge für Politik, Verwaltung und Wirtschaft umgesetzt werden kann. Diese Leitfragen bestimmen auch die Zuarbeit für die Energie-Enquete des Deutschen Bundestages, in der Herr Prof. Hennicke und Herr Harry Lehmann Mitglieder sind.

Im Rahmen ihrer Projekt- und Arbeitsbereiche "Energiedienstleistungen im Wettbewerb, effiziente Energienutzung", "Energiewirtschaft und Energiepolitik", "Szenarien und Zukunftsenergien", "Bauen und Wohnen" sowie "Kommunalwirtschaft" werden die Schwerpunkte der letzten Jahre auch 2001 weitergeführt. Dabei werden die Aktivitäten u.a. in folgenden Bereichen verstärkt bzw. fokussiert:

Zukunftsenergien und -technologien

wie energieeffizientere Elektrogeräte, Haustechnik, Produktionssysteme; Brennstoffzellen; alternative Treibstoffe; Biomassetechnologien. In Kooperation mit der Wirtschaft werden u.a. die Implikationen für die Forschungspolitik des Landes NRW wie auch für die internationale Technologiepolitik (z.B. im Hinblick auf Entwicklungsländer) untersucht.

Energieeffizienz in der Beschaffung der öffentlichen Hand

In diesem Bereich werden einerseits Leitlinien und Methoden für den Einkauf energieeffizienter Geräte und für die Planung und Finanzierung größerer Investitionen im Gebäudebereich untersucht; andererseits ist ein Projekt

zur innovativen Finanzierung und Verbreitung von effizienter Beleuchtung und Photovoltaik in Schulen in Nordrhein-Westfalen geplant.

Energiedienstleistungen im Wettbewerb

Während die Bundesregierung den liberalisierten Energiemarkt bereits mit marktkonformen Instrumenten zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung flankiert bzw. dies angekündigt hat, steht eine energiepolitische Flankierung für die effizientere Nutzung von Strom und Wärme noch aus. Die Abteilung Energie plant hierzu, im Dialog mit relevanten Akteuren, detailliertere Vorschläge zu erarbeiten.

Öko-effiziente Dienstleistungen (ÖDL) und Zukunft der Arbeit

Die Arbeiten der vergangenen Jahre zeigten, dass ÖDL gute Ansatzpunkte bieten, die drei Säulen der Nachhaltigkeit gleichermaßen zur Geltung zu bringen. Die Veränderung der Arbeitswelt durch die zunehmende Dienstleistungsorientierung kann in eine ähnliche Richtung wirken. Die besonders interessanten Forschungsfelder und Umsetzungsmöglichkeiten an der Schnittstelle der Umgestaltung der Arbeitswelt und der Ökologisierung auf unterschiedlichen Ebenen sollen in Kooperation mit dem Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Feldern unter der Leitidee "Zukunftsbranche Lebensqualität" weiterverfolgt werden.

Sozio-ökonomische Hemmnis- und Umsetzungsforschung

Die Untersuchungen zu Fragen der erfolgreichen Gestaltung von Umsetzungsprozessen sollen intensiv im Bereich Industrie (u.a. KMU) und Kommunen weitergeführt werden. Dazu sind sowohl Grundlagenuntersuchungen notwendig als auch weitere Begleitung und gleichzeitige Analyse von Umsetzungsprozessen.

1.4 Abteilung Verkehr

Verkehr steht verstärkt im Mittelpunkt der Diskussionen um Nachhaltigkeit, wobei die sozialen und die ökonomischen Seiten dieses Konzeptes mit den ökologischen Themen – menschliche und natürliche Umwelt, Qualität der Umweltmedien, Ressourcen – verbunden werden.

Ökologische Stadt und nachhaltiger Verkehr

Auf der Basis vorangegangener Arbeiten zur Definition von ökologisch verträglichem Verkehr bzw. nachhaltiger Mobilität (insbesondere in städtischen Gebieten) werden zukünftig verstärkt Pilotprojekte durchgeführt und Instrumente erprobt. Dabei geht es zum einen um neue Mobilitätsangebote sowie ergänzende Dienstleistungen "zwischen dem Pkw und dem klassischen ÖPNV" – wobei auch Car-Sharing einbezogen wird –, zum anderen um Untersuchungen zu den Nutzeranforderungen und -einstellungen, damit für die neuen Angebote auch der Markt entwickelt werden kann.

Technologie für nachhaltigeren Verkehr

Auf der Ebene der Fahrzeugtechnik und der Antriebsenergien werden die Vorstudien zum 3-Liter-Auto, zu Dieselproblemen und insbesondere zu den Entwicklungsperspektiven der Brennstoffzelle im Verkehr sowohl fachlich vertieft als auch in Richtung auf abzuleitende Empfehlungen an die politischen Entscheidungsgremien verbreitert. Vorgesehen sind – gemeinsam mit der Abteilung Energie – Projekte zu der Positionierung der Brennstoffzelle im mobilen und im stationären Einsatz unter Berücksichtigung der gesamten Energiekette. Unter der Prämisse, dass Wasserstoff als einzusetzender Energieträger eine tiefgreifende Umstrukturierung der Erzeugungstechnologien und der Distributionsnetze im Vergleich zu den heutigen Energieträgern benötigen wird, sind Politik und Wirtschaft zu einer langfristigen, koordinierten Anstrengung gefordert. Einführungsstrategien für Wasserstoff müssen zum einen in technischen Entwicklungen auf der Produktseite Rechnung tragen, zum anderen müssen die Jahrzehnte bis hin zu einer Wasserstoffwirtschaft in großem Maßstab frühzeitig konzipiert werden, damit die Produkte auf ein geeignetes infrastrukturelles Umfeld stoßen. Durch fiskalische und durch ordnungsrechtliche Instrumente ist die Einführung von Wasserstoff unter besonderer Berücksichtigung seiner regenerativen Erzeugung zu unterstützen. Neben dieser auf langfristige Strukturbeeinflussung zielenden Projektaufgabe sind Studien zur Entwicklung von Instrumenten im Kioto-Zeitraum (d.h. bis etwa 2010) mit dem Ziel einer Reduzierung des fossilen Energieverbrauches von Pkw, Lkw und dem Luftverkehr vorgesehen.

Gesellschaftliche Aspekte der Nachhaltigen Mobilität

Nachhaltige Mobilität setzt Einstellungs- und Verhaltensänderungen bei den Verkehrsnutzern, aber auch in den verkehrserzeugenden Strukturen voraus. Dies bezieht sich sowohl auf Häufigkeit und Distanzen von motorisiert zurückgelegten Wegen als auch beispielsweise auf das Kauf- und das Nutzerverhalten. Neben der Fortsetzung bestehender Forschungsschwerpunkte (Routinen, gruppenspezifische Situation einschließlich Gender-Aspekte) sind neue Projekte vorgesehen.

Projektbeispiele: Die Bundesregierung und mehrere Bundesländer beabsichtigen die Durchführung einer Kampagne zu kraftstoffsparendem Fahren, da hierdurch schnell und ohne tiefgreifende Umorientierung seitens der Nutzer ökologische Entlastungseffekte erzielt werden können. Daneben sind Gewinne im Bereich der Verkehrssicherheit und – für die Nutzer selbst – Gewinne in Form von weniger Benzinkosten zu erwarten. Aufgrund eigener theoretischer, aber auch empirisch-praktischer Vorarbeiten verfügt das WI über ein gutes Know-how in dem Bereich "Ecodrive", sodass sowohl in Richtung auf Durchführung von Schulungen als auch in Richtung auf Evaluation der Ergebnisse sowie Hochrechnung auf größere Kollektive Projekte angestrebt werden. Als Beispiel für Win-Win-Strategien ist Ecodrive in jedem Falle einer der vorrangigen Schritte zur Energieeinsparung bzw. zum Klimaschutz im Verkehr. Im Zusammenhang damit kommt Projekten zu Raumstrukturen und Politikinstrumenten eine hohe Bedeutung zu.

Internationale Kooperation

Auf internationaler Ebene wird das Kooperationsnetz im Rahmen der EU-Forschungsprojekte und der Beteiligung z.B. an der OECD-Aktivität zu Environmental Sustainable Transport fortgesetzt, wobei es bei ersterem um die Methodenentwicklung geht (Beispiel Strategic Environmental Assessment), und bei zweitem um Pilotprojekte bzw. Best-Practice-Beispiele für nachhaltigeren Verkehr.

Neben diesen eher für die bereits hochmotorisierten Länder wichtigen Arbeiten nimmt die Entwicklung von Konzepten für Entwicklungs- und Schwellenländer einen zunehmenden Raum ein. Die verkehrspolitische Beratung auf der Ebene des Internationalen

China Council wird bis mindestens Ende 2001 fortgeführt werden. In osteuropäischen Ländern einschließlich Russland wird voraussichtlich in Kooperation mit der Weltbank und zusammen mit der Abteilung Energie des Instituts der Aufbau eines Städtetzwerkes zur Luftreinhalteplanung unterstützt werden. Regionale Kooperationsbeziehungen zwischen Ost und West, wie in mehreren zurückliegenden Projekten zum Ostseeraum, werden voraussichtlich ebenfalls entwickelt; die fachlichen Schwerpunkte könnten auf den Bereichen ÖPNV-Finanzierung und ÖPNV-Organisation liegen.

1.5 Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle

Im Jahre 2001 orientiert diese Arbeitsgruppe ihre Forschungsthemen an drei zusammenhängenden Aussagen zur Wohlstandsentwicklung:

Natur – der dritte Produktionsfaktor

Natur – der dritte Produktionsfaktor neben Arbeit/Wissen und Kapital – übernimmt neben der begrenzenden mehr und mehr auch eine produktionsstimulierende Funktion, die u.a. mit dem Stichwort "Wirtschaften nach dem Vorbild der Natur" umschrieben wird. Wir nähern uns diesem Thema in einem Projekt über die Konsequenzen für den Produktivitätsbegriff. In Kooperation mit Unternehmen werden neue Strategien der Wiederverwertung erprobt. In einem Sondierungsprojekt wird die Bedeutung gesellschaftlicher Natur- und Geschlechtervorstellungen im ökologischen Nachhaltigkeitsdiskurs analysiert.

Zukunft der Arbeit

Erwerbsarbeit gilt nicht mehr als die einzig relevante Quelle von Wohlstand und Wohlfahrt; heute wird stärker beachtet, dass die gewerbliche und staatliche Güterproduktion durch Eigenarbeit und Bürgerarbeit teils ermöglicht, teils ergänzt wird. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe widmen sich der Bedeutung der ehrenamtlichen/bürgerschaftlichen Gemeinschaftsarbeit für die Wohlfahrt in Industrieländern (Schwerpunkt: Deutschland) und der Funktion der land- und hauswirtschaftlichen Subsistenzarbeit für die nachhaltige Entwicklung in Transformationsländern (Schwerpunkt: Europäische Peripherie).

Rechtes Maß und Konsumwohlstand

Der Satz "Der Luxus von heute ist der Massenwohlstand von morgen" verändert seinen Gehalt, weil der Luxus sich mehr den immateriellen Gütern zuwendet. Dieser Prämisse gehen wir in zwei Projekten nach, die der Analyse von Suffizienzstrategien zum einen im privaten Haushalt und zum anderen im Betrieb gewidmet sind. Das erste Projekt wird im Internetdiskurs mit Konsumenten durchgeführt, für das zweite wollen wir ausgewählte Unternehmen zu Fallstudien gewinnen.

Globalisierung / Ökologie / Gerechtigkeit

Anknüpfend an die Arbeiten über "zukunftsfähige Globalisierung", Klimapolitik und Wohlstandsverständnis im Süden und Norden wird ein Projekt zur Bilanz und Standortbestimmung "Rio plus 10" vorbereitet und durchgeführt.

1.6 Arbeitsgruppe Ökoeffizienz & Zukunftsfähige Unternehmen (AGZU)

Mit Wirkung zum 1. Januar 2000 wurde die AGZU konstituiert. Sie bündelt die Aktivitäten des Instituts auf Unternehmensebene und unterstreicht damit die Relevanz dieses Forschungsschwerpunktes in der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit.

Im Jahr 2001 sind folgende Aktivitäten von besonderer Relevanz:

Regionale Aktivitäten

Der Club of Wuppertal wurde Ende September 2000 anlässlich der großen Mittelstandskonferenz in Wuppertal als eingetragener Verein gegründet. Mitglieder sind Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen, die – zusammen mit der Arbeitsgruppe – Zukunftsfähigkeit auf Unternehmensebene umsetzen wollen. 2001 wird hier verstärkt die Öffentlichkeit einbezogen, um weitere Mitglieder zu werben und für das Thema unter der Unternehmerschaft Interesse zu wecken.

Das Projekt "Lokal handeln – systemweit denken" mit 11 kleinen und mittleren Unternehmen der Möbel- und Nahrungsmittelbranche aus Nordrhein-Westfalen endet am 31. März 2001. Die vielversprechenden Ergebnisse zum Umweltmanagement und zur Qualifizierung von Mitarbeitenden werden 2001 anhand einer Reihe von Veranstaltungen präsentiert und zu interessierten Unternehmen transferiert.

Am 30. Juni 2001 endet ebenfalls das Projekt "Wettbewerbsfähigkeit sichern – Ressourcen

schonen", das mit sechs Schreinereibetrieben aus Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird. Hierzu gibt es in der ersten Jahreshälfte 2001 noch eine Reihe von Workshops zum Ressourcenmanagement, Marketing und dem Design, bevor dann die Ergebnisse publiziert und transferiert werden.

Nationale Aktivitäten

Zum 1. Januar 2001 startet das Projekt "care" (Computergestützte Ressourceneffizienz-Rechnung) in der mittelständischen Wirtschaft. Hieran sind drei mittelständische deutsche Unternehmen und das Institut für Arbeitsorganisation und Technologiemanagement der Universität Stuttgart beteiligt.

Internationale Aktivitäten

Zusammen mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) in Paris wurde ein Kalender für kleine und mittelständische Unternehmen entwickelt, der im Jahr 2001 Gültigkeit hat. Es ist aufgrund des großen Erfolges vorgesehen, hieraus eine Serie von Kalendern aufzulegen, die dann auch das Jahr 2002 und die folgenden abdeckt. Die Entwicklung und Vermarktung geht 2001 weiter, um eine möglichst große Verbreitung und Übersetzung in die wichtigsten Sprachen der Welt zu gewährleisten.

Fortgesetzt wird die Zusammenarbeit mit der europäischen Aluminiumindustrie zur Entwicklung von branchenspezifischen Indikatoren, bevor dann auch hier Mitte 2001 die Ergebnisse zu präsentieren sind.

1.7 Forschungsstelle "Faktor Vier"

Das WI hat im August 2000 eine Forschungsstelle "Faktor Vier" gegründet. Sie basiert auf den Grundideen der Publikation "Faktor Vier – Doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch", die 1995 von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory und Hunter Lovins veröffentlicht wurde. Die Leitfragen lauten,

- wieso bestimmte Technologien und Märkte sich rasant entwickeln, während andere stagnieren oder nur zögerlich wachsen und
- wie man Faktor-Vier-Märkte fördern kann.

Faktor Vier wird dabei als Entscheidungsregel verstanden, d.h. er stellt eine einfache Regel dar, von der sich Akteure bei ihren Entscheidungen leiten lassen könne.

Die Forschungsstelle gliedert sich vorläufig in drei Aufgabenbereiche:

Aufbau einer Internet-gestützten Datenbank

Es sollen Beispiele aus Unternehmen und Politik zum Faktor Vier systematisiert und kommuniziert werden.

Akteursorientierte Analysen

stellen heraus, wie das Faktor-Vier-Konzept von unterschiedlichen Organisationen unter verschiedenen institutionellen Bedingungen in verschiedenen Ländern umgesetzt wird.

Theorieanbindung

Als dritter und langfristig ausgerichteter Schwerpunkt werden theoriegeleitete Arbeiten über Institutionen des technischen Wandels angelegt. Dieser Schwerpunkt versteht sich als Verbindungsglied zwischen der Kommunikation neuer Faktor-Vier-Beispiele, akteursorientierten Analysen und der laufenden Forschung in einschlägigen akademischen Einrichtungen. Erkenntnisse dieser Arbeiten auf die Umwelt- und Faktor-Vier-Forschung zu übertragen, ist Zielsetzung dieses Schwerpunkts.

Kapitel 02 061 - Kulturwissenschaftliches Institut

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 2001:	5.106.800 DM
Ansatz 2000:	5.059.100 DM
Mehr:	47.700 DM

1. Allgemeines

Das Kulturwissenschaftliche Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (KWI) arbeitet seit Sommer 1997 im Zentrum Essens. Den Umzug an den neuen Standort hat das Institut mit einer Erweiterung seines Forschungsprogramms und einer intensivierten Präsentation in Stadt, Region und allgemeiner Öffentlichkeit verbunden. Im Jahr 2001 wird das Institut seine Position in Stadt und Region festigen und seine internationale Vernetzung ausbauen. Die Fortführung der laufenden Projekte und die Einrichtung von neuen Forschungsgruppen zu unterschiedlichen Themenbereichen werden die Arbeit des KWI im Jahre 2001 prägen. Neue Forschungsschwerpunkte sollen u.a. in den Bereichen „Bildung“, „Jugend/Gewalt“ und „Wissensgesellschaft“ gesetzt werden.

1.1 Zielsetzung und Arbeitsweise

Das KWI ist ein interdisziplinäres Forschungskolleg für Geistes- und Sozialwissenschaften. Es dient als Kristallisationskern für fachübergreifende Debatten und Forschungen im Bereich kulturwissenschaftlicher Querschnittsfragen, die durch fachspezifische Fragestellungen allein nicht zu beantworten sind. Um die gerade in Zeiten der Spezialisierung und Differenzierung notwendige Interdisziplinarität zu verwirklichen, lädt das Institut Hochschulwissenschaftler/innen unterschiedlicher Fächer und Fachleute aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern in sein Kollegium ein.

Die Beschäftigungsverhältnisse der Wissenschaftler/innen am Institut sind zeitlich begrenzt, die Einladungspraxis des Instituts folgen den Prinzipien der Rotation und der Flexibilität. So können möglichst viele Wissenschaftlern/innen am Institut forschen; zudem ist ein stetiger Austausch mit den Universitäten gewährleistet. Das Institut bietet seinen Kollegiat/innen einen Ort der Konzentration und des intensiven Dialogs. Innerhalb des Hauses arbeiten die Kollegiat/innen in Stu-

diengruppen an gemeinsamen und an eigenen Projekten. Die Studiengruppen bestehen nicht nur aus den hauptamtlich tätigen Kollegiat/innen, sondern sie beziehen auch Forscher/innen ein, die weiterhin in den Hochschulen beschäftigt sind. So entstehen weite wissenschaftliche Arbeitsnetze. Promovierte und habilitierte Wissenschaftler/innen ohne Lebenszeitstellung werden in die Arbeit einbezogen, um sie frühzeitig in die Verantwortung für die Forschung einzubinden. Zudem schreibt das Institut jährlich Förderstipendien für fortgeschrittene Doktorand/innen aus. Neben Wissenschaftler/innen aus Deutschland waren in den vergangenen Jahren Forscher/innen aus Italien, Südafrika, den USA, der GUS, Zaire, Österreich, England, Slowenien und Brasilien Gast im KWI.

Das Institut verfügt über Wohnmöglichkeiten, Bibliothek und wissenschaftlichen Service. Es legt großen Wert darauf, die Arbeit seiner Forschungsgruppen mit entsprechenden und einschlägigen Forschungen in Nordrhein-Westfalen zu verbinden.

1.2 Themen, Projekte, Arbeitsgruppen

Die Themen der Studien- und Forschungsgruppen des Instituts beziehen sich regelmäßig auf Orientierungsprobleme des zeitgenössischen Kulturbewusstseins; sie werden von Vorstand und Beirat des Hauses gemeinsam entwickelt. Dem Vorstand gehören neben dem Präsidenten des Instituts die Leiter der Studiengruppen an; zum Beirat zählen international renommierte Wissenschaftler/innen unterschiedlicher Fachrichtungen. 1999 wurde der Beirat neu konstituiert, seine Leitung hat Herr Prof. Dr. Eberhard Lämmert (der frühere Präsident der Freien Universität Berlin). Die zeitliche Befristung der Themen und Gruppen bewirkt in Verbindung mit der grundsätzlichen Rotation der eingeladenen Wissenschaftler/innen über die Jahre eine stetige Veränderung der Arbeitsschwerpunkte und des Institutsprofils. Das innovative Prinzip der

Rotation verhindert die Verfestigung der Strukturen und es sorgt für die notwendige Flexibilität der Organisation.

Die Bandbreite der bisher erforschten Themen mögen folgende Beispiele verdeutlichen:

- Gedächtnis,
- Kulturgeschichte der Natur,
- Ikonographie des Politischen,
- Topographien der Geschlechter,
- Ästhetische Inszenierung der Demokratie,
- Demokratie-Öffentlichkeit-Medien,
- Staatswerdung Europas,
- Politische Theorie der Massenkultur.

Im Jahr 2001 wird die Arbeit des KWI wesentlich bestimmt durch die Studiengruppen "Sinnkonzepte als Orientierungssysteme" (Leitung: Herr Prof. Dr. Jörn Rüsen), "Lebensformen im Widerstreit. Identität und Moral unter dem Druck gesellschaftlicher Desintegration" (Leitung: Herr PD Dr. Jürgen Straub) und „Antinomien der Postmoderne“ (Leitung: Herr Prof. Dr. Slavoj Žižek, Träger des Kulturwissenschaftlichen Forschungspreises des Landes Nordrhein-Westfalen).

Die Studiengruppe "Sinnkonzepte als Orientierungssysteme" thematisiert Probleme der Sinnbildung und des Sinnverlusts in der modernen Welt. In interdisziplinärer und interkultureller Perspektive arbeitet sie an einer kulturwissenschaftlichen Theorie der Identitäts- und Sinnbildung, die auch auf aktuelle Auseinandersetzungen zwischen Gruppen und Gesellschaften prüfend angewendet werden soll. 2001 wird die Gruppe sich u.a. mit dem Zusammenhang von Religion und Kultur sowie grundlegenden Perspektiven einer zukunftsgerichteten Kulturwissenschaft befassen. Nicht zuletzt spielen hierbei Fragen nach kollektiver Identität und Bürgersinn als kultureller Praxis eine tragende Rolle.

Die Studiengruppe "Lebensformen im Widerstreit" arbeitet ab dem 1.10.1999 im Institut. Sie fragt nach Chancen und Problemen der Integration moderner Gesellschaften, nach Wertewandel, Pluralisierung und Individualisierung. Was heißt Zugehörigkeit und wie konstituiert sie sich? Wer definiert sie? Die Gruppe analysiert die psychosozialen Voraussetzungen, die Entwicklungsformen und die Ausdrucksweisen von Identität und Zugehörigkeit, sie analysiert auch die Versuche ihrer

rechtlichen und politischen Regelungen sowie die historischen Transformationen ihrer Formen (wie Politisierung, Nationalisierung, Temporalisierung, Verrechtlichung, Modernisierung). Dabei treten neue kultursoziologische und -psychologische Methoden in den Vordergrund, die sich mit interkulturellen Ansätzen des Verstehens, Lernens und Handelns auseinandersetzen. Hier liegt eine Orientierungsdimension der Kulturwissenschaften für die Gesellschaft, die sie zu einer angewandten Wissenschaft werden lässt.

Die Studiengruppe „Antinomien der Postmoderne“ thematisiert die Widersprüche der Rationalität der Postmoderne. Sie arbeitet an einem eigenen Buchprogramm, welches Studien zu den wesentlichen Grundfragen der Philosophie der Postmoderne präsentiert. Im Jahr 2001 wird sie sich u.a. mit den Verbindungen von Judaismus, Christentum und Psychoanalyse sowie den Wahrheitsansprüchen und der Unwahrheitspolitik im Kommunismus befassen. Damit liefert sie Beiträge zur Klärung der Grundlagen zentraler geistiger und politischer Strömungen in der Entwicklung der modernen Kultur.

Die genannten Themen werden 2001 das Forschungsprofil des Instituts wesentlich bestimmen. Das Projekt über die Öffentlichkeit im Islam wird weitergeführt, zusätzlich werden Projekte zu den Themen „Bildung“, „Jugend/Gewalt“ und „Wissensgesellschaft“ vorbereitet. Diese Projekte sollen auch Tagungen beinhalten, die sich an eine breite Öffentlichkeit wenden.

In Ergänzung zu den bisherigen Verbindungen plant das KWI für 2001 den Aufbau eines interdisziplinären „Arbeitskreises für Kulturwissenschaften“ des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Lage des Instituts und insbesondere die Nachbarschaft zu zahlreichen großen Städten bieten vielfältige Möglichkeiten zu kulturellen und wissenschaftlichen Kontakten.

1.3 Kooperation, Öffentlichkeit

Das KWI zeigt sich als *Center for excellence* und als wissenschaftliche Qualifizierungsinstitution in Nordrhein-Westfalen, das in den Kulturwissenschaften nationale und internationale Resonanz findet.

Das Institut sucht Wirkung über den engeren Kreis der Wissenschaften hinaus, es agiert auch im Horizont einer breiteren Öffentlichkeit. Die Durchführung des 1998er Jahreskongresses des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen auf der Zeche Zollverein in Essen, die vom Institut arrangierte und moderierte Debatte zum Kosovo-Krieg in der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf im Juni 1999 und der Kongress „Kultur in Nordrhein-Westfalen“ im November 2000 stehen beispielhaft dafür.

Das Institut führte in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Reihe von Projekten auch in Kooperation durch, u.a. dem Institut für Europäische Politik (Bonn), dem Woodrow Wilson International Center (Washington), dem Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, dem Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld, sowie mit verschiedenen Universitäten (u.a. Aachen, Essen, Frankfurt/Oder, Frankfurt/Main, Berlin, Warschau, Paris, Budapest).

In Verbindung mit dem Kulturdezernat der Stadt Essen organisiert das KWI auch im Jahr 2000 die "Kultur-Kontroversen". Diese Veranstaltungsreihe dient dem Dialog zwischen Kultur, Politik und Wissenschaft, sie soll die Kultur des Gesprächs pflegen und das Gespräch über die Kultur fördern. Die Themenkreise, denen sich die Kulturgespräche widmen, lauten:

- Idee und Wandel moderner Kulturkonzepte,
- Kulturpolitik in Deutschland und Europa,
- Chancen und Probleme kommunaler Kulturpolitik,
- Veränderung des Kulturbegriffs durch neue Medien und
- die Rolle der Kulturwissenschaften in der modernen Kultur.

Ferner wird das Institut im Jahr 2001 seine sehr erfolgreiche Reihe "Korrespondenzen - Kunst und Wissenschaft im Gespräch" fortführen. Es hat sich gezeigt, dass diese Reihe, die gemeinsam mit einer Literaturzeitschrift und WDR 3 organisiert wird und auch im Radio zu hören ist, auf sehr großes Publikumsinteresse stößt. Sie bringt Personen aus Bereichen ins Gespräch, die sonst kaum zusammenkämen und lässt kreative Potentiale frei

werden, die die Mauer zwischen den Kulturen normalerweise verhindert.

Das KWI wird seine Funktion als Forum für Debatten über zentrale Fragen moderner Gesellschaften und als Kolleg für interdisziplinäre und integrative Forschungen im Rahmen der Kulturwissenschaften weiter ausbauen. Zu diesem Zweck werden u.a. die Kooperationen mit dem Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften (Wien) und der Central European University in Budapest weitergeführt.

Die 1999 begonnene Reihe "Krupp-Vorlesungen zu Politik und Geschichte" wird im Jahr 2001 fortgesetzt.

Die Erträge der Forschungen des Instituts werden in Vorträgen und Publikationen öffentlich, im Jahrbuch des Instituts werden sie in Einzelberichten, Berichten der Studiengruppen und in Aufsätzen exemplarisch dokumentiert. Die Kollegiat/innen publizieren regelmäßig in nationalen und internationalen Fachzeitschriften, ihre Buchreihen (z.B. Grundlagen für Europa; Leske + Budrich-Verlag) und Bücher erscheinen zum Teil in spezialisierten Fachverlagen, zum Teil in Verlagen mit breiter Streuung (wie Fischer, Suhrkamp, Rowohlt). Öffentlich zugänglich sind auch die Vorträge im Institut. Diese Vorträge werden aus der laufenden Arbeit der Studiengruppen gestaltet, sie verdeutlichen in je eigener Zugangsweise und Schwerpunktsetzung die Vielfalt der am KWI behandelten Themen. Für die Präsentation der Forschungsergebnisse des Instituts kommt schließlich den zahlreichen Workshops und Tagungen des Hauses erhebliche Bedeutung zu. Sie dienen nicht nur der thematischen Auseinandersetzung der Wissenschaftler/innen, sondern auch der Verbreitung des hier Erarbeiteten in die Medien und in eine weitere Öffentlichkeit.

1.4. Kulturwissenschaftlicher Forschungspreis des Landes Nordrhein-Westfalen

1999 hat das KWI zum ersten Mal den "Kulturwissenschaftlichen Forschungspreis des Landes Nordrhein-Westfalen" international ausgeschrieben. Der Kulturwissenschaftliche Forschungspreis fördert die internationale Orientierung der kulturwissenschaftlichen Forschung und die fachübergreifende Debatte ihrer grundlegenden Fragestellungen, methodischen Ansätze und Interpretationsperspektiven. Der Preis zeichnet ein Forschungsprojekt

aus, das Grundfragen und Orientierungsprobleme moderner Gesellschaften interdisziplinär und innovativ behandelt.

Das Institut fordert mit seiner Ausschreibung interessierte Kulturwissenschaftler/innen aus dem gesamten Fächerkanon der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften weltweit auf, sich um den Preis mit einem eigenen Projektvorschlag zu bewerben.

Der Preis ist einer der höchstdotierten Wissenschaftspreise in Deutschland; er umfasst Mittel für eine Forschungsgruppe, die der Preisträger zum Thema seines Projektvorschlags mit Personen seiner Wahl am KWI für die Dauer von zwei Jahren einrichten kann.

Den Forschungspreis habe ich im Spätherbst 1999 auf Vorschlag einer Jury, die im Sommer 1999 tagte, erstmals vergeben. Der Preisträger, Herr Prof. Dr. Slavoj Žižek, arbeitet mit den Mitgliedern seiner Forschungsgruppe seit dem 1.4.2000 am KWI.

2. Personalausgaben

A. Stellenzugänge

Keine

B. Stellenabgänge

Keine

Siehe nachfolgende Personalübersichten:

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
1	2	3	4	5	am 31. 07. 00		
					6	7	8
C 4	Universitätsprofessor/ Universitätsprofessorin	2	2	0			
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1	1			
		3	3	1			
A 11	Bibliotheksamtmann/ Bibliotheksamtfrau	1	1	1			
A 10	Regierungsoberinspektor/ Regierungsoberinspektorin/ Bibliotheksoberinspektor/ Bibliotheksoberinspektorin	2	2	1		1	
		3	3	2			
	Insgesamt	6	6	3		1	

Anmerkungen:

Zu Sp. 3 - 8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

Zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 31.07.2000 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001
- Angestellte -

Vergütungs- gruppe BAT	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.7.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
BAT				Angestellten	geführten Angestellten	Arbeiter/ Arbeiterinnen
I	1	1	1			
Ib	1	1	0			
Ib/IIa	4	4	1			
Vc/VIb	1	1	1			
VIb/VII	3	3	3			
VII/VIII	1	1	1			
Zwischensumme:	11	11	7			
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte: AT (C 4)	4	4	1			
Zusammen	15	15	8			
Auszubildende	0	0	0			

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001
- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Vergütungs- gruppe MTArb	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.7.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte geführten	Angestellte
				Angestellten	Angestellten	Arbeiter/ Arbeiterinnen
4a/4	1	1	1			
3a/2a	1	1	1			
Zusammen	2	2	2			
Auszubildende	0	0	0			

Kapitel 02 062 - Institut Arbeit und Technik

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 2001:	11.469.400 DM
Ansatz 2000:	11.355.900 DM
Mehr:	113.500 DM

1. Allgemeines

Das Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (IAT) ist am 01.08.1988 als Einrichtung des Landes gem. § 14 LOG mit Sitz in Gelsenkirchen gegründet worden.

Das Institut begleitet im Themenbereich Arbeit und Technik den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen, unterbreitet Vorschläge zur Lösung der mit dem Strukturwandel verbundenen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme und erprobt diese in Gestaltungsprojekten. Dabei wird die Forschungstätigkeit des Instituts von folgenden Merkmalen geprägt:

- Sie ist interdisziplinär ausgerichtet. Es arbeiten im Institut Frauen und Männer aus den Fachbereichen Volks- und Betriebswirtschaft, Arbeitspsychologie, Industrie- und Organisationssoziologie, Politikwissenschaft, Informatik sowie Ingenieurwesen in wechselnden Teams an Fragestellungen, die nur im „Wissensverbund“ aller Disziplinen bearbeitet werden können.
- Sie ist an der Nahtstelle von Wissenschaft und Praxis ausgerichtet. Das Institut betreibt Grundlagenforschung, auf deren Basis anwendungsbezogene Projekte durchgeführt werden. Der Praxisbezug wird deutlich an den vielen Drittmittel- und Gestaltungsprojekten, in denen das IAT in konkreten betrieblichen, regionalen und administrativen Projekten in unmittelbarer Interaktion mit den sozial und gesellschaftlich Handelnden neue Erkenntnisse gewinnt und diese in Forschungsergebnisse und Beratungsaktivitäten umsetzt.
- Die Forschungstätigkeit des Institutes richtet sich vor allem auf den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen. Es führt dabei ein vielfältiges Wissen über das Land zusammen und setzt es in Analysen und Handlungsempfehlungen um.

- Das Institut unterhält eine sehr große Zahl von Kooperationsbeziehungen auch unabhängig von konkreten Forschungsprojekten. Diese beziehen sich sowohl auf Institutionen des Landes als auch auf solche des europäischen und osteuropäischen Auslands. Viele Forschungsprojekte haben einen international vergleichenden Charakter und transferieren im Ausland erprobte Strategien und Lösungsansätze nach Nordrhein-Westfalen.

In Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat hat das Institut ein vom Ministerpräsidenten genehmigtes fünfjähriges Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Jahre 1998 – 2002 erarbeitet. Auf der Basis dieses Programms wird ein jährlicher Forschungs- und Entwicklungsplan fortgeschrieben, der ebenfalls dem Ministerpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt wird.

Das Institut gliedert sich in vier Abteilungen. Die Projekte der Abteilungen sind dabei Forschungsschwerpunkten zugeordnet, mit denen das Forschungs- und Entwicklungsprogramm operationalisiert wird.

1.1 Abteilung Arbeitsmarkt

Forschungsgegenstand dieser Abteilung ist der Wandel des Erwerbssystems. Auf der einen Seite verändern sich die Muster betrieblicher Nutzung und Rekrutierung von Arbeitskräften. Teils in Reaktion darauf, teils aber auch aufgrund von eigenständigen Veränderungen der Familienstruktur und des Wertesystems unterliegen auf der anderen Seite auch die Erwerbsmuster der Arbeitskräfte einem tiefgreifenden Wandel. Im Zusammenwirken beider Tendenzen sind grundlegende Veränderungen des Arbeitsmarktgeschehens absehbar. Angesichts andauernder Unterbeschäftigung geraten traditionelle Regelungen des Arbeitsmarktes auf allen Gebieten, wie Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, Arbeitsorganisa-

tion und Arbeitszeitsysteme, Arbeitsrecht, Sozialrecht oder aktive Arbeitsmarktpolitik, unter Veränderungsdruck.

Die erforderliche Anpassung wird nicht in einer bloßen Deregulierung gesehen. Leitbild der Abteilung ist die innovationsfördernde Neuregulierung der Arbeitsmärkte. Flexibilität und soziale Sicherheit müssen neu austariert werden. Sicherheit ist immer weniger allein durch den Schutz von Besitzständen zu gewährleisten, sondern zusätzlich durch die ein Erwerbsleben lang zu erneuernde Fähigkeit, Risiken zu meistern. Qualifizierung, Aktivierung und Mobilisierung der Beschäftigten und der Arbeitslosen sowie Betriebsnähe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sind hierbei die Schlüsselbegriffe.

Diese Themen bearbeitet die Abteilung in vier Forschungsschwerpunkten:

- Veränderung und Re-Regulierung von Arbeitsmärkten,
- Regionale Arbeitsmarkt- und betriebliche Personalpolitik,
- Flexibilität und soziale Sicherheit,
- Arbeitszeit, Arbeitsbeziehungen und Beschäftigung.

1.2 Abteilung Dienstleistungssysteme

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat sich die Dienstleistungswirtschaft im Großen und Ganzen gut entwickelt, allerdings wurde auch deutlich, dass die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale dieses Wirtschaftssektors noch längst nicht ausgeschöpft sind. Probleme, im Dienstleistungssektor neue Akzente zu setzen und Arbeitsplätze zu schaffen, zeigen sich allerdings im Ruhrgebiet. Mit Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsarbeiten will die Abteilung Dienstleistungssysteme dazu beitragen, dass die angesprochenen Potenziale baldmöglich zum Tragen kommen. Ziel ist dabei, sowohl neue Dienstleistungen zu schaffen als auch die bestehenden besser und kostengünstiger zu machen, um so eine Grundlage für mehr und attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind für die Abteilung sowohl die Innovationsgestaltung als auch Arbeitspolitik und Organisationsentwicklung wichtige Forschungs- und Gestaltungsfelder.

Diese Themen bearbeitet die Abteilung in folgenden Forschungsschwerpunkten:

- Unternehmensnahe Dienstleistungen: Wachstumstrends und Leistungspotentiale,
- Personenbezogene Dienste: Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung,
- Öffentliche Dienstleistungen – von der Verwaltungs- zur Staatsreform,
- Analyse- und Berichtssystem für die nordrhein-westfälische Dienstleistungswirtschaft,
- Neue Medien – bessere Dienstleistungen?

1.3 Abteilung Industrieentwicklung

Die Forschungsaktivitäten der Abteilung Industrieentwicklung richten sich auf die Untersuchung und Verbesserung der Chancen, damit in Nordrhein-Westfalen auf neuen Märkten hinreichend viele zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Grundlegend ist dabei die Annahme, dass Innovationssysteme den wesentlichen Kontext für Unternehmensstrategien, aber auch für die Entwicklung von Regionen und Sektoren bilden. Es geht darum, die Merkmale, die Funktionsmechanismen und die Möglichkeiten einer Veränderung von Innovationssystemen zu erkennen und zu verstehen. In den tiefgreifenden Veränderungen von Märkten und Produktionsketten, der zunehmenden Differenzierung regionaler Strukturen und Potenziale wie auch in dem Zusammenspiel regionaler und sektoraler Innovationssysteme werden wichtige Ansatzpunkte für industriepolitische Gestaltungsmöglichkeiten gesehen.

Diese Themen bearbeitet die Abteilung in folgenden Forschungsschwerpunkten:

- Unternehmensstrategien,
- Innovationssysteme,
- Industriepolitik,
- Querschnittsbereich: Globalisierung und Regionalisierung.

1.4 Abteilung Produktionssysteme

Wirtschaftlicher Erfolg hängt nicht nur von den makroökonomischen Rahmenbedingungen, sondern auch entscheidend davon ab, wie Unternehmen ihre Leistungsprozesse gestalten. Mit der Globalisierung von Märkten und der dramatischen Veränderung von Wettbewerbsbedingungen werden neue Anforderungen an die Leistung und innovative Beweglichkeit von Unternehmen gestellt, die mit herkömmlichen Arbeitsweisen und Organisa-

tionsformen nicht mehr zu bewältigen sind. Komplexität und Dynamik des Umfeldes erfordern in der Regel umfassende Restrukturierungen von Produktionsprozessen und -systemen.

Aufgabe der Abteilung Produktionssysteme ist daher die sozialverträgliche und wirtschaftlich effiziente Erneuerung von Produktionsprozessen, verstanden als Einheit von Arbeitsorganisation, Personalentwicklung und Einsatz technischer Arbeitsmittel. Dies zielt darauf ab, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit produzierender Unternehmen zu erhöhen und zugleich den Anforderungen moderner Arbeitsgestaltung gerecht zu werden. Diese ganzheitliche Entwicklungsperspektive beruht auf dem Ansatz, organisatorisch-technische Strukturen und arbeitspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich menschliche Handlungskompetenz umfassend nutzen und eben dadurch weiter entfalten lässt.

Diese Themen bearbeitet die Abteilung in folgenden Forschungsschwerpunkten:

- Probleme organisationalen Wandels,
- Kohärenz und Koordination dezentraler Organisationen,
- Gestaltung und Einführung von IT-Systemen im Rahmen integrierter Organisations- und Personalentwicklung,
- Bedingungen und Möglichkeiten partizipativer Produktinnovation.

1.5 Abteilungsübergreifende Aktivitäten

Aus den Abteilungen Arbeitsmarkt und Dienstleistungssysteme hat sich eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammengefunden, die den Beitrag des IAT zum *Verbundprojekt „Zukunft der Arbeit II“* des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen erbringt. Die Hauptzielsetzung des Gesamtprojekts liegt darin, den Zusammenhang zwischen der Tertiarisierung der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt zu analysieren und auf dieser Basis Empfehlungen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie für die Entwicklung zukunftsfähiger Dienstleistungsangebote abzuleiten. Vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen kommen dabei Beiträge, die vornehmlich die ökologischen Dimensionen einer weiteren Tertiarisierung thematisieren. Vom Institut Arbeit und Technik werden arbeitsmarkt-

arbeitsprozess- und innovationsbezogene Fragen bearbeitet.

Eines der zentralen Ziele der *Strukturberichterstattung am IAT* ist es, auf der Basis verallgemeinerungsfähiger Untersuchungen Anhaltspunkte zu Stärken und Defiziten der nordrhein-westfälischen Wirtschaft im Strukturwandel aufzuzeigen und damit zugleich für die Arbeiten in den Abteilungen wichtige, empirisch abgesicherte Grundinformationen bereitzustellen. Strukturberichterstattung am IAT versteht sich somit als eine institutsweite Aufgabe. Aus diesem Grund erfolgt die Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Erhebungen und Untersuchungen im Rahmen einer abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe. Für den Berichtszeitraum 2000/2001 soll eine schriftliche Unternehmensbefragung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden, die Aspekte des Innovationsverhaltens und die Bedeutung des regionalen und überregionalen Umfeldes für nordrhein-westfälische Unternehmen in diesem Kontext thematisiert. Die geplante Erhebung will damit zentrale Fragestellungen der Diskussion um regionale Innovationssysteme, ihre Beschaffenheit, ihre Rolle für das Innovationsverhalten und die Entwicklung von Unternehmen aufgreifen. In die Erhebung sollen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und der wirtschaftsnahen Dienstleistungen Nordrhein-Westfalens einbezogen werden. Zur Zeit werden in der Arbeitsgruppe die Arbeiten zur Fragebogenentwicklung und Stichprobenbildung durchgeführt.

Für seine Forschung über den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen erhält das IAT wichtige Impulse durch die Kooperationsbeziehungen und Projekte, die mit Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen in ganz Europa durchgeführt werden. Die in diesem Rahmen eingerichtete *Querschnittsgruppe „Entwicklung von Arbeit und Technik in Europa“* hat zum Ziel, den internen Informationsfluss über die „Europaforschung“ am IAT zu verbessern, um dadurch vorhandenes Wissen über die Ergebnisse besser zu nutzen und Fragestellungen systematisch weiterzuentwickeln. Darüber hinaus soll eine Bündelung von Informationen über Kontakte mit europäischen Kolleginnen/Kollegen und Institutionen Suchprozesse für zukünftige kooperative Projekte abkürzen. Ein weiteres Ziel der Querschnittsgruppe ist die ständige Beobachtung und Verarbeitung von neuen Infor-

mationen aus der EU-Kommission, vor allem im Hinblick auf die wissenschaftlichen Rah-

menprogramme und deren Durchführung.

2. Ausgaben

2.1 Personalausgaben

A. Stellenzugänge

Keine

B. Stellenabgänge

Keine

Siehe nachfolgende Personalübersichten:

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 31.07.2000		
1	2	3	4	5	6	7	8
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1	1			
	Insgesamt	1	1	1			

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 31.07.2000 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Angestellte -

Vergütungs- Gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfskräfte	Angestellte
					geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
BAT						
I	3	3	3	---	---	---
Ia	3	3	3	---	---	---
Ib	9	9	9	---	---	---
Ib/Ia	3	3	3	---	---	---
III/IVa	2	2	2	---	---	---
IVa						
IVb/Vb	1	1	1	---	---	---
Vb						
Vb/Vc	5	5	5	---	---	---
Vc						
Vc/VIb						
VIb						
VIb/VII						
VII/VIII						
IXa/IXb						
XIb/X						
	26	26	26	---	---	---
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte AT (C 4)	6	6	6	---	---	---
Zusammen	32	32	32	---	---	---
Auszubildende	2	2	2	---	---	---

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
					geführten Arbeiterinnen und Arbeiter	
4a/4	1	1	1	---	---	---
Zusammen	1	1	1	---	---	---
Auszubildende	./.	./.	./.	---	---	---

Kapitel 02 070 - Landesplanung

Gesamtausgaben des Kapitels:

Ansatz 2001:	1.897.000 DM
Ansatz 2000:	1.497.000 DM
Mehr:	400.000 DM

1. Allgemeines

Aufgabe der Landesplanung ist die übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Planung für eine den Grundsätzen der Raumordnung entsprechenden Landesentwicklung. Leitvorstellung bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist eine nachhaltige Entwicklung des Landes und seiner Teilräume, die unter Beachtung der an den Raum gestellten Anforderungen zu einer dauerhaften und ausgewogenen Entwicklung führt.

Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige oberste Landesbehörde (Landesplanungsbehörde) erarbeitet das Landesentwicklungsprogramm und die Landesentwicklungspläne. Sie wirkt darauf hin, dass bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die Ziele der Raumordnung beachtet und die Grundsätze berücksichtigt werden.

Sie wirkt hin auf eine Abstimmung der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen angrenzender Länder und Staaten nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit, soweit sie sich auf die Raumordnung im Lande Nordrhein-Westfalen auswirken können.

Im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien entscheidet sie bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bezirksplanungsbehörden untereinander und mit Stellen, die landesplanerische Pläne zu beachten haben, ob bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Ziele der Raumordnung beachtet sind.

Die Landesplanungsbehörde wirkt darauf hin, dass bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen den Erfordernissen des EU-Binnenmarktes Rechnung getragen wird und damit den Kommunen auch bessere Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen werden.

2. Ausgaben

Zu Titel 531 00

- Veröffentlichungen und Dokumentationen -

Ansatz 2001:	80.000 DM
Ansatz 2000:	77.000 DM
Mehr:	3.000 DM

Aus diesem Titel sollen Ausgaben für die Veröffentlichung von Broschüren zum novellierten Landesplanungsgesetz (LPIG) sowie Dokumentationen zum Workshop "Zukunftsfähige

Raumbeobachtung in NRW" und des "Nachhaltigkeitsindikatoren-Modells" geleistet werden.

Zu Titel 535 00**- Herstellung und Beschaffung von Karten von Luftbildplänen -**

Ansatz 2001:	100.000 DM
Ansatz 2000:	140.000 DM
Weniger:	40.000 DM

Mit den veranschlagten Mitteln sollen

- die Datenbestände der Landesplanung und die Datenbestände für die regionalplanerischen Aufgaben aktualisiert werden,
- der Erwerb von Datenbeständen zur Fortführung des Landesentwicklungsplans (LEP) Nordrhein-Westfalen und

- vorbereitende Maßnahmen zur Umstellung der Dienststellen der Landes- und Regionalplanung auf eine neue Standardsoftware finanziert werden.

Zu Titel 537 10**- Raumwissenschaftliche Arbeiten und Erstellung von Planungsunterlagen -**

Ansatz 2001:	700.000 DM
Ansatz 2000:	745.000 DM
Weniger:	45.000 DM

Es ist geplant, die Inhalte, Verfahren und Instrumente der Landes- und Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf eine Modernisierung und Dezentralisierung zu überprüfen. Hierzu sollen auch Sachverständige und Gutachter hinzugezogen werden sollen.

Die Mittel sind außerdem vorgesehen für

- die Sonderaufbereitung von Regionaldaten auf Grund des von der Universität Dortmund entwickelten Indikatorenmodells für eine nachhaltige Raumentwicklung in Nordrhein-Westfalen,
- die Fortsetzung des Projekts "High Speed Train (Hochgeschwindigkeitsverkehr auf

der Schiene)" durch verschiedene Anschlussprojekte,

- die Kofinanzierung von Projekten im Rahmen der INTERREG Programme "Nordwesteuropäischer Metropolraum" (NWMA) sowie im Rahmen des INTERREG III B-Programms "Nordwesteuropa" (NWE),
- Arbeiten über die Berücksichtigung der potentiellen Überflutungsgefährdung bei der Raumordnung in deichgeschützten Bereichen, ergänzende Arbeiten im Einzugsgebiet von Weser und Ems.

Zu Titel 541 30**- Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe -**

Ansatz 2001:	110.000 DM
Ansatz 2000:	110.000 DM

Mit der beabsichtigten Zusammenfassung von Landesentwicklungsprogramm und Landesentwicklungsplan werden die legislativen und exekutiven Planungskompetenzen zusammengeführt. Mit diesem Projekt soll der politische Planungswille verdeutlicht und die Planungshierarchie abgebaut werden.

Der Zusammenfassung muss eine Diskussion über Inhalte und die Aufgabenverteilung zwischen Landtag und Landesregierung vorangehen. Hierzu sind Symposien und Tagungen zu ausgewählten Problemen und Themen durchzuführen.

Zu Titel 537 20**- Planungen zur Sozialverträglichkeit im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau-**

und

zu Titel 685 10**- Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland -
(Umsiedlungsbeauftragter)**

Ansatz 2001:	400.000 DM
Ansatz 2000:	400.000 DM

Die Landesregierung ist mit der Genehmigung des Braunkohlenplanes Garzweiler II im Jahre 1995 die Selbstverpflichtung eingegangen, die Funktion eines bzw. einer Beauftragten für Umsiedlungsfragen einzurichten.

Je nach rechtlicher Ausgestaltung dieser Funktion werden die Ausgaben bei einem der beiden genannten Titel gebucht.

Zu Titel 685 20**- Zuschüsse und Beiträge an Vereine und Organisationen -**

Ansatz 2001:	442.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	442.000 DM

Nach meiner Organisationsentscheidung vom 07.07.2000 wurden die Titel des Kapitels 10 070 (Landesplanung) gemäß § 50 Abs. 1 LHO in den Einzelplan 02 umgesetzt - mit Ausnahme dieses Titels.

Aus kassen- und abrechnungstechnischen Gründen wird dieser Titel mit dem entsprechenden Teilsatz aus Einzelplan 10 Kapitel 10 020 Titel 685 00 erst im Haushaltsjahr 2001 umgesetzt.

Das Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster hat die Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Raumplanung einschließlich der europarechtlichen Bezüge vornehmlich auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft zu erforschen.

Das Land unterstützt - jeweils hälftig - mit dem Bund das Institut durch eine institutionelle Förderung.

Die Landesplanungsbehörde ist im Kuratorium des Institutes vertreten und nimmt Einfluss

auf das Arbeitsprogramm. Die Ergebnisse der rechtswissenschaftlichen Untersuchungen kommen auch dem Lande Nordrhein-Westfalen zugute.

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung wird durch Anteilförderung der nordrhein-westfälischen Geschäftsstelle in Dortmund unterstützt.

Zu Titel 812 00**- Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen -
(DV und Peripherie)**

Ansatz 2001:	40.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	40.000 DM

Die in der Abteilung vorhandenen spezifischen Geräte für Datenverarbeitung, Datenhaltung und Ausgabe der graphischen Daten in analo-

ger Form sind nach 3 bis 4 Jahren fehleranfällig geworden. Daher wird 2001 dringend eine Ersatzbeschaffung erforderlich.

Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

Das Stellensoll 2000 stellt den Stand Nachtragshaushaltsgesetz 2000 mit den dort ausgewiesenen Veränderungen dar und berücksichtigt darüber hinaus die im Vollzug erfolgten Umsetzungen einer Planstelle Bes.-Gr. A 11 BBO und einer Stelle für Angestellte der

Verg.-Gr. Vb/Vc BAT (DA 03) nach Kapitel 02 010 (§ 50 Abs. 1 LHO).

Der pauschale kw-Vermerk Nr. 1 (1 Planstelle/Stelle g.D. als Effizienzgewinn aus der Neuorganisation der Landesregierung im Jahre 1998) ist realisiert.

Zu Titel 422 10

- Bezüge der Arbeiter -

A. Stellenzugänge

Keine

B. Stellenabgänge

Absetzung einer Leerstelle der Bes.-Gr. A 9 BBO.

Die Inhaberin wird nach ihrem Erziehungsurlaub wieder auf einer Planstelle geführt.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Zu Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten -

A. Stellenzugänge

Keine.

B. Stellenabgänge

Absetzung einer Stelle Verg.-Gr. IVb/Vb BAT zur Realisierung des pauschalen kw-Vermerks Nr. 1.

C. Stellenumwandlungen

Keine.

Zu Titel 426 10

- Bezüge der Arbeiter -

Keine Veränderungen.

Siehe nachfolgende Personalübersichten.

**DER MINISTERPRÄSIDENT
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen
Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwaltung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten		
		2001	2000		beamtete Hilfskräfte	Angestellte	Arbeiterinnen und Arbeiter
					am 31.07.2000		
1	2	3	4	5	6	7	8
B 7	Ministerialdirigent/in	1	1	0			
B 4	Ltd. Ministerialrat/ Ltd. Ministerialrätin	1	1	1			
B 2	Ministerialrat/Ministerialrätin	1	1	1			
A 16	Ministerialrat/Ministerialrätin	1	1	1			
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1			1	
		5	5	3		1	
A 13	Oberamtsrat/Oberamtsrätin	1	1	1			
A 12	Amtsrat/Amts-rätin	1	1			1	
		2	2	1		1	
A 9	Regierungsamtsinspektor/in (mit Zulage)	1	1	1			
		1	1	1			
	Insgesamt	8	8	5		2	

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 31.07.2000 eingewiesen waren.

Übersicht

über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders auf- zuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
				geführten		
	beamtete Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter			
	a) Beamtinnen und Beamte zur Anstellung (z.A.) [Regierungsräte (z.A.), Inspektoren (z.A.) Assistenten (z.A.) Regierungsrätinnen (z.A.) Inspektorinnen (z.A.), Assistentinnen (z.A.) usw.]					
Zusammen a)						
	b) sonstige Beamtinnen und Beamte [Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
R 2 (mit Zulage) Direktor/in am Amtsgericht	1	1	1			
B 2 Ministerialrat/ Ministerialrätin	2	3	2		1	
A 16 Ministerialrat/ Ministerialrätin	5	4	2		2	
A 15 Reg.-direktor/ Reg.-direktorin	1	1	1			
A 13 h.D. Reg.-rat/ Reg.-rätin	1	1	1			
Zusammen b)	10	10	7		3	
Insgesamt	10	10	7		3	

Anmerkungen:

zu Sp. 3-8: Für die Laufbahnen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes sind jeweils Zwischensummen zu bilden.

zu Sp. 5: Die planmäßigen Beamtinnen und Beamten sind in der Besoldungsgruppe aufzuführen, in der sie am 31.07.2000 eingewiesen waren.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
					geführten	
				beamtete Hilfs- kräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
BAT						
Ib	1	1	1			
III/IVa	1	1	1			
IVa	2	2	2			
IVb	1	1	1			
IVb/Vb	2	3	2			
Vc	2	2	2			
Vc/Vib	2	2	2			
VIb	3	3	2			
VIb/VII	3	3	3			
VII/VIII						
IXa/IXb						
XIb/X						
Vollbeschäftigte außertarifliche Angestellte	1	1	0			
AT (B2)						
Zusammen	18	20	17			
Auszubildende	./.	./.	./.			

1. Bei außertariflichen Angestellten sind Beschäftigungsart und Vergütungsgrundlage anzugeben.

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001

- Arbeiterinnen und Arbeiter -

Lohngruppe	Stellen für Arbeiter			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 31.07.2000	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
					geführten	
				beamtete Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeitern
5a-4	2	2	2			
4a/4	1	1	1			
3a-2a	3	3	2			
3-2	1	1	1			
Zusammen	7	7	6			
Auszubildende	./.	./.	./.			

**DER MINISTERPRÄSIDENT
des Landes Nordrhein-Westfalen**

 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen
 Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund

Kapitel 02 100

Übersicht

über die Leerstellen für das Haushaltsjahr 2001

Besoldungsgruppe Vergütungsgruppe Lohngruppe	Amtsbezeichnung Dienstbezeichnung	Leerstellen		Ausbringungsgrund	Istbesetzung am 31.07.2000
		2001	2000		
1	2	3	4	5	6
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	1	1	Beurlaubung aus familiären Gründen	1
V c	Angestellter/ Angestellte	1	1	Beurlaubung wegen Erzie- hungsurlaub	1
VI b	Angestellter/ Angestellte	2	2	Beurlaubung aus a) familiären Gründen b) wegen Erziehungsurlaub	2
VI b / VII	Angestellter/ Angestellte	1	1	Beurlaubung wegen Erzie- hungsurlaub	1
Insgesamt		5	5		5

1.2 Ausgaben für Investitionen

Zu Titel 713 00

- Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin -

Ansatz 2001:	32.300.000 DM
Ansatz 2000:	11.000.000 DM
Mehr:	21.300.000 DM

Mit dem Baubeginn im Mai 2000 entsteht derzeit die neue Landesvertretung in Berlin. Aufgrund der in allen Teilbereichen sehr hohen Komplexität der einmaligen Baumaßnahme musste der Bauablauf neu geordnet wer-

den. Mit dem Nachtragshaushalt 2000 sind die Fälligkeiten daher dem aktuellen Stand der Baumaßnahme angepasst worden. Aus heutiger Sicht wird der Schwerpunkt der Ausgaben im Jahr 2001 liegen.

Zu Titel 812 20

- Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die neue Landesvertretung Berlin -

Ansatz 2001:	1.500.000 DM
Ansatz 2000:	0 DM
Mehr:	1.500.000 DM

Die neue Landesvertretung in Berlin zeichnet sich durch ein innovatives Gebäude und Konstruktionsprinzip aus. Aufgrund dieser herausragenden einmaligen Architektur ist es notwendig, auch die Einrichtung diesem Anspruch anzupassen.

Die Einrichtungsgegenstände des ehemaligen Dienstgebäudes in Bonn sind zum großen Teil ebenfalls objektgebunden konzipiert worden und eignen sich auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht für eine Verwendung in der neuen Landesvertretung in Berlin.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union -

Gesamtansatz des Kapitels:

Ansatz 2001: 4.725.000 DM

Ansatz 2000: 4.455.000 DM

Mehr: 270.000 DM

1. Ausgaben

1.1 Personalausgaben

Eine neu eingerichtete Stelle für eine beamtete Hilfskraft des höheren Dienstes aus dem Bereich der Justiz soll in Zukunft angemessene justizpolitische Repräsentanz in der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union gewährleisten.

Eine wieder ausgewiesene Stelle für eine beamtete Hilfskraft des gehobenen Dienstes soll den gestiegenen Personalbedarf im Bereich der Verwaltung der Dienststelle wirksamer abdecken als die Veranschlagung entsprechender Mittel für eine nach belgischem Recht angestellte Ortskraft.

Zu Titel 422 10

- Bezüge der Beamten und Richter

A. Stellenzugänge

Je 1 Stelle für beamtete Hilfskräfte

- Bes.-Gr. R 2 Staatsanwältin/Staatsanwalt (aus Kap. 04 040)
- Bes.-Gr. A 9 g.D. Regierungsinspektor/Regierungsinspektorin (aus Kap. 03 310, kw zum 31.12.2003)

B. Stellenabgänge

Keine

C. Stellenumwandlungen

Keine

Zu Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten

Wegfall der Mittel für eine Ortskraft nach belgischem Recht.

2. Titelgruppen

Titelgruppe 70

Zu Titel 422 70

- Bezüge der Beamten (und Richter) -

Wegfall der ku-Vermerke bei 2 Stellen der Bes.-Gr. A 16.

Siehe nachfolgende Personalübersichten:

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwal- tung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten			
		2001	2000			beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
						am 01.10.2000		
B 6	Ministerialdirigent/in	1	1	1				
B 2	Ministerialrat/ Ministerialrätin	2	2	1		1		
A 16	Ministerialrat/ Ministerialrätin	1	1	1				
		4	4	3		1		
A 13	Oberamtsrat/ Oberamtsrätin	1	1	1				
		1	1	1				
	Insgesamt	5	5	4		1		

Übersicht
 über die beamteten Hilfskräfte für das Haushaltsjahr 2001

Bes.-Gruppe bzw. Bezeichnung (Jede Gruppe ist besonders auf- zuführen)	Stellen für beamtete Hilfskräfte			Zahl der auf freien Stellen		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für beamtete Hilfskräfte	
				geführten		
				beamteten Hilfs- kräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
	a) <u>Beamtinnen und Beamte zur Anstellen (z. A.)</u> [Regierungsräte (z. A.), Inspektoren (z. A.), Assistenten (z. A.), Regierungsrätinnen (z. A.), Inspektorinnen (z. A.), Assistentinnen (z. A.) usw.]					
Zusammen a)						
	b) <u>sonstige Beamtinnen und Beamte</u> [Beamtinnen und Beamte im einstweiligen Ruhestand, Beamtinnen und Beamte, die von anderen Behörden (Kapiteln) zur Hilfeleistung abgeordnet oder beurlaubt sind usw.]					
B 2 MinRat/ MinRätin	2	2	1		1	
R 2 Staatsanwalt/ Staatsanwätin	1					
A 16 MinRat/ MinRätin	2	2	1		1	
A 15 Reg.Dir./ Reg.Direktorin	2	2	1		1	
A 9 g.D. Regierungs- inspektor/ Regierungs- inspektorin	1					
Zusammen b)	8	6	3		3	
Insgesamt	8	6	3		3	

Übersicht

über die nichtbeamteten Kräfte für das Haushaltsjahr 2001
 - Angestellte -

Vergütungs- gruppe	Stellen für Angestellte			Zahl der auf freien		
	2001	2000	Istbesetzung am 01.10.2000	Planstellen	Stellen für	
					beamtete Hilfs- kräfte	Angestellte
				Angestellten	geführten	
				Angestellten	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
AT / B2				1		
BAT						
lb	1	1	1			
Zusammen	1	1	1	1		

Übersicht

über die Planstellen für das Haushaltsjahr 2001.

- Titelgruppe 70 (EU-Stellenpool) -

Bes.- Gruppe	Amtsbezeichnung	Planstellen		Istbesetzung mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten der eigenen Verwal- tung (Kap.)	Zahl der auf freien Planstellen geführten			
		2001	2000			beamteten Hilfskräfte	Angestellten	Arbeiterinnen und Arbeiter
						am 01.10.2000		
A 16	Ministerialrat/ Ministerialrätin	2	2	2				
R 1	Richter/in	1	1	1				
A 15	Regierungsdirektor/in	3	3	1		1		
A 14	Oberregierungsrat/ Oberregierungsrätin	2	2			1		
A 13	Regierungsrat/ Regierungsrätin	1	1			1		
	Insgesamt	9	9	4		3		

Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation

Gesamtansatz des Kapitels:

Ansatz 2001:	61.494.000 DM
Ansatz 2000:	56.640.000 DM
Mehr:	4.854.000 DM

1. Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu Titel 541 10

- Medienforum Nordrhein-Westfalen -

Ansatz 2001:	1.400.000 DM
Ansatz 2000:	1.400.000 DM

Das Medienforum NRW fand im Jahr 2000 zum zwölften Mal statt. Vom 4. bis 7. Juni 2000 wurden auf dem Kölner Messegelände acht Fachkongresse veranstaltet: Medienpolitik, Internationaler Fernsehkonferenz, Internationaler Filmkongress, Hörfunkkongress, media NRW-Forum, der Multimedia-Kongress "mecon" und – erstmals in 2000 – der Fachkongress für e-Business und digitale Mediendistribution „@com“. Darüber hinaus wurde das Nachwuchsforum „generation m“ wieder mit großem Erfolg durchgeführt.

Daneben umfasste die Veranstaltung 11 "Special"-Veranstaltungen, die von Dritten in Kooperation mit den Veranstaltern des Medienforum NRW gestaltet wurden. Die Ausstellung „MediaVision“ mit ca. 260 Ausstellern und ca. 8.500 Besuchern, die sich ausschließlich auf der Messe informierten, rundete das Angebot ab.

Für die Bürgerinnen und Bürger der Region fand mit MedienLive ein mehrtägiges Medienfest auf allen Plätzen der Kölner Altstadt statt, das auch als Informationsveranstaltung über audiovisuelle Medien mit dem Schwerpunkt Ausbildung in Medienberufen konzipiert war.

An den Symposien und Arbeitskreisen der diesjährigen Medienfachveranstaltung nahmen rund 5.500 Fachbesucher teil; das Medienbürgerfest hatte ca. 350.000 Besucher. Das Medienforum hat damit seine Anziehungskraft bestätigen können. Das Echo auf die Veranstaltung bei den Teilnehmerinnen und Teil-

nehmern, in Hörfunk, Fernsehen und Presse war - wie in den Vorjahren - äußerst positiv. Auch im von Jahr zu Jahr größer werdenden Wettbewerbsumfeld hat das Medienforum seine Stellung behaupten und ausbauen können. Für die Medienpolitik der Landesregierung hat das eine große Bedeutung.

Die Landesregierung verfolgt mit dem Medienforum vor allem folgende Ziele:

- Werbung für den Medienstandort NRW,
- Schaffung von Foren für die Diskussion der Medienpolitik in NRW, Deutschland und Europa (Ziele, Erfolge, Probleme, Perspektiven),
- Einführung von Themen und Positionen in die medienpolitische und –wirtschaftspolitische Debatte ("Agenda Setting"),
- Darstellung und Diskussion der neueren - auch technischen - Medienentwicklungen in Nordrhein-Westfalen,
- Einrichtung von Kontakt- bzw. Verkaufsbörsen und Kommunikationsgelegenheiten für Medienfachleute des In- und Auslands in der Medienstadt Köln,
- Entwicklung eines Bewusstseins bei den Einwohnern der Region, in einer aktiven Medienlandschaft zu leben.

Die Veranstaltungen haben den Medienstandort NRW profiliert und dokumentiert: Nordrhein-Westfalen benötigt, will es als medienwirtschaftlicher Standort in Mitteleuropa weiter an Profil und Attraktivität gewinnen, einen solchen eigenen Medienfachkongress. Das

Medienforum leistet einen wichtigen Beitrag, die Position von NRW im medienwirtschaftlichen Standortwettbewerb zu verbessern und die Medienwirtschaft an Rhein und Ruhr zu stärken.

Auch im nächsten Jahr (24. bis 27. Juni 2001) soll das Medienforum NRW unter der Federführung der Staatskanzlei und der Landesanstalt für Rundfunk NRW veranstaltet werden. Beim 13. Medienforum steht weiterhin die Internationalisierung im Vordergrund.

Darüber hinaus ist es – angesichts der hohen Veränderungsgeschwindigkeit, mit der sich die Medien- und Kommunikationswirtschaft entwickelt – notwendig, neue Themenfelder zu erschließen. Gerade in den Bereichen des netzbasierten Geschäftsverkehrs (E-Commerce) und der technischen Fortentwicklung der Übertragungsmedien (Stichwort: Digitalisierung) besteht hoher Kommunikations- und Orientierungsbedarf für alle Beteiligten. Die inhaltliche Bandbreite des Medienforum NRW muss dementsprechend im kommenden Jahr angepasst bzw. erweitert werden.

Zu Titel 541 20

- Aufwendungen für Veranstaltungen und dgl. -

Ansatz 2001:	300.000 DM
Ansatz 2000:	300.000 DM

Bei der Vielzahl der Fachveranstaltungen im Medienbereich fehlen Veranstaltungen, die auf Persönlichkeiten aus verschiedenen Segmenten der Branche – Musik, Telekommunikation, Internet, Software, Rundfunk, Film, Werbung – ausgerichtet sind. Ich möchte diese Lücke durch Schaffung informeller, institutionalisierter Kommunikationstreffe schließen.

Entscheider/innen der Branche sollen sich über die Entwicklungstendenzen in der Medienszene austauschen und über die medienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung informieren.

2. Zuweisungen und Zuschüsse

Zu Titel 685 20

- Zuschuss an das Europäische Medieninstitut -

Ansatz 2001	2.600.000 DM
Ansatz 2000:	2.600.000 DM

Anfang 1983 wurde an der Universität Manchester das Europäische Medieninstitut (EMI) gegründet. Das Institut ist in Europa die einzige medienwissenschaftliche Forschungseinrichtung mit einer internationalen, europäischen Ausrichtung (Aufgabenstellung und Organisation). Durch vielfältige medienwissenschaftliche und medienpolitische Aktivitäten hat sich das EMI auch weit über Europa hinaus einen guten Namen gemacht. Es ist zu einer festen "Medieninstitution" in Europa geworden. Dabei ist die Spannweite der Aufgaben und Aktivitäten des Instituts sehr groß.

Es führt Forschungsprojekte durch, veranstaltet und organisiert Medienkongresse, erarbeitet Stellungnahmen und Studien zu medienpolitischen Fragen, gibt eine Fachzeitschrift und eine Buchreihe heraus, unterhält ein Dokumentationszentrum und veranstaltet Weiterbildungsseminare.

Das EMI definiert seine Ziele wie folgt:

- Kontinuierliche Bereitstellung eines Forums zur Diskussion von Medienzielen und Medienpolitik in Europa (insbesondere Europäisches Fernseh- und Filmforum).
- Durchführung von Forschungsprojekten zu technologischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Fragen der Medienentwicklung über die Rolle und den Einfluss der Medien in der Gesellschaft.
- Entwicklung von Vorschlägen einer entsprechenden Medienpolitik für Europa auch im globalen Vergleich auf der Grundlage solcher Diskussionen und Forschungsergebnisse.
- Förderung des Gebrauchs der Medien zum besseren Verständnis der europäischen Tradition, die allen Bürgerinnen und Bürgern gemein ist, und
- Verstärkung der Hilfe und technischen Unterstützung, welche die europäischen Staaten den Ländern des Mittelmeerraumes und den Entwicklungsländern bei der Entwicklung der Medien leisten.
- Analysen zur Rolle der Medien in der sich ändernden Ökonomie, bei der eine Regierung wie in Nordrhein-Westfalen als Modellfall herausgestellt werden kann.

Der Trägerverein des Instituts hat 18 Mitglieder aus neun europäischen Ländern. Zur Zeit

3. Titelgruppen:

Zu Titelgruppe 60

- Aus- und Fortbildung im Medienbereich -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 2001: 3.500.000 DM

Ansatz 2000: 3.332.000 DM

Mehr: 168.000 DM

Neue Medien nehmen in unserer Gesellschaft, deren Leistungsfähigkeit auf dem Weg in die Informationsgesellschaft zunehmend von der Verarbeitung von Informationen und Wissen abhängig ist, eine herausragende Schlüsselstellung ein.

Dieses gilt in besonderer Weise für das Medienland Nordrhein-Westfalen, das im Zuge des sich vollziehenden Strukturwandels viel-

sind 30 Festangestellte und 10 studentische Hilfskräfte aus 12 Ländern beschäftigt. Die offiziellen Institutssprachen sind Deutsch, Englisch und Französisch.

Das Netzwerk, das die Aktivitäten des EMI auf breiter Basis unterstützt, besteht aus über 80 Personen aus West-, Zentral- und Osteuropa. Hinzu kommen 33 private und öffentliche Institutionen aus 17 Ländern, die das Europäische Fernseh- und Filmforum durch ihre Mitgliedschaft unterstützen.

Das Institut hat sich am 18. September 1991 in der Rechtsform eines gemeinnützigen Vereins in Düsseldorf konstituiert. Der Landtag hat zwei ordentliche Mitglieder des Vereins benannt, die auch dem Präsidium angehören. Das Land NRW ist ebenfalls ordentliches Vereinsmitglied. Es zahlt jährlich einen Mitgliedsbeitrag, dessen Höhe im Haushaltsplan des Landes festgelegt wird. Der/Die Vertreter/in des Landes hat in dem für die Haushaltswirtschaft des Vereins zuständigen Organ, dem Präsidium, das Recht, gegen Beschlüsse, die Haushaltsmittel des Landes betreffen, Einspruch einzulegen. Der Haushaltsansatz 2001 beträgt - wie im Vorjahr - 2,6 Mio. DM. Davon entfallen 2,3 Mio. DM auf den Mitgliedsbeitrag des Landes und 0,3 Mio. DM auf die Erstattung von Miet- und Nebenkosten.

fältige Veränderungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Arbeit und Freizeit erfährt. Gerade Medienkompetenz ist in diesem Zusammenhang zur neuen qualitativen Anforderung an die Gesellschaft geworden. Um diese Kompetenz breiten Bevölkerungsgruppen vermitteln zu können, bedarf es der Förderung von geeigneten Maßnahmen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Ziel ist

es dabei, Medienkompetenz so zu fördern, dass damit die Fähigkeit, sich praktisch, selbstbestimmt und verantwortungsbewusst, aber auch kritisch-reflektierend in der Medienwelt zu bewegen, erworben wird.

Außerdem ist es bei stark zunehmendem Wachstum der Internet-Wirtschaft erforderlich, alle Initiativen, die auf die Unterstützung der Marktentwicklung und der Standortsicherung des Landes ausgerichtet sind, offensiv mit qualifizierenden Maßnahmen zu begleiten. Dieses betrifft zum Beispiel die Bereiche electronic commerce, print und publishing, Telemedizin oder m-commerce.

Ein wesentlicher Teil der Förderungsmaßnahmen ist zudem darauf ausgerichtet, größere Bevölkerungsteile, die nicht in spezifische Maßnahmen anderer Projekte oder Programme einbezogen sind, medienkompetent zu machen. Dazu wird das bereits laufende Projekt Medienkompetenznetz NRW (MEKONET) in verstärktem Umfang fortgesetzt. Ziel dieses Projektes ist es, interessierte Bevölkerungskreise durch gezielte Informationen für neue Medien zu interessieren, sie zu motivieren, sich durch Fort- und Weiterbildung kompetent zu machen. Dazu stellt das Projekt geeignete Materialien und Hilfsmittel für "Multiplikatoren" bereit, verknüpft landesweit zielgruppenspezifisch angelegte Projekte miteinander

(Schulen ans Netz, Senioren ans Netz, Frauen ans Netz, Internet-Cafe's, öffentliche Bibliotheken u.a.) und koordiniert Angebote unterschiedlicher Träger und Einrichtungen. Das Projekt wird durch eine Kommunikationsstrategie begleitet. Um das Projekt mit einem absehbaren Erfolg durchführen zu können, werden voraussichtlich allein für dieses Projekt 1 Mio. DM jährlich verausgabt werden müssen.

Ein weiterer Schwerpunkt wird der Aufbau der Networking-Academy NRW sein. Zu diesem Projekt wollen Unternehmen und Land in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Schulen durch geeignete Maßnahmen zusätzliche Qualifizierungsangebote im Bereich IT initiieren. Ziel ist es, die von der Medienwirtschaft stark nachgefragte IT-Grundqualifikation zu verbessern, das Interesse an IT-Berufen zu erhöhen und auch damit dem Arbeitskräftedefizit im Bereich IT entgegenzuwirken.

Mittel sind außerdem vorgesehen, um Public-Private-Partnership-Organisationen (z.B. Verein Lernen in der Informationsgesellschaft NRW e.V., Europäisches Zentrum für Medienkompetenz/ecmc) dort zu unterstützen, wo sie Maßnahmen des Landes aktiv begleiten (z.B. Second-Hand-PC-Börsen, Netdays NRW u.a.).

Zu Titelgruppe 61

- Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur -

Gesamtansatz der Titelgruppe:

Ansatz 2001:	53.059.000 DM
Ansatz 2000:	46.373.000 DM
Mehr:	6.686.000 DM

Zu Titel 546 61

- Geschäftsbesorgungen durch die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH und die Internationale Film Schule Köln GmbH (IFS)-

Ansatz 2001:	8.400.000 DM
Ansatz 2000:	2.800.000 DM
Mehr:	5.600.000 DM

Für die Geschäftsbesorgung durch die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH ist ein Betrag von 3,3 Mio DM notwendig.

Die Internationale Film Schule Köln GmbH (IFS) ist gegründet worden, um erstmalig eine

gebündelte und praxisnahe Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte für die Film- und Fernsehproduktion in den Kernfächern der Branche (Drehbuch, Regie, Kamera und Produktion) in Nordrhein-Westfalen anzubieten. Vorgesehen ist der Aufbau von vier Ausbildungsgängen (Kamera, Drehbuch, Regie und Produktion) und zehn Weiterbildungsangeboten (Requisite, Ausstattung, Maske, Kostüm, Schauspiel, Produktion, Drehbuch, Sound Design, Schnitt und Trickfilm/Animation Design).

Die Gesellschaft wird einen Beirat einrichten, dem Vertreter der Film- und Fernsehwirtschaft, der Hochschulen sowie Ausbildungsinstitutionen angehören werden.

Gesellschafterin der IFS ist die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen. Das Land Nordrhein-Westfalen soll der Gesellschaft 2001 beitreten. Für den Erwerb einer Beteiligung ist ein Betrag von 26.000 DM (Titel 831 61) vorgesehen. Die Betriebskosten der IFS werden von den Gesellschaftern entsprechend ihren Kapitalanteilen sowie durch Studiengebühren und Spenden finanziert. Für die Geschäftsbesorgung durch die IFS ist ein Betrag von 5,1 Mio DM notwendig.

Zu Titel 682 61

- Zuschüsse an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH -

Ansatz 2001: 25.630.000 DM
Ansatz 2000: 25.630.000 DM

Die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH wurde am 27. Februar 1991 gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf. Gesellschafter sind das Land Nordrhein-Westfalen (45 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile), der Westdeutsche Rundfunk Köln (WDR); (45 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile) und das Zweite Deutsche Fernsehen (10 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile).

Die Filmstiftung hat die Aufgabe, die Filmkultur und Filmwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Zu diesem Zweck ent-

faltet sie eine Vielzahl von Förderaktivitäten von der Drehbuch- bis zur Filmabspieلفörderung. Sie ist Motor der film- und fernsehwirtschaftlichen Expansion am Standort Nordrhein-Westfalen.

Mit Hilfe der Filmstiftung NRW ist es gelungen, NRW binnen weniger Jahre zu einem der führenden europäischen Film- und Fernsehproduktionsstandorte zu entwickeln.

Zu Titel 683 61

- Zuschüsse zur Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandortes Nordrhein-Westfalen -

und

zu Titel 892 61

- Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen -

Beide Titel zusammen:

Ansatz 2001: 15.199.000 DM
Ansatz 2000: 13.900.000 DM
Mehr: 1.299.000 DM

Der Markt für Film- und Fernsehproduktionen gehört zu den wichtigsten Wachstumsmärkten

in der Medienwirtschaft. Für das Land Nordrhein-Westfalen liegen in diesem Markt be-

trächtliche Chancen für neue Investitionen und Arbeitsplätze.

In den vergangenen Jahren hat es in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehproduktion bereits ein beträchtliches Wachstum gegeben. Mit diesem Wachstumsprozess ist aber auch deutlich geworden, dass die hiesige Infrastruktur für die Film- und Fernsehproduktionswirtschaft gegenüber den "klassischen" Produktionsstandorten London, Paris, München, Berlin und Hamburg noch erhebliche Defizite aufweist.

Diese Defizite beruhen vor allem darauf, dass das Wachstum in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehbranche jüngeren Datums ist. An den konkurrierenden Produktionsstandorten wurde die film- und fernsehwirtschaftliche Infrastruktur über mehrere Jahrzehnte hinweg kontinuierlich und "organisch" auf- und ausgebaut. Demgegenüber gab es in Nordrhein-Westfalen bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein nur eine vergleichsweise gering entwickelte Film- und Fernsehproduktionswirtschaft.

Zugleich muss festgestellt werden, dass einige Länder in den vergangenen Jahren - auch und gerade als Antwort auf den Boom in der hiesigen Film- und Fernsehwirtschaft - ihre Anstrengungen massiv intensiviert haben, um die eigene Film- und Fernsehwirtschaft zu fördern und nordrhein-westfälische Produktionsunternehmen gezielt abzuwerben. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, die film- und fernsehtechnische Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen insbesondere auf jenen Feldern zu stärken, auf denen sie gegenüber anderen Regionen strukturelle Defizite aufweist.

Zu Titel 685 61

- Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen -

Ansatz 2001:	3.754.000 DM
Ansatz 2000:	3.693.000 DM
Mehr:	61.000 DM

Die Mittel möchte ich - wie in den Vorjahren - zur Förderung der Filmkultur in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Einzelheiten der Produktions-, Vertriebs- und Strukturförderung werden in einem Zuwen-

Besonders förderungsfähig sind Projekte

- zur Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet neuer Film- und Fernsehtechniken in Nordrhein-Westfalen,
- zur Einführung, Verbreitung und Anwendung neuer Film- und Fernsehtechniken in Nordrhein-Westfalen,
- die Synergieeffekte zwischen kommerziellen und nichtkommerziellen Film- und Fernsehaktivitäten in Nordrhein-Westfalen stiften (z. B. Verkoppelung von Aus- und Fortbildungsangeboten mit Projekten privatwirtschaftlicher Unternehmen),
- die die Position nordrhein-westfälischer Film- und Fernsehunternehmen im internationalen Umfeld stärken (internationale Kooperationsprojekte, Exportförderung, etc.),
- Projekte, die der Beratung von nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehunternehmen dienen.

dungsbescheid an das Filmbüro NRW e. V. geregelt. Das Filmbüro entscheidet über die Aufteilung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Förderbereiche.

Über die Förderungswürdigkeit eines Projektes befinden Fachgremien, die das Filmbüro einsetzt.

Das Filmbüro bereitet Gremienentscheidungen vor und setzt die Förderentscheidungen um.

Darüber hinaus ist es auch im Bereich der Beratung, Aus- und Weiterbildung von Filmemacherinnen und Filmemachern aktiv.

Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften

Entwurf des Haushaltsplans 2001

nach Beratung in der Klasse für Geisteswissenschaften am 17. November 1999 und in der Klasse für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften am 03. November 1999, durch das Präsidium der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften in der Sitzung am 12. Januar 2000 gemäß § 8 Abs. 6 des Akademiengesetzes festgestellt.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6

I. EINNAHMEN

119 10	Vermischte Einnahmen	---	---	---	--
119 20	Einnahmen aus Veröffentlichungen - „Mehreinnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 531 00 verwendet werden.“	18.000	18.000	---	24
124 10	Mieten und Pachten - „Mehreinnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 519 10 verwendet werden.“	60.000	60.000	---	170
252 00	Zuschuß des Landes NRW	4.850.000	6.134.500	1.284.500 (-)	
282 00	Zweckgebundene Spenden und Zuwendungen Dritter	5.015.900	---	5.015.900 (+)	
		<u>9.943.900</u>	<u>6.212.500</u>	<u>3.731.400 (+)</u>	

Erläuterungen

Zu Titel 119 20

Veranschlagt sind die Einnahmen aus den Verlagsrückflüssen für die Akademieveröffentlichungen.
Die Einnahmen sind geschätzt.

Zu Titel 124 10

Veranschlagt sind Miet- und Pachteinnahmen aus Verträgen mit der Heinrich-Heine Universität, Firma ROM u.a., der Einliegerwohnung des HdW, sowie Tagungsmieten.
Die Einnahmen sind geschätzt.

Zu Titel 252 00

Veranschlagt sind die bei Epl. 02 Kapitel 02 020 Titel 685 10 und Titel 893 00 des Landeshaushaltes bereitgestellten Mittel.

Zu Titel 282 00

1. Veranschlagt sind die von der Union der Akademien der Wissenschaften e.V. bereitgestellten Mittel für das Akademienprogramm.
2. Titel für die Vereinnahmung zweckgebundener Spenden und Zuwendungen
Dritter

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6

II. Ausgaben

A. Personalausgaben

412 00	Entschädigungen an die Mitglieder der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften gem. § 17 Abs. 2 der Akademie-satzung	133.000	133.000	---	73
--------	---	---------	---------	-----	----

Erläuterungen

Zu Titel 412 00

- (1) Den ordentlichen Mitgliedern werden für die Teilnahme an den Sitzungen des Präsidiums, der drei Klassen, den gemeinsamen Sitzungen, an der Jahresfeier sowie an den Sondersitzungen jeglicher Art Sitzungsgeld und Fahrkostenerstattung als Entschädigung gem. § 17 Abs. 2 Akademiesatzung gewährt.
Das Sitzungsgeld beträgt 50 DM. Es handelt sich nicht um Dienstreisen im Sinne des Landesreisekostengesetzes (LRKG), sondern um die regelmäßige Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben der Akademie an ihrem Sitz (§ 7 Abs. 5 Akademiesatzung).
- (2) Auch die Mitglieder der Beratungsausschüsse und der Arbeitskreise zur Verteilung von Forschungsmitteln des Landes NRW – soweit sie Akademiemitglieder sind – erhalten für die Teilnahme an den vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung einberufenen Beratungssitzungen Sitzungsgeld und Fahrkosten als Entschädigung.
Das Sitzungsgeld beträgt 30 DM.
- (3) Die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und Akademie-Kommissionen, soweit sie Mitglieder der Akademie sind, erhalten ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 DM und Fahrkostenerstattung als Entschädigung gem. § 17 Abs. 2 der Akademiesatzung.
- (4) Die Fahrkostenentschädigung schließt die Taxikosten für Zu- und Abgänge, die Erstattung von Aufpreisen für die Benutzung des ICE, sowie von Zuschlägen für die Benutzung von EC/IC/IR/D-Zügen ausdrücklich ein.
- (5) Für Strecken, die ein Akademiemitglied mit einem ihm gehörenden Kraftfahrzeug zurücklegt, wird als Auslagenersatz eine Wegstreckenentschädigung gem. § 6 LRKG gewährt.
- (6) Finden an einem Tag neben den Sitzungen zu Ziff. 1 auch Sitzungen zu Ziff. 2 u. 3 statt, wird nur das Sitzungsgeld gem. Ziff. 1 gewährt.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6

B. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 – mit Ausnahme des Titels 529 10 – sind gegenseitig deckungsfähig.

511 10	Geschäftsbedarf	88.000	73.000	15.000 (+)	40
513 10	Post- u. Fernmeldegebühren	78.000	63.000	15.000 (+)	36
515 10	Geräte und Ausstattungsgegenstände	145.000	80.000	65.000 (+)	108
516 10	Dienst- u. Schutzkleidung	400	400	---	--
517 10	Bewirtschaftung von Grundstücken, Räumen und Gebäuden	222.000	222.000	---	134

Erläuterungen.

Zu Titel 511 10

1. Büromaterial	32.000 DM
2. Druckkosten für Einladungen	30.000 DM
3. Fahrgelder, Transport- u. Frachtkosten	700 DM
4. Bekanntmachungen in Tageszeitungen (z.B. Nachrufe), Kränze	3.300 DM
5. EDV / Sonstiges	<u>22.000 DM</u>
	<u>88.000 DM</u>

Mehrbedarf durch die dritte Klasse und vermehrten Einsatz der EDV.

Zu Titel 513 10

1. Postgebühren	40.000 DM
2. Fernmeldegebühren	28.000 DM
3. Wartung der Fernmeldeanlagen	<u>10.000 DM</u>
	<u>78.000 DM</u>

Mehrkosten durch die dritte Klasse.

Zu Titel 515 10

1. Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	76.000 DM
2. Beschaffung von Büro- und sonstigen Maschinen	53.000 DM
3. Unterhaltung	<u>16.000 DM</u>

Mehr wegen Erneuerung veralteter u. defekter Geräte und Ausstattungsgegenstände für den Büro- u. Vermietungsbetrieb und aufgrund von personeller Verstärkung der Geschäftsstelle.

145.000 DM

Zu Titel 516 10

Kosten für Anschaffung von Dienst- u. Schutzkleidung	<u>400 DM</u>
--	----------------------

Zu Titel 517 10

1. Heizung	51.000 DM
2. Strom, Gas, Wasser	53.000 DM
3. Reinigung	70.000 DM
4. Grundbesitzabgaben	26.000 DM
5. Sonstiges im Rahmen der Bewirtschaftung des HdW	<u>22.000 DM</u>
	<u>222.000 DM</u>

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6
518 10	Erbbauzinsen	600	600	---	0,6
518 20	Mieten und Pachten für Geräte u. Maschinen	39.000	16.000	23.000 (+)	12
519 10	Kleinere Unterhaltungs- arbeiten an Grund- stücken, Gebäuden und Räumen; Mehreinnah- men bei Titel 124 10 dürfen zur Leistung v. Mehrausgaben verwen- det werden.	133.000	113.000	20.000 (+)	179
523 00	Bibliothek	13.000	8.000	5.000 (+)	6
525 10	Kosten für wissenschaft- liche Vortragsveranstal- tungen	43.000	23.000	20.000 (+)	12
527 10	Reisekostenvergütung	22.000	17.000	5.000 (+)	6
529 10	Zur Verfügung des Präsidenten	3.000	3.000	---	--
531.00	Kosten für Veröffent- lichungen u. der Dokumen- tationen; Mehreinnahmen bei Titel 119 20 dürfen zur Leistung von Mehrausgaben verwendet werden. -Abweichend von §§ 61 Abs.1 u. 63 Abs.3 LHO dürfen Veröffentlichungen unent- geltlich abgegeben werden.	400.000	385.000	15.000 (+)	303
531 20	Öffentlichkeitsarbeit	100.000	50.000	50.000 (+)	25

Erläuterungen

Zu Titel 518 10

Erbbauszinsen gemäß Erbbauvertrag

600 DM

Zu Titel 518 20

Miet- und Kopierkosten

Erhöhtes Kopieraufkommen durch die dritte Klasse.

39.000 DM

Zu Titel 519 10

Für die bauliche Unterhaltung des HdW.

Gestiegener Unterhaltungsbedarf durch vermehrte Nutzung des Hauses.

133.000 DM

Zu Titel 523 00

1. Anschaffungskosten für Bücher, Zeitschriften usw. für die wissenschaftliche Bibliothek

7.000 DM

2. Kosten für Buchbindearbeiten

6.000 DM

13.000 DM

Mehrbedarf durch die dritte Klasse.

Zu Titel 525 10

1. Honorare für die Vortragenden bei wissenschaftlichen Sitzungen

- Honorare bis zu 400 DM je Vortrag für inländische Redner

- Honorare bis zu 600 DM je Vortrag für ausländische Redner

2. Die für die Vortragenden entstehenden Kosten für Hotelunterbringung, Bewirtung und Fahrkosten.

43.000 DM

Zusätzliche Vortragskosten durch die dritte Klasse.

Zu Titel 527 10

Reisekostenvergütung nach LRKG für Dienstreisen.

22.000 DM

Mehrbedarf durch die dritte Klasse.

Zu Titel 529 10

Aus den Mitteln sind die Ausgaben zu bestreiten, die dem Präsidenten der NRWakW für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung entstehen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen.

Eine pauschale Abrechnung ist nicht gestattet.

3.000 DM

Zu Titel 531 00

a) Schriftenreihe „N“ und „G“ -Forschungsberichte	233.000 DM	
b) Jahresprogramm		12.500 DM
c) Jahrbuch		17.500 DM
d) Wissenschaftliche Abhandlungen	95.000 DM	
e) Redaktionskosten, Übersetzungen	36.000 DM	
f) Autorenhonorare		<u>6.000 DM</u>
		<u>400.000 DM</u>

Mehr durch zusätzliche Veröffentlichungsberichte der dritten Klasse.

Zu Titel 531 20

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Öffentlichkeit in Wort, Bild, Ton und Sonderveranstaltungen über die Aufgaben und Veranstaltungen, Arbeitsergebnisse, Maßnahmen und Projekte der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften bestimmt.

Darin eingeschlossen sind auch die Kosten für Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial und Plakaten, sowie Aufwendungen für Werkverträge.

100.000 DM

Gesteigerte Öffentlichkeitsarbeit durch größere Medienvielfalt und dritte Klasse.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000.DM
1	2	3	4	5	6
539 00	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden und Zuwendungen Dritter	---	---	---	---
541 00	Kosten der Bewirtung für die Jahresfeier und Sonderveranstaltungen	113.000	98.000	15.000 (+)	57
546 10	Vermischte Verwaltungsausgaben, z.B. Entschädigungen	10.000	10.000	---	6
<u>C. Zuweisungen und Zuschüsse sowie Ausgaben für Investitionen</u>					
685 10	Beitrag an die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V.	110.000	110.000	---	97
711 10	Investitionen	3.275.000	265.000	3.010.000 (+)	202

Erläuterungen

Zu Titel 539 00

Leertitel für zweckgebundene Ausgaben aus Spenden und Zuweisungen Dritter.

Zu Titel 541 00

- | | |
|---|-------------------|
| 1. Kosten der Bewirtung bei den wissenschaftlichen Sitzungen | 68.000 DM |
| 2. Kosten für die Jahresfeier gem. § 4 Abs. 2 der Satzung | 17.000 DM |
| 3. Kosten für entsprechende Ausgaben bei Sonderveranstaltungen jeder Art (wiss. Symposien etc. und zusätzliche Foren) | <u>28.000 DM</u> |
| | <u>113.000 DM</u> |

Mehrbedarf durch zusätzliche wissenschaftliche Sitzungen der dritten Klasse.

Besondere Erläuterungen zu Titel 541 00:

Während der Sitzungen der Akademie –vgl. Abs. (1), (2) u. (3) der Erläuterungen zu Titel 412 00 – werden Getränke (Tee, Kaffee und dergleichen) angeboten. Die Sitzungen der Klassen werden mit einfachem Abendimbiß abgeschlossen. Bei ganztägigen Sitzungen wird ein Mittagessen gereicht.

Bei Jahresfeiern und Sonderveranstaltungen entstehen Kosten für Blumenschmuck, musikalische Umrahmung und Bewirtung.

Zu Titel 546 10

1. Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und –Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, zur Abgeltung des durch die Teilnahme an der Sitzung entstandenen Aufwandes. Das Sitzungsgeld beträgt 30 DM.
Auslagen solcher ortsansässiger Ausschuß- u. Kommissionsmitglieder für Fahrten oder Wege innerhalb der politischen Gemeinde des Tagungsortes aus Anlaß der Sitzung werden nicht besonders vergütet. Mitglieder der Akademie-Ausschüsse und –Kommissionen, die nicht Akademiemitglieder sind und nicht in der politischen Gemeinde des Tagungsortes wohnen, erhalten Fahrkosten- u. Reisekostenvergütungen nach den Bestimmungen des LRKG, mindestens aber ein Sitzungsgeld in Höhe von 30 DM zur pauschalen Abgeltung des Aufwandes.
2. Ausgaben, die durch die Unterhaltung der Garderobe im HdW entstehen. 10.000 DM

Zu Titel 685 10

Beitrag an die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. nach Maßgabe der zwischen den Akademiesitzländern geschlossenen Finanzierungsvereinbarung.

110.000 DM

Zu Titel 711 10

- Umbau der Heizungsanlage zur Optimierung der Verbrauchswerte	100.000 DM
- Erneuerung alter Fensteranlagen im Bereich Verwaltung des HdW	150.000 DM
- Renovierung und Modernisierung von Verwaltungsräumen wegen personeller und räumlicher Erweiterung der Geschäftsstelle	25.000 DM
- Sanierung der Klimaanlage des HdW	<u>3.000.000 DM</u>
	<u>3.275.000 DM</u>

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz		Ansatz weniger (-) DM	mehr (+) Rechnung 1999 in 1000 DM
		2001 DM	2000 DM		
1	2	3	4	5	6

D. Titelgruppe 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67

Förderung der wissenschaftlichen Gemeinschaftswerke der Akademie

1. Die Ausgaben der Titelgruppen 60 bis 67 sind gegenseitig deckungsfähig.

Titelgruppe 60

Zentralkommission zur Erforschung der Spätantike mit den Vorhaben

- „Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum“;
- „Patristik“ mit den Arbeitsstellen in Bonn und Münster

1. Die Ausgaben bei Titel 428 60 und 547 60 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

428 60	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	1.126.200	1.059.400	66.800 (+)	937
547 60	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für die Vorarbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 des Akademiegesetzes)	105.600	105.600	---	130
Summe Titelgruppe 60:		<u>1.231.800</u>	<u>1.165.000</u>	<u>66.800 (+)</u>	

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 60 Personalkosten DM	Titel 547 60 Sächl. Verw.-Ausg. DM
60	<u>Zentralkommission für die Erforschung der Spätantike</u>		
	1) – „Herausgabe des Reallexikons und des Jahrbuches für Antike und Christentum“ ,	<u>737.600</u>	<u>76.300</u>
	- 2 Stellen I b BAT		
	- 2 Stellen II a BAT		
	- 2 Stellen V c BAT		
	- 2 Stellen VII BAT bzw. VIII/VII BAT		
	- 1 Stelle / wiss. Hilfskraft		
	2) Arbeitsstelle Bonn		
	- „Patristik“ („Kritische Edition und Untersuchung von Werken der Kirchenväter“)		
	2a) Arbeitsstelle Bonn		
	- Patristica Slavica	<u>211.100</u>	<u>16.900</u>
	- 1 Stelle I b BAT		
	- 1 Stelle / wiss. Hilfskraft		
	- 1 Stelle / stud. Hilfskraft		
	2b) Arbeitsstelle Münster I		
	- Nilus-Kommentar und Hand- schriften Repertorium	<u>177.500</u>	<u>12.400*</u>
	- 1 Stelle I a BAT		
	- 2 Stellen / stud. Hilfskräfte *davon entfallen 3.200 DM auf die Gregor v. Nyssa-Edition		
	Summen:	<u>1.126.200</u>	<u>105.600</u>
	Gesamtsumme:	<u>1.231.800</u>	

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6

Titelgruppe 61

Zenralkommission für philosophiegeschichtliche Gemeinschaftswerke
mit den Vorhaben

- „Herausgabe der gesammelten Werke G.F.W. Hegels“ ;
- „Averroes-Latinus-Edition“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 61 und 547 61 dieser Titelgruppe
sind gegenseitig deckungsfähig.

428 61	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	1.064.700	910.800	153.900 (+)	696
531 61	Druckkosten	---	37.100	37.100 (-)	--
547 61	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattung für Vor- arbeiten gem. § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	84.600	47.500	37.100 (+)	59
Summe Titelgruppe 61:		<u>1.149.300</u>	<u>995.400</u>	<u>153.900(+)</u>	

Erläuterungen

<u>Titelgruppe</u>	<u>Name des Vorhabens</u>	<u>Titel 428 61</u> <u>Personalkosten</u> <u>DM</u>	<u>Titel 547 61</u> <u>Sächl. Verw.-Ausg.</u> <u>DM</u>
--------------------	---------------------------	---	---

61 Zentralkommission für philosophiegeschichtliche Gemeinschaftswerke

- „Herausgabe der gesammelten Werke G. F. W. Hegels“

Arbeitsstelle Bochum

- 6 Stellen II a/ I b BAT 760.800 48.000

- „Averroes Latinus-Edition“

Arbeitsstelle Köln 303.900 36.600

- 1 Stelle I b BAT

- 1 Stelle II a BAT

- 1 Stelle / wiss. Hilfskraft

Summen: 1.064.700 84.600

Gesamtsumme: 1.149.300

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz		Ansatz	mehr (+) weniger (-) in 1000 DM	Rechnung 1999
		2001	2000			
		DM	DM	DM		
1	2	3	4	5	6	

Titelgruppe 62

Zentralkommission für Papyrologie, Archäologie und antike Epigraphik
mit den Vorhaben

- „Sammlung, Kommentierung und Herausgabe von Papyrusurkunden“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 62 und 547 62 dieser Titelgruppe
sind gegenseitig deckungsfähig.

428 62	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	519.000	461.600	57.400 (+)	412
531 62	Druckkosten	---	33.200	33.200 (-)	15
547 62	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gemäß § 2 Abs. 2 Satz 4 Akademiegesezt)	71.200	38.000	33.200 (+)	57
Summe Titelgruppe 62:		<u>590.200</u>	<u>532.800</u>	<u>57.400 (+)</u>	

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 62	Titel 547 62
		Personalkosten DM	Sächl. Verw.-Ausg. DM

62 Zentralkommission für Papyrologie, antike Epigraphik und Archäologie

- „Sammlung, Kommentierung und Herausgabe von Papyrusurkunden einschließlich kleinasiatische Inschriften“

Arbeitsstelle Köln	<u>519.000</u>	<u>71.200</u>
- 1 Stelle I b BAT		
- 3 Stellen II a BAT		
- 1 Stelle/wiss. Hilfskraft		

Gesamtsumme: 590.200

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz		Ansatz weniger (-) DM	mehr (+) Rechnung 1999 in 1000 DM
		2001 DM	2000 DM		
1	2	3	4	5	6

Titelgruppe 63

Zentralkommission für Mittlere und Neuere Geschichte mit den Vorhaben

- „Acta Pacis“
- „Deutsche Inschriften des Mittelalters“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 63 und 547 63 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

428 63	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	767.800	661.900	105.900 (+)	611
531 63	Druckkosten	---	82.800	82.800(-)	--
547 63	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gemäß § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz	261.400	178.600	82.800 (+)	252
Summe Titelgruppe 63:		<u>1.029.200</u>	<u>923.300</u>	<u>105.900 (+)</u>	

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 63	Titel 531 63	Titel 547 63
		Personalkosten DM	Druckkosten DM	Sächl.Verw.-Ausg. DM
63	<u>Zentralkommission für mittlere und neuere Geschichte</u>			
	- „Acta Pacis Westphalicae“			
	<u>Arbeitsstelle Bonn</u>			
	- 1 Stelle I b BAT			98.000 Sachmittel
	- 3 Stellen II a BAT			<u>97.600 Werkverträge</u>
	- 1 Stelle VI b BAT	508.400	34.000	195.600
	- 1 Stelle/wiss. Hilfskraft			
	- ½ Stelle II a BAT			
	- „Deutsche Inschriften des Mittelalters			
	<u>Arbeitsstelle Bonn</u>			
	- 2 Stellen II a BAT	259.400	50.000	65.800
	Summen:	<u>767.800</u>	<u>84.000</u>	<u>261.400</u>
	Gesamtsumme:		<u>1.113.200</u>	

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	4	Ansatz 2000 DM	5	mehr (+) weniger (-) DM in 1000 DM	Rechnung 1999	6
-------	-----------------	----------------------	---	----------------------	---	---	------------------	---

Titelgruppe 64

Vorhaben:

- „Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 64 und 547 64 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

428 64	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	430.900	373.700	57.200 (+)	317
547 64	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gemäß § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	39.000	39.000	1.000 (+)	64
Summe Titelgruppe 64:		<u>469.900</u>	<u>412.700</u>	<u>57.200 (+)</u>	

Erläuterungen

<hr/> Titelgruppe	<hr/> Name des Vorhabens	Titel 428 64 Personalkosten DM	Titel 547 64 Sächl. Verw.-Ausg. DM
-------------------	--------------------------	--------------------------------------	--

64 Naturwissenschaftliche Vorhaben

- „Großräumige Klimaänderungen und ihre Bedeutung für die Umwelt“

Arbeitsstelle Bonn

- | | | |
|------------------------------|----------------|---------------|
| - 1 Stelle I b BAT | | |
| - 2 Stellen II a BAT | <u>430.900</u> | <u>39.000</u> |
| - 2 Stellen/stud. Hilfskraft | | |
| - 1 Stelle VI b BAT | | |

Gesamtsumme: **469.900**

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	Rechnung 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6

Titelgruppe 65

Vorhaben:

- „Edition der Urkunden Ludwig des Frommen“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 65 und 547 65 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig

428 65	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	156.900	150.300	6.600 (+)	---
547 65	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gemäß § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	14.000	14.000	---	---
Summe Titelgruppe 65:		<u>170.900</u>	<u>164.300</u>	<u>6.600 (+)</u>	

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 65 Personalkosten DM	Titel 547 65 Sächl. Verw.-Ausg. DM
-------------	--------------------	--------------------------------------	--

65

Vorhaben

- „Edition der Urkunden Ludwig des Frommen“

Arbeitsstelle Münster:

- 1 Stelle II a BAT

- 1 Stelle/stud. Hilfskraft

156.900

14.000

Gesamtsumme:

170.900

Erhöhung des Personalkostenansatzes wegen tariflicher Steigerungen.

Neu-Vorhaben:

- „Radioastronomische Untersuchungen auf dem Stockert“
- „Gesammelte Werke von Hausdorf“

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz		Ansatz		Rechnung
		2001 DM	2000	2000 DM	mehr (+) weniger (-) DM	
1	2	3	4	5	6	

Titelgruppe 66

Vorhaben:

- „Diskrete Mathematik und Anwendungen“

1. Die Ausgaben bei Titel 428 66 und 547 66 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

428 66	Vertragsgemäße Erstattung von Personalausgaben	302.600	277.000	25.600 (+)	70
547 66	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten (Kostenerstattungen für Vorarbeiten gemäß § 2 Abs. 1 Satz 4 Akademiegesetz)	72.000	72.000	---	273
Summe Titelgruppe 66:		<u>374.600</u>	<u>349.000</u>	<u>25.600 (+)</u>	

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 66 Personalkosten DM	Titel 547 66 Sächl. Verw.-Ausg. DM
-------------	--------------------	--------------------------------------	--

66

Vorhaben:

- „Diskrete Mathematik und Anwendungen“

Arbeitsstelle Bonn

302.600

72.000

- 2 Stellen II a BAT
- 2 Stellen/wiss. Hilfskräfte

Gesamtsumme:

374.600

Mehr wegen tariflicher Erhöhungen.

Zu den Titelgruppen 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66

Etatisiert sind die auf die Akademie entfallenden und durch sie zu erstattenden Kosten der Vorhaben entsprechend den Vereinbarungen der Akademie mit den Universitäten

- Bochum	vom 23.06./13.07.1982	(Hegel-Edition)
- Bonn	vom 27.11.1975	(RAC-Edition)
	vom 15.07./14.10.1988	(Patristik)
	vom 16.09.1981	(Deutsche Inschriften)
	vom 06.05.1993	(Diskrete Mathematik)
	vom 14.07./23.07.1982	(Großräumige Klimaforschung)
- Köln	vom 06.03./03.04.1984	(Papyrus-Edition)
	vom 21.03./16.04.1984	(Averroes-Latinus Edition)
- Münster	vom 17.12.1980	(Patristik)
	vom 30.11.1999	(Edition der Urkunden Ludwig des Frommen)

und mit der Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V.

- Bonn	vom 20.07./25.07.1977	(Acta-Pacis-Edition)
--------	-----------------------	----------------------

	<u>Ansatz 2001</u>	<u>Ansatz 2000</u>	mehr (+) <u>weniger (-)</u>
<u>Haushaltsansatz insgesamt:</u>	<u>9.943.900</u>	<u>6.212.500</u>	<u>3.731.400 (+)</u>

Erläuterungen

Titelgruppe	Name des Vorhabens	Titel 428 67 Personalkosten DM	Titel 531 67 Druckkosten DM	Titel 547 67 Sächl.Verw.-Ausg. DM
-------------	--------------------	--------------------------------------	-----------------------------------	---

67 Neu-Vorhaben zum 01.01.2000:

- NN

Arbeitsstelle NN

- 4 Stellen II a BAT 500.000

- 1 Stelle VI b BAT

- 2 Stellen/wiss. Hilfskräfte

--- 85.000

Gesamtsumme: 585.000

Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie GmbH
im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Entwurf des Wirtschaftsplans 2001

I.	Zusammenfassung nach Titelgruppen	2
II.	Übersicht der Einzelansätze	3
III.	Erläuterung der Einzelansätze	
	Stammhaushalt	6
	Projekthaushalt	12
IV.	Bewirtschaftungsvermerke	14
V.	Stellenplan 2000	15
	Stellenplan	15
	Projektfinanzierte Beschäftigte	16
VI.	Organisationsplan	17

I. Zusammenfassung nach Titelgruppen

Titelgruppe		Ist 1999 ¹	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
Stammhaushalt					
Titelgruppe A:	Einnahmen	7.766.369	7.873.500	8.089.000	+215.500
Titelgruppe B I:	Personalausgaben nach Kostenarten	5.077.727	5.407.000	5.584.500	+177.500
Titelgruppe B II:	Sächliche Verwaltungs- und Betriebskosten	2.363.634	2.351.500	2.384.500	+33.000
Titelgruppe C:	Investitionen	335.393	115.000	120.000	+5.000
Projekthaushalt					
Titelgruppe D I:	Projekteinnahmen	10.355.347	6.800.000	6.900.000	+100.000
Titelgruppe D II:	Projektausgaben	9.799.861	6.800.000	6.900.000	+100.000
Einnahmen					
	Stammhaushalt:	7.766.369	7.873.500	8.089.000	+215.500
	Projekthaushalt:	10.355.347	6.800.000	6.900.000	+100.000
	Gesamteinnahmen:	18.121.716	14.673.500	14.989.000	+315.000
Ausgaben					
	Stammhaushalt:	7.776.754	7.873.500	8.089.000	+215.500
	Projekthaushalt:	9.799.861	6.800.000	6.900.000	+100.000
	Gesamtausgaben:	17.576.615	14.673.500	14.989.000	+315.000

¹ Im Ist 1999 sind Rundungsdifferenzen möglich.

II. Übersicht der Einzelansätze

Stammhaushalt

Titelgruppe A: Einnahmen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
A 1	Zuschuss des Gesellschafters	7.029.000	7.029.000	7.029.000	0
A 2	Außerordentliche Einnahmen	169.420	30.000	30.000	0
A 3	Ausgleichsposten Vorjahres-HH 1996	-275.024	0	0	0
A 4	Ausgleichsposten Vorjahres-HH 97-98	-229.301	0	0	0
A 5	Ausgleichsposten Vorjahres-HH 1999	0	-7.717	0	+7.717
A 6	Gemeinkostenbeitrag	1.132.273	822.217	1.030.000	207.783
Summe A:		7.766.369	7.873.500	8.089.000	215.500

B I: Personalausgaben nach Kostenarten

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
B I 1	Vergütung (Angestellte)	3.830.497	4.183.000	4.310.000	127.000
B I 2	Löhne (Arbeiter)	44.249	45.000	46.500	1.500
B I 3	Sozial- und Krankenversicherung	704.133	703.000	725.000	22.000
B I 4	Beihilfen	36.861	25.000	30.000	5.000
B I 5	Stud. & wiss. Hilfskräfte/Gastwissen.	83.497	100.000	120.000	20.000
B I 6	Berufsgenossenschaft	37.532	40.000	42.000	2.000
B I 7	Altersversorgung	335.991	306.000	306.000	0
B I 8	sonstige Personalausgaben	4.967	5.000	5.000	0
Summe BI:		5.077.727	5.407.000	5.584.500	177.500

B II: Sächl. Verwaltungs- und Betriebskosten

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
B II 1	Lfd. Geräteunterhaltung	63.483	60.800	62.000	1.200
B II 2	Bürobedarf	71.772	75.000	77.000	2.000
B II 3	Porto- und andere Versandkosten	56.817	73.700	74.000	300
B II 4	Dienstreisen	67.881	75.000	77.000	2.000
B II 5	Gebäudemieten und Nebenkosten	1.145.154	1.080.000	1.080.000	0
B II 6	Kfz-Betriebskosten	957	2.000	2.000	0
B II 7	Mieten für Büromaschinen	131.287	155.000	158.000	3.000
B II 8	Mitgliedschaften	2.770	5.000	5.000	0
B II 9	Bücher & Zeitschriften	106.859	85.000	88.000	3.000
B II 10	Aufwand für Stellenbesetzung	3.184	2.000	5.000	3.000
B II 11	Aus- und Fortbildung des Personals	7.342	10.000	15.000	5.000
B II 12	Prüfungs- und Beratungsaufwand	145.044	70.000	72.500	2.500
B II 13	Aufwand im Interesse des Instituts	5.669	0	0	0
B II 14	Fernmeldegebühren	131.525	140.000	145.000	5.000
B II 15	EDV-Nebenkosten	102.627	198.000	204.000	6.000
B II 16	Fremdleistungen	162.097	130.000	140.000	10.000
B II 17	Grundfinanzierte Aufträge an Dritte	83.737	60.000	60.000	0
B II 18	Öffentlichkeitsarbeit	37.994	75.000	70.000	-5.000
B II 19	Veranstaltungen	13.425	20.000	20.000	0
B II 20	Aufsichtsrat und Wissenschaftlicher Beirat	23.311	25.000	25.000	0
B II 21	Sonstiges	700	10.000	5.000	-5.000
Summe BII		2.363.634	2.351.500	2.384.500	33.000

C: Investitionen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
C 1	PC-Arbeitsplätze	326.997	100.000	100.000	0
C 2	Büroeinrichtungen	8.396	10.000	10.000	0
C 3	Bibliothekseinrichtung	0	0	0	0
C 4	Sozialbereich	0	0	0	0
C 5	Techn. Ausstattung: Hörsaal, Neubau	0	5.000	10.000	5.000
Summe C:		335.393	115.000	-120.000	5.000
Einnahmen		7.766.369	7.873.500	8.089.000	215.500
Ausgaben		7.776.754	7.873.500	8.089.000	215.500
Saldo		-10.385	0	0	0

Projekthaushalt

D I: Einnahmen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
D I 1	Projekteinnahmen	7.954.600	6.287.543	6.900.000	612.457
D I 2	Ausgleichsposten Vorjahres-HH 97/98	-1.999.253	0	0	0
D I 3	Ausgleichsposten Vorjahres-HH 1999	0	512.457	0	-512.457
D I 4	Kreditaufnahme 1999	2.200.000	0	0	0
D I 5	Darlehen Vereinigung (Avina)	400.000	0	0	0
D I 6	Zuschussvertrag Vereinigung	1.800.000	0	0	0
Summe DI:		10.355.347	6.800.000	6.900.000	100.000

D II: Ausgaben

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Veränderung
D II 1	Projektfinanzierte Beschäftigte	3.389.485	3.400.000	3.400.000	0
D II 2	Projektfinanzierte Sachausgaben	2.693.960	2.027.783	2.030.000	2.217
D II 3	Zinsausgaben	150.865	0	0	0
D II 4	Gemeinkostenfinanzierte Personalkosten	233.279	240.000	240.000	0
D II 5	Allgemeine Sachausgaben Projekt-HH	0	110.000	0	-110.000
D II 6	Gemeinkostenbeitrag/Stammhaushalt	1.132.273	822.217	1.030.000	207.783
D II 7	Kreditrückzahlung Sparkasse/Verein	400.000	200.000	200.000	0
D II 8	Darlehensablösung Sparkasse	1.800.000	0	0	0
Summe DII:		9.799.861	6.800.000	6.900.000	100.000
Einnahmen		10.355.347	6.800.000	6.900.000	100.000
Ausgaben		9.799.861	6.800.000	6.900.000	100.000
Saldo		555.486	0	0	0

III. Erläuterungen der Einzelansätze

Stammhaushalt

Titelgruppe A: Einnahmen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
A1	Zuschuss des Gesellschafters	7.029.000	7.029.000	7.029.000	Der Ansatz berücksichtigt den Bedarf für Personal- und Sachausgaben sowie Investitionen. Veranschlagt sind zu erwartende Erstattungen für private Telefonate und Fotokopien sowie andere Einnahmen. Im Ist 1999 wurden die Erstattungen der Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts für die Beiratssitzung 1999 sowie für EDV-Ausgaben verbucht. Diese Position im Ist 1999 dient zur Verrechnung des Haushaltssaldos 1996 und wurde der Forderung des Landesrechnungshofes entsprechend nachträglich in Ansatz gebracht. Da der Haushalt 1996 nicht in den Projekt- und Stammhaushalt getrennt war, wurde der Gesamtbetrag als Ausgleichsposten in den Stammhaushalt übernommen. Die Position ist 1999 über zusätzliche Gemeinkosten ausgeglichen worden. Diese Position dient zur Verrechnung des Haushaltssaldos des Vorjahres. Damit soll eine wirklichkeitsnahe Darstellung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährleistet werden. Diese Position dient zur Verrechnung des Haushaltssaldos 1999, der eine geringe Unterdeckung in gleicher Höhe auswies. Dieser Einnahmeposition entspricht die Ausgabe-position D II 6 des Projekt-haushalts (zur Begründung s. D II 6).
A2	Außerordentliche Einnahmen	109.420	30.000	30.000	
A3	Ausgleichsposten Vorjahreshaushalt 1996	-275.024	0	0	
A4	Ausgleichsposten Vorjahreshaushalt 1997-1998	-229.301	0	0	
A5	Ausgleichsposten Vorjahreshaushalt 1999	0	-7.717	0	
A6	Gemeinkostenbeitrag	1.132.273	822.217	1.030.000	
Summe Titelgruppe A:		7.766.369	7.873.500	8.089.000	

Titelgruppe B I: Personalausgaben nach Kostenarten

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
B11	Vergütung (Angestellte)	3.830.497	4.183.000	4.310.000	Veranschlagt sind die anfallenden Vergütungen für 48 Stellen für Angestellte gemäß beiliegendem Stellenplan. Im Jahr 1999 wurden aus Gründen der Institutssanierung Stellen nicht neu besetzt. Für 2000 und 2001 sind Neubesetzungen zum Teil wieder geplant, wenn ein neuer Präsident sein Amt angetreten hat. Die Erhöhung berücksichtigt außerdem eine 2%ige Tarifierhöhung und Änderungen im Lebensalter bzw. im Familienstand.
B12	Löhne (Arbeiter)	44.249	45.000	46.500	Veranschlagt sind Mittel für eine Stelle im Boten- und Haustechnikdienst gem. Stellenplan.
B13	Sozial- und Krankenversicherung	704.133	703.000	725.000	Veranschlagt ist der durchschnittliche Wert der letzten drei Jahre für die unter B11 genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Ansatz berücksichtigt für 2001 mögliche Beitragserhöhungen.
B14	Beihilfen	36.861	25.000	30.000	Veranschlagt wurden die durchschnittlichen Ausgaben der letzten drei Jahre.

B15	Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte / Gastwissenschaftler/innen	83.497	100.000	120.000	Das Institut ist auf einen intensiven Austausch mit Angehörigen in- und ausländischer Wissenschaftseinrichtungen angewiesen und die Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Studierenden stellt eine wirksame Form der Umsetzung seiner Ergebnisse dar. Der Ansatz für 2001 berücksichtigt eine Steigerung und soll in kommenden Jahren wieder auf das Niveau vor der Institutssanierung angepaßt werden. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte werden gemäß den Richtlinien für die wissenschaftlichen Hochschulen in NRW vergütet.
B16	Berufsgenossenschaft	37.532	40.000	42.000	Veranschlagt sind die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Beiträge sowie mögliche Beitragssteigerungen.
B17	Altersversorgung	335.991	306.000	306.000	Da das Institut keine Mitgliedschaft bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VLB), Karlsruhe, erwerben konnte, stellt es deshalb eine gleichwertige Zusatzversorgung durch den Versorgungsverband Bundes- und Landesgeförderter Unternehmen (VBLU) e.V. sicher. Die Ausgaben für die Altersversorgung entsprechen dem Vorjahresansatz.
B18	sonstige Personalausgaben	4.967	5.000	5.000	Veranschlagt sind unvorhersehbare Personalausgaben, z.B. für die Gesundheitsvorsorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
Summe Titelgruppe B I:		5.077.727	5.407.000	5.584.500	

Titelgruppe B II: Sächliche Verwaltungs- und Betriebskosten

<i>Titel</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Ist 1999</i>	<i>Soll 2000</i>	<i>Soll 2001</i>	<i>Erläuterungen</i>
BII1	Lfd. Geräteunterhaltung	63.483	60.800	62.000	Der Bedarf berücksichtigt laufende Reparatur- und Instandhaltungsausgaben für Kopiergeräte und Büromaschinen.
BII2	Bürobedarf	71.772	75.000	77.000	Veranschlagt ist für das Jahr 2001 der Vorjahresbedarf einschließlich möglicher Preissteigerungen.
BII3	Porto- und andere Versandkosten	56.817	73.700	74.000	Der Ansatz entspricht weitgehend dem Vorjahresansatz.
BII4	Dienstreisen	67.881	75.000	77.000	Der Ansatz entspricht weitgehend dem Vorjahresansatz.
BII5	Gebäudemieten und Nebenkosten	1.145.154	1.080.000	1.080.000	Der Ansatz für das Jahr 2001 entspricht den jährlich anfallenden Miet- und Mietnebenkosten.
BII6	Kfz-Betriebskosten	957	2.000	2.000	Der Dienstwagen ist nach Auslaufen des Leasingvertrages aufgegeben worden. Statt dessen wird das Carsharing der Stadtwerke Wuppertal in Anspruch genommen.
BII7	Mieten für Büromaschinen	131.287	155.000	158.000	Für 2001 sind Leasingraten für Kopierer und Telefonanlage geplant. Der Ansatz berücksichtigt mögliche Preissteigerungen.
BII8	Mitgliedschaften	2.770	5.000	5.000	Mitgliedschaften in einigen wissenschaftlichen Vereinigungen haben sich als für die wissenschaftliche Arbeit als unumgänglich erwiesen.
BII9	Bücher und Zeitschriften	106.859	85.000	88.000	Der für das Jahr 2001 veranschlagte Bedarf entspricht dem Vorjahreswert und berücksichtigt gleichzeitig Preissteigerungen.
BII10	Aufwand für Stellenbesetzung	3.184	2.000	5.000	Für das Jahr 2001 sind wieder Neubesetzungen von Stellen geplant. Daher werden Ausgaben für Anzeigenschaltungen geplant.

BII11	Aus- und Fortbildung des Personals	7.342	10.000	15.000	Obwohl für das Jahr 1999 keine Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen geplant waren, ergab sich im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Scheinselbständigkeit die dringende Notwendigkeit des Besuchs von Weiterbildungsmaßnahmen. Ab 2001 wird ein Weiterbildungskonzept entwickelt.
BII12	Prüfungs- und Beratungsaufwand	145.044	70.000	72.500	Der Ansatz für 1999 enthält die Kosten der Jahresabschlüsse 1997 und 1998 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC. Ab 2000 wird mit jährlichen Kosten einschließlich Steuerberatung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG von TDM 70 gerechnet. Der Ansatz berücksichtigt geringfügige zu erwartende Kostensteigerungen.

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
B II 14	Fermeldegebühren	131.525	140.000	145.000	Die mit einem Telefonunternehmen vereinbarten günstigen Telefonarife haben sich bereits positiv ausgewirkt. Unter Berücksichtigung neuer grundfinanzierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist damit zu rechnen, dass bei den Telefonkosten Ausgabensteigerungen notwendig werden.
B II 15	EDV-Nebenkosten, Informationsmaterial	102.627	198.000	204.000	Veranschlagt sind alle Materialien einschließlich Software und Lizenzen für den laufenden Unterhalt des instituts-internen Rechnernetzes, die nicht bereits in den Investitionsmitteln enthalten sind. Da das Institut in wachsendem Umfang auf die Vernetzung mit anderen Rechenzentren und auf Datenfernverarbeitung angewiesen ist, wurden zusätzliche Ausgaben ab 2000 geplant. Ebenso enthält der Ansatz die laufenden Kosten für das SAP-System, die vom RKD in Rechnung gestellt werden.
B II 16	Fremdleistungen	162.097	130.000	140.000	Bereits im Jahr 1999 wurde eine Ausschreibung für den Reinigungsdienst vorgenommen, die in kommenden Jahren zu Einsparungen gegenüber den Vorjahren führen wird. Zusätzlich entstehen Ausgaben für die externe Gehaltsabrechnung und ausgelagerte Schreibarbeiten.
B II 17	Grundfinanzierte Aufträge an Dritte	83.737	60.000	60.000	Veranschlagt sind die Ausgaben für das Honorar des Leiters der Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle.
B II 18	Öffentlichkeitsarbeit	37.994	75.000	70.000	Veranschlagt sind unter Berücksichtigung von Einsparungen die Ausgaben für die Fortsetzung der Publikationsreihen des Wuppertal Instituts sowie die Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
B II 19	Veranstaltungen	13.425	20.000	20.000	Das Institut wird auch 2001 neben verschiedenen kleineren Tagungen mehrere größere wissenschaftliche Veranstaltungen durchführen.
B II 20	Aufsichtsrat und wissenschaftlicher Beirat	23.311	25.000	25.000	Nachdem aus Sanierungsgründen im Jahr 1999 die Ausgaben für die Beiratssitzung vom Verein der Freunde des Wuppertal Instituts übernommen wurden, sollen diese Aufwendungen in den Jahren 2000 und 2001 wieder vom Institut erstattet werden.
B II 21	Sonstige Sachausgaben	700	10.000	5.000	Veranschlagt sind unvorhersehbare Sachmittelausgaben.
Summe Titelgruppe B II:		2.363.634	2.351.500	2.384.500	

Titelgruppe C: Investitionen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
C1	PC-Arbeitsplätze	326.997	100.000	100.000	1999 wurde die dringend notwendige und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft seit Jahren geforderte Anschaffung eines EDV-Systems für den Finanzbereich realisiert. Für das Jahr 2001 werden Beschaffungen bzw. Ersatzbeschaffungen für PC-Rechner, Netzwerkserver sowie dazugehörige Peripheriegeräte geplant.
C2	Büroeinrichtungen	8.396	10.000	10.000	Der veranschlagte Bedarf ergibt sich aus Ersatzbeschaffungen, Nach- bzw. Umrüstung von Arbeitsplätzen entsprechend den berufs-genossenschaftlichen Sicherheitsregeln.
C3	Bibliothekseinrichtung	0	0	0	Es sind keine Investitionen geplant
C4	Sozialbereich	0	0	0	Es sind keine Investitionen geplant
C5	Techn. Ausstattung: Hörsaal, Neubau	0	5.000	10.000	Der veranschlagte Bedarf ergibt sich aus Ersatzbeschaffungen
Summe Titelgruppe C:		335.393	115.000	120.000	

Projekthaushalt

Titelgruppe D I: Projekteinnahmen

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
DI1	Projekteinnahmen	7.954.600	6.800.000	6.900.000	Der Ansatz beruht auf einer Abschätzung auf der Grundlage des Jahres 1999 sowie Erfahrungswerten.
DI2	Ausgleichsposten Vorjahresprojekt-haushalte 1997-1998	-1.999.253	0	0	Diese Position dient zur Verrechnung des Projekthaushaltssaldos des Vorjahres. Im Ist 1999 erscheint das negative Vorjahresergebnis aus 1997 und 1998, das durch die Kreditaufnahme bei der Sparkasse Wuppertal ausgeglichen wurde (s. DI4).
DI3	Ausgleichsposten Vorjahresprojekthaushalt 1999	0	512.457		In dieser Position ist die Haushaltsüberdeckung des Projekthaushalts aus dem Jahr 1999 dargestellt.
DI4	Kreditaufnahme 1999 Sparkasse Wuppertal	2.200.000	0	0	
DI5	Darlehen Vereinigung (Avina)	400.000	0	0	Im Jahr 1999 wurde das Institut mit einem Darlehen der Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts unterstützt.
DI6	Zuschussvertrag Vereinigung	1.800.000	0	0	Im Jahr 1999 wurde mit der Vereinigung ein Zuschussvertrag geschlossen, der dazu geführt hat, dass das aufgenommene Darlehen bei der Sparkasse Wuppertal, das sich bei Abschluss des Zuschussvertrages auf TDM 1.800 belief, in voller Höhe abgelöst werden konnte.
Summe Titelgruppe D I:		10.355.347	6.800.000	6.900.000	

Titelgruppe D II: Projektausgaben

Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
DII1	Projektfinanzierte Beschäftigte	3.389.485	3.400.000	3.400.000	Soweit Projektmittel zur Verfügung stehen, können im Rahmen der tariflichen Vorschriften Zeitverträge außerhalb des Stellenplans abgeschlossen werden. Im Rahmen eines langfristig gesicherten Projektvolumens können gemäß Ermächtigung im Stellenplan in Höhe von 40% der bei D II 1 ausgewiesenen Mittel Dienstverträge auch unbefristet geschlossen werden; dies setzt jedoch die vertragliche Vereinbarung einer Kündigungsmöglichkeit für den Fall des Ausbleibens entsprechender Einnahmen voraus. Der Wert entspricht dem Vorjahresansatz.
DII2	Projektfinanzierte Sachausgaben	2.693.960	2.027.783	2.030.000	Die projektfinanzierten Sachausgaben werden seit dem Jahr 2000 vermindert, weil vor allem grundfinanzierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich an der Bearbeitung von Projekten beteiligen werden. Das wurde in der Vergangenheit extern erledigt. Die Ausgabensteigerung im Ist 1999 ist durch Mehreinnahmen im Projektbereich (s. DI1) finanziert worden.
DII3	Zinsausgaben	150.865	0	0	Nach der Ablösung des Darlehens bei der Sparkasse Wuppertal im November 1999 durch die Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts entfallen die ursprünglich geplanten Zinsausgaben.

DII4	Gemeinkostenfinanzierte Personalkosten	233.279	240.000	240.000	Veranschlagt sind die aus Gemeinkosten zu finanzierenden Personalkosten für Verstärkungen im Zentralbereich (Präsident und Administration), die auf Grund zusätzlicher Belastungen durch Projektstätigkeit entstehen. Der Ansatz entspricht dem Vorjahreswert und berücksichtigt Tariferhöhungen und Änderungen im Lebensalter bzw. im Familienstand.
DII5	Allgemeine Sachausgaben Projekthaushalt	0	110.000	0	Für 2000 wird der Drittmittelbereich neu im Hinblick auf die immer noch vorhandene Intransparenz und die damit verbundene Gefahr, in die Überschuldung hineinzugeraten, organisiert. Zu einer professionellen Projektabwicklung gehören sowohl die Verbesserung der internen Kontrollen als auch die Umsetzung betriebswirtschaftlich notwendiger Systeme. Zur Durchführung und Umsetzung einer Neuorganisation hat im Sommer 2000 eine Ausschreibung bei verschiedenen Beratungsunternehmen stattgefunden und mit der Beratung wurde im September 2000 mit einem Workshop begonnen. Sie ist aufgerichtet auf eine neue Gemeinkostenregelung, transparente Abläufe und Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Ergebnisse werden bis November 2000 erwartet.
Titel	Bezeichnung	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001	Erläuterungen
DII6	Gemeinkostenbeitrag	1.132.273	822.217	1.030.000	Für 2001 ist eine Anhebung des Gemeinkostensatzes auf das Niveau von 1999 geplant. Damit werden durch Projektstätigkeit bedingte zusätzliche Sachausgaben im Personal- und Sachmittelbereich des Stammhaushalts ausgeglichen.
DII7	Kreditrückzahlung Sparkasse Wuppertal bzw. Vereinigung	400.000	200.000	200.000	Aus dem im Dezember 1999 mit der Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts geschlossenen Darlehensvertrag (TDM 1.800) fallen bei Inanspruchnahme erstmals im Jahr 2001 Rückzahlungen an. Aus dem am 18.5.99 abgeschlossenen Darlehensvertrag (TDM 500) mit der Vereinigung ergibt sich eine Rückzahlungsverpflichtung bis zum Jahr 2003. Das Darlehen wurde im Jahr 1999 mit TDM 400 in Anspruch genommen und soll den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend schnellstmöglich zurückgezahlt werden.
DII8	Darlehensablösung	1.800.000	0	0	Die Rückzahlung des aufgenommenen Sparkassendarlehens war möglich aufgrund des Zuschussvertrages, der im November 1999 mit der Vereinigung der Freunde des Wuppertal Instituts geschlossen wurde.
Summe Titelgruppe D II:		9.799.861	6.800.000	6.900.000	

V. Bewirtschaftungsvermerke

1. Die unter B I ausgewiesenen Positionen sind mit Ausnahme von B I 9, die unter B II ausgewiesenen Positionen sind mit Ausnahme von B II 13 und B II 21 gegenseitig deckungsfähig. Die bei D II 1 und D II 2 ausgewiesenen Ansätze sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Ausgaben gemäß den Positionen D II dürfen nur insoweit getätigt werden, als entsprechende Mittel gemäß der Position D I verfügbar sind. Außerdem ist von den bei der Position D I veranschlagten Einnahmen zur Abdeckung der auf Projekte entfallenden Gemeinkosten ein Betrag einzubehalten, der sich aus der Anwendung der "Grundsätze zur Gemeinkostenkalkulation" ergibt.
3. Investive Ausgaben (Bereich C) sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Mehrausgaben im investiven Bereich (C) können durch Einsparungen bei den Sachausgaben B II – mit Ausnahme von B II 13 und B II 21 – gedeckt werden.
5. Mehrausgaben im investiven Bereich (C) und bei den Sachausgaben B II – mit Ausnahme von B II 13 und B II 21 – können durch Einsparungen bei der Position B I 5 gedeckt werden.

VI. Stellenplan 2001

Stellenplan

	2000	2001	Veränderung
Angestellte mit außertariflicher Vergütung			
Präsident ²	1	1	0
Abteilungsdirektoren ³	4	4	0
Bundesangestelltentarif (BAT)			
BAT I	3	3	0
BAT Ia	4	4	0
BAT Ib	3	3	0
BAT Ib/IIa	15	15	0
BAT III ⁴	3	3	0
BAT IVa	3	3	0
BAT IVb/Va	1	1	0
BAT Vb	1	1	0
BAT Vc/VIb	7	7	0
BAT VII/VIII	3	3	0
Angestellte	48	48	0
Arbeiter MTL II Lohngr. 3	1	1	0
Gesamt	49	49	

² Die Bezüge des Präsidenten orientieren sich an B 7 der Bundesbesoldungsordnung, zuzüglich einer Aufwandsentschädigung an B 9 heranreichend.

³ Bezüge der Abteilungsdirektoren analog B 4 der Bundesbesoldungsordnung.

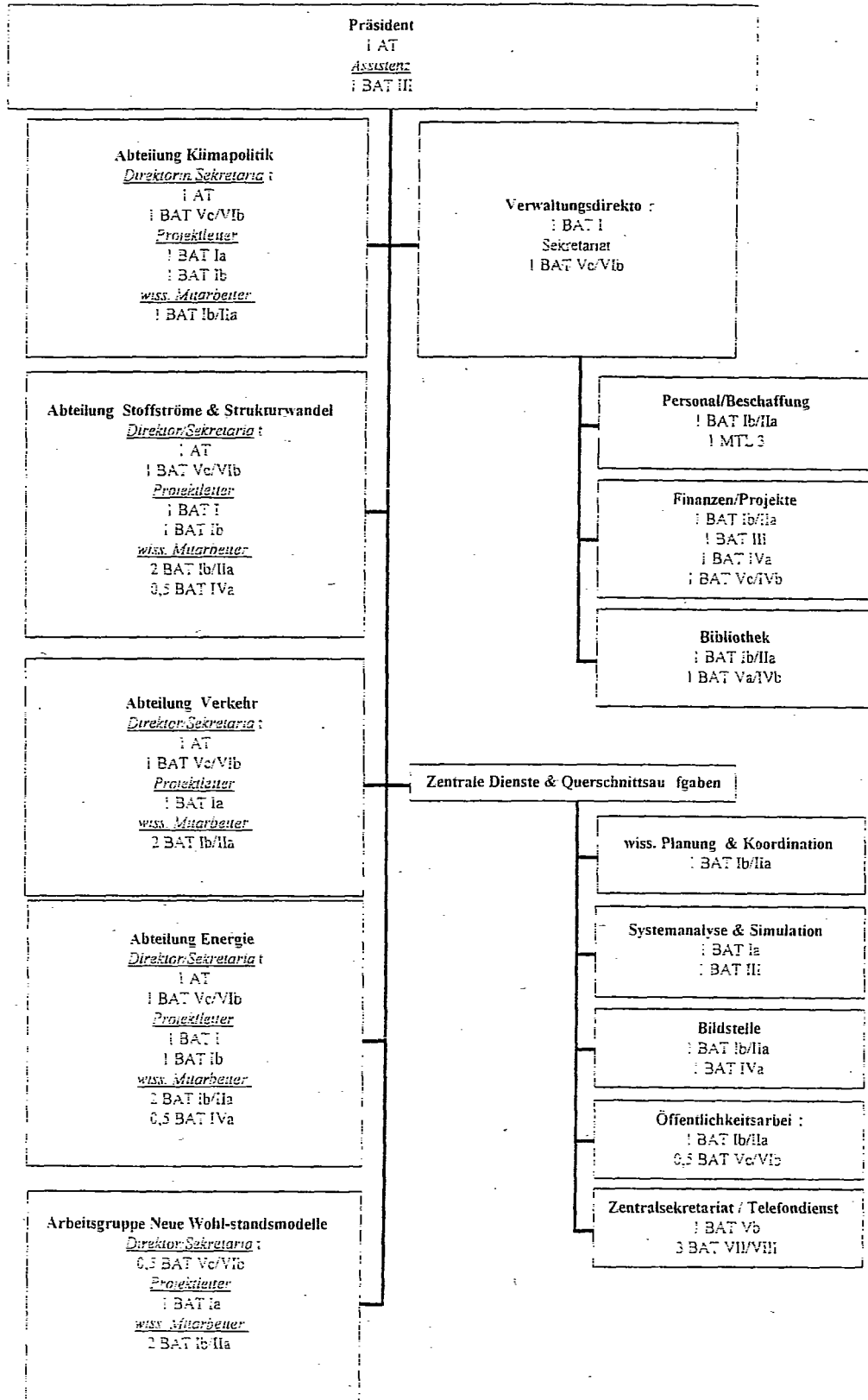
⁴ Die in 1997 neu eingerichtete BAT III-Stelle Bilanzbuchhaltung wird ausschließlich aus Gemeinkosten-Mitteln finanziert und bindet keine Mittel aus der Zuwendung.

Projektfinanzierte Beschäftigte

1. (nachrichtlich): Am 31.12.1999 waren am Wuppertal Institut 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die ganz oder teilweise aus Projektmitteln finanziert wurden. Die Finanzierung ist wie folgt strukturiert:

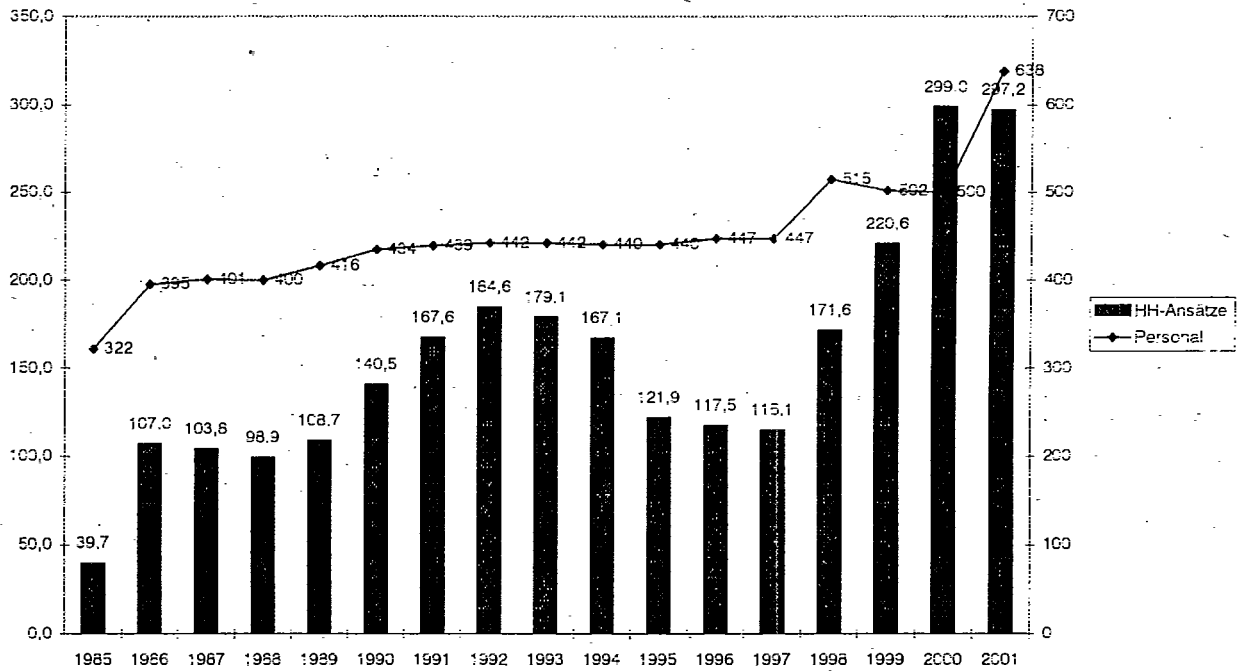
	1998	1999
Angestellte		
grund- und projektfinanziert	17	18
davon grundfinanziert mit zeitlicher Aufstockung aus Projektmitteln	7	7
davon grundfinanziert mit wertmäßiger Aufstockung aus Projektmitteln	9	9
davon grundfinanziert mit zeitlicher und wertmäßiger Aufstockung aus Projektmitteln	1	2
ausschließlich projektfinanziert	42	35
Lohnempfänger		
Projektfinanziert	1	1
studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte	33	26
Insgesamt	93	80

2. Das Institut kann aus Projektmitteln unbefristete Verträge im Gesamtwert von 40% der im Titel D II 1 ausgewiesenen Mittel abschließen. Am 31.12.1999 hatten 14 Personen unbefristete Verträge auf Projektstellen.
3. (nachrichtlich): Am 31.12.1999 waren aus den in B I 5 ausgewiesenen Mitteln 8 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte mit Vertragslaufzeiten zwischen drei und zwölf Monaten und im Umfang zwischen acht und neunzehn Wochenstunden beschäftigt.

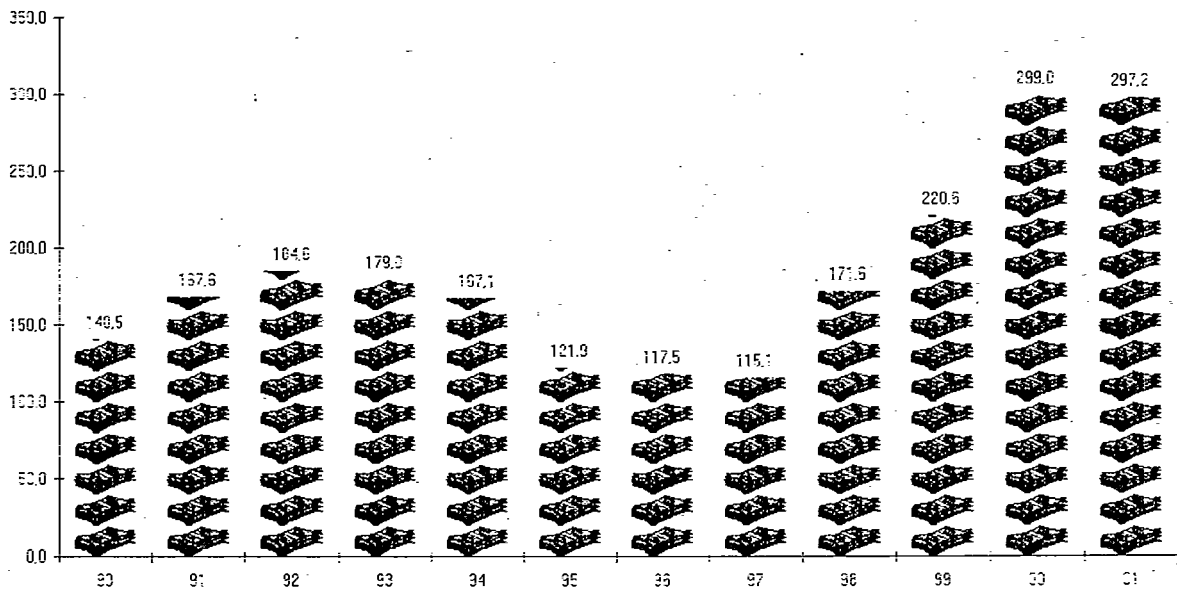


**Grafische Darstellungen der Entwicklung des
Einzelplans 02**

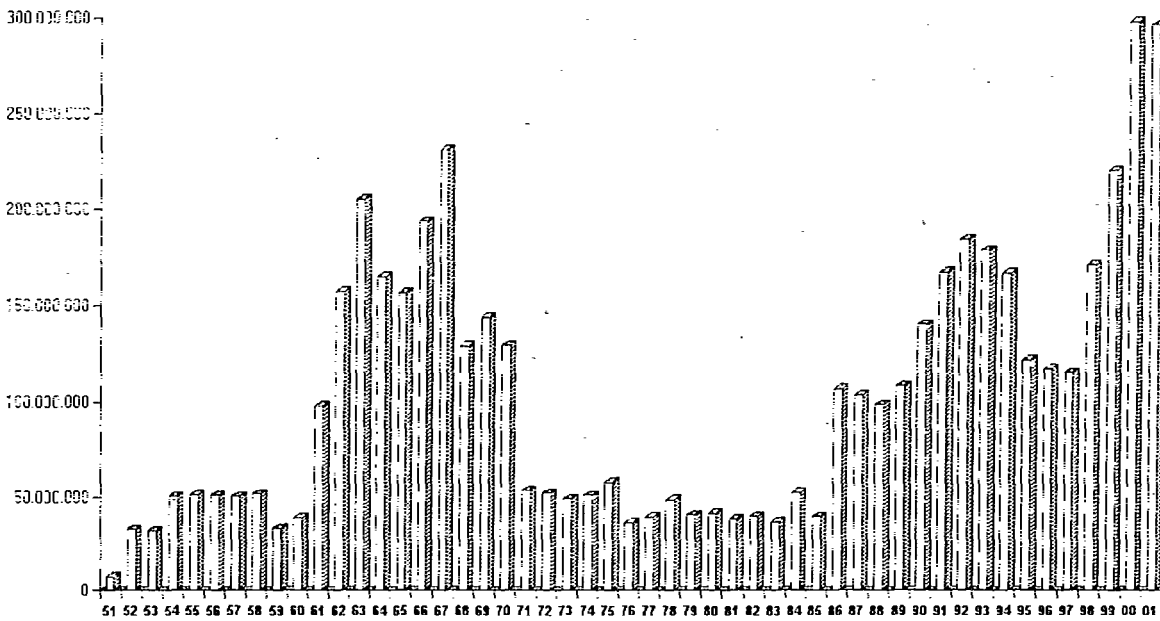
Vergleich Haushaltsansätze und Entwicklung der Planstellen und Stellen - Einzelplan 02 -



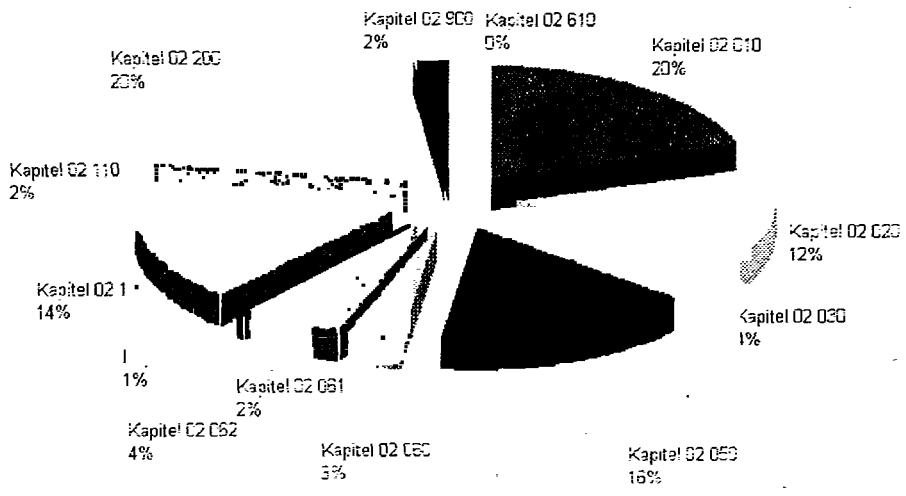
Vergleich der Haushaltsansätze des Einzelplans 02 von 1990 bis 2001



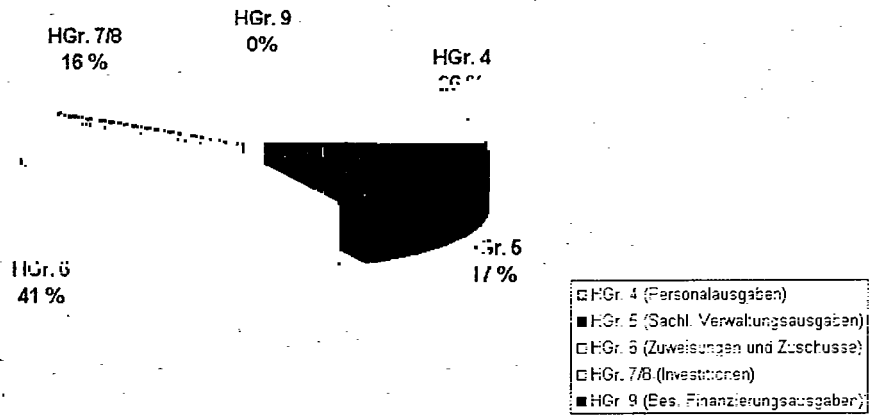
Vergleich der Haushaltsansätze des Epl. 02 in den Jahren 1951 bis 2001



Einzelplan 02
Entwurf 2001
(nach Kapiteln)



**Einzelplan 02
Entwurf 2001
(nach Hauptgruppen)**



Verzeichnis der Abkürzungen

a.D.	außer Dienst
AbG NW	Abgeordnetengesetz Nordrhein-Westfalen
Abs.	Absatz
AG	Arbeitsgruppe
AT	außertariflich
BAT	Bundesangestellentarif
BBO	Bundesbesoldungsordnung
Bes.-Gr.	Besoldungsgruppe
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-sicherheit
CO ₂	Kohlendioxyd
DA	Dienststart
DFG	Deutsche Forschungsgesellschaft
dgl.	dergleichen
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
dpa	Deutsche Presse-Agentur
Dr.	Doktor
E-Mail	elektronische Post
e.V.	eingetragener Verein
EDV	elektronische Datenverarbeitung
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
epd	Evangelischer Pressedienst
Epl.	Einzelplan
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
g.D.	gehobener Dienst
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit des Bundes
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
IAT	Institut Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nord-rhein-Westfalen
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	einschließlich
Kap.	Kapitel
km	Kilometer
KNA	Katholische Nachrichtenagentur
kw	künftig wegfallend
KWI	Kulturwissenschaftliches Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
LAG3W	Landesarbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Zentren und Koordinierungsstellen e.V.

LBG	Landesbeamtengesetz
LCP	Least-Cost-Planning
LHO	Landeshaushaltsordnung
LMinG	Landesministergesetz
LPA	Landespresse- und Informationsamt
Ltd. MinRat/in	Leitender Ministerialrat/Leitende Ministerialrätin
MBW	Ministerium für Bauen und Wohnen
MinRat/in	Ministerialrat/Ministerialrätin
Mio.	Millionen
MIPS	Materialintensität pro Serviceeinheit
MOE/NUS-Staaten	Mittel-/Ost-Europa / Neue Unabhängige Staaten
MP	Ministerpräsident
MWMTV	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr
NRW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PR	public relations
Prof.	Professor
RBOAR	Regierungsbauoberamtsrat
RegDir/in	Regierungsdirektor/in
SM Bl. NRW	Sammlung der Ministerialblätter des Landes Nordrhein-Westfalen
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StK	Staatskanzlei
Tit.	Titel
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u.a.	und andere / unter anderem
UBA	Umweltbundesamt
UGR	Umweltökonomische Gesamtrechnung
UN	Vereinte Nationen
usw	und so weiter
VE	Verpflichtungsermächtigung
Verg.-Gr.	Vergütungsgruppe
Werb.	Werbung
WI	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
wiss.	wissenschaftliche/r
WZ	Wissenschaftszentrum in Düsseldorf
WZ NRW	Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen (Dach aller vier Institute des Wissenschaftszentrums
z.A.	zur Anstellung
z.B.	zum Beispiel
z.Zt.	zur Zeit